Unheimlich faszinierend Mystische Orte in Deutschland **Seite 12**

Preußische Allgemeine

75 Jahre

Nr. 45 · 7. November 2025 — Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt — Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Welt am Abgrund?

Jüngste Entwicklungen rund um den Ukrainekrieg und eine neue Gefahr für den Weltfrieden **Seiten 2 und 3**

Legendär Siegermythos der US-Ledernacken trotz vieler Niederlagen **Seite 11**

Ostpreußen Ein Schulfach wird zum Zankapfel von Eltern und Kirche **Seite 13**

BILDER: SHUTTERSTOCK.COM; IMAGO/DANITA DELIMONT; D.K.

GESELLSCHAFT

Ein abermaliges Beispiel für eine neue Lebensrealität

Die Absage eines Weihnachtsmarktes in Nordrhein-Westfalen ruft einmal mehr in Erinnerung, wie sehr sich Deutschland in den letzten Jahren verändert hat

VON RENÉ NEHRING

Eine kleine Nachricht für eine Region, eine große Nachricht für das ganze Land. Das ist die Meldung von Anfang der Woche, dass Overath in Nordrhein-Westfalen seinen diesjährigen Weihnachtsmarkt absagen musste. Grund für diesen drastischen Schritt: Die Stadt im Bergischen Land kann sich „die gestiegenen Kosten für Sicherheit und Terrorabwehr nicht mehr leisten“.

Während die Gralshüter politischer Korrektheit noch immer darüber lamentieren, ob Bundeskanzler Friedrich Merz vor rund zwei Wochen unter dem Schlagwort „Stadtbild“ die massiven Veränderungen in der deutschen Gesellschaft in den letzten Jahren ansprechen durfte – der Kreisverband der Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg stellte gar eine Strafanzeige gegen Merz wegen des Verdachts der Volksverhetzung –, zeigt sich das reale Leben einmal mehr schonungslos. Seit der Öffnung der deutschen Grenzen im Sommer 2015 auf Geheiß der damaligen Kanzlerin Angela Merkel sind die Nachrichten voll von schweren, von Migranten begangenen Gewaltverbrechen. Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016, der Messeramoklauf in der Würzburger Altstadt 2021, die Ermordung zweier Schüler in einem Regionalzug in Brokstedt 2023, die Anschläge auf ein Sommerfest in Solingen und auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg 2024 oder auch die Amokfahrt in einen Demonstrationszug in München im Februar 2025 sind nur Schlaglichter einer furchtbaren neuen Wirklichkeit.

Praktische Folgen der neuen Realitäten im Land

Die Absage des Overather Weihnachtsmarktes zeigt nun abermals die tiefgreifenden Konsequenzen gerade auch in Bereichen, die selten große Aufmerksamkeit erfahren. Wo früher die Organisatoren von öffentlichen Veranstaltungen lediglich ein paar Ordner bereitstellen mussten und die Polizei stündlich eine Streife vorbeischickte für den Fall, dass es im Zuge von zu viel Alkoholkonsum zu Raufereien kam, müssen die Ausrichter von Volksfesten heute in Größenordnungen Sicherheitspersonal anheuern sowie erheblich in Videoüberwachung, Absperrungen, Zugangskontrollsysteme und Kommunikationsanlagen investieren. Zuvor bereits müssen sie umfangreiche Sicherheitskonzepte erstellen und diese mit den Behörden abstimmen.

Dass sich dieser Aufwand vielerorts nicht mehr lohnt, zeigt nicht nur das Beispiel Overath. Allein im Jahr 2025 wurden unter anderem die Frühjahrskirmes in Lage, das Kirschblütenfest in Marburg, das Osterbrunnenfest in Bietigheim-Bissingen, das Bölschefest in Berlin-Friedrichshagen und das Radlerfest „Kinzigtal Total 2025“ wegen der gestiegenen Kosten für die Sicherheit abgesagt. Dort, wo geplante Feste doch noch stattfinden, steigen die Preise für Bratwurst, Crêpes, Glühwein und so weiter dramatisch.

Ein anderer Ort, an dem sich die Folgen unkontrollierter Zuwanderung auf dramatische Weise zeigen, sind die öffentlichen Freibäder. Allein die Berliner Bäder-Betriebe meldeten für die zurückliegende Saison einen Rückgang von 560.000 Besuchern – und damit von rund 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Natürlich spielt hierbei eine Rolle, dass das Wetter im Sommer 2025 eher durchschnittlich war. Allerdings wird niemand bestreiten können, dass auch Massenschlägereien wie diejenige im Neuköllner Columbiabad dazu geführt haben, dass den Hauptstädtern und ihren Gästen die Lust am öffentlichen Baden vergangenen ist. Zumal die Berliner Polizei trotz der erheblich gesunkenen Besucherzahlen einen realen Anstieg bei Diebstählen, Beleidigungen, Handgreiflichkeiten und sexuellen Übergriffen registrierte.

Das absurde Verdrängen offensichtlicher Veränderungen

Dass diese Entwicklung längst nicht mehr nur bestimmte Orte erfasst hat, sondern die Stimmung allgemein prägt, zeigen Untersuchungen zum Unsicherheitsgefühl in öffentlichen Räumen. So fühlen sich einer Studie vom Oktober zufolge 55 Prozent der Frauen in Deutschland nicht mehr nur abends oder nachts, sondern generell unsicher, sobald sie ihre eigenen vier Wände hinter sich lassen. Sogar die Mehrzahl der Männer traut sich nicht mehr unbefangen auf die Straße.

Umso absurder, dass sich Funktionäre von Gewerkschaften, Frauenverbänden, NGOs und linken Parteien sowie die Journalisten ähnlich ausgerichteter Medien noch immer weigern, die neue Wirklichkeit beim Namen zu nennen. Obwohl bei den genannten Delikten ein überproportionaler Teil der Täter zumeist nicht aus dem Kreis derjenigen kommt, „die schon länger hier leben“, sondern aus jenen Zuwanderergruppen, die sich im Laufe der letzten zehn Jahre in den meisten Fällen nicht als die versprochenen Ärzte, Ingenieure und Facharbeiter erwiesen haben, schwafeln Deutschlands Empfindungseliten lieber von „toxischer Männlichkeit“ und ähnlichem Unfug, anstatt offen über die Probleme zu reden.

Die Bürger dieses Landes indes lassen sich von derlei nebelkerzenartigen Begriffen nicht verwirren. Sie spüren Tag für Tag die Auswirkungen der neuen Realitäten. Und sie wenden sich mal kopfschüttelnd, mal wütend von denen ab, die entweder dafür verantwortlich sind oder die noch immer versuchen, die unbestreitbaren Missstände schönzureden. Dies gilt auch für jene Menschen „mit Migrationshintergrund“, die Tag für Tag einer geregelten Arbeit nachgehen und sich ebenso rechtschaffen verhalten wie die „Bio-Deutschen“.

Für die in rund zwei Wochen beginnende Saison der Weihnachtsmärkte ist die Absage von Overath indes ein ungutes Zeichen. Schon vor den erstem Lebkuchen ruft diese Entscheidung in Erinnerung, dass viele Schauplätze jahrhundertelangen friedlichen Brauchtums in unserem Land heute keine Orte ungetrübter Freude mehr sind. Die Angst ist ein stiller, aber steter Begleiter.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Wie sich der grüne Stadtumbau als Schlag gegen Berlins Autofahrer erweist
Seite 5

Kultur
Der neue „Asterix“-Band nimmt die aktuelle Politik kräftig auf die Schippe
Seite 9

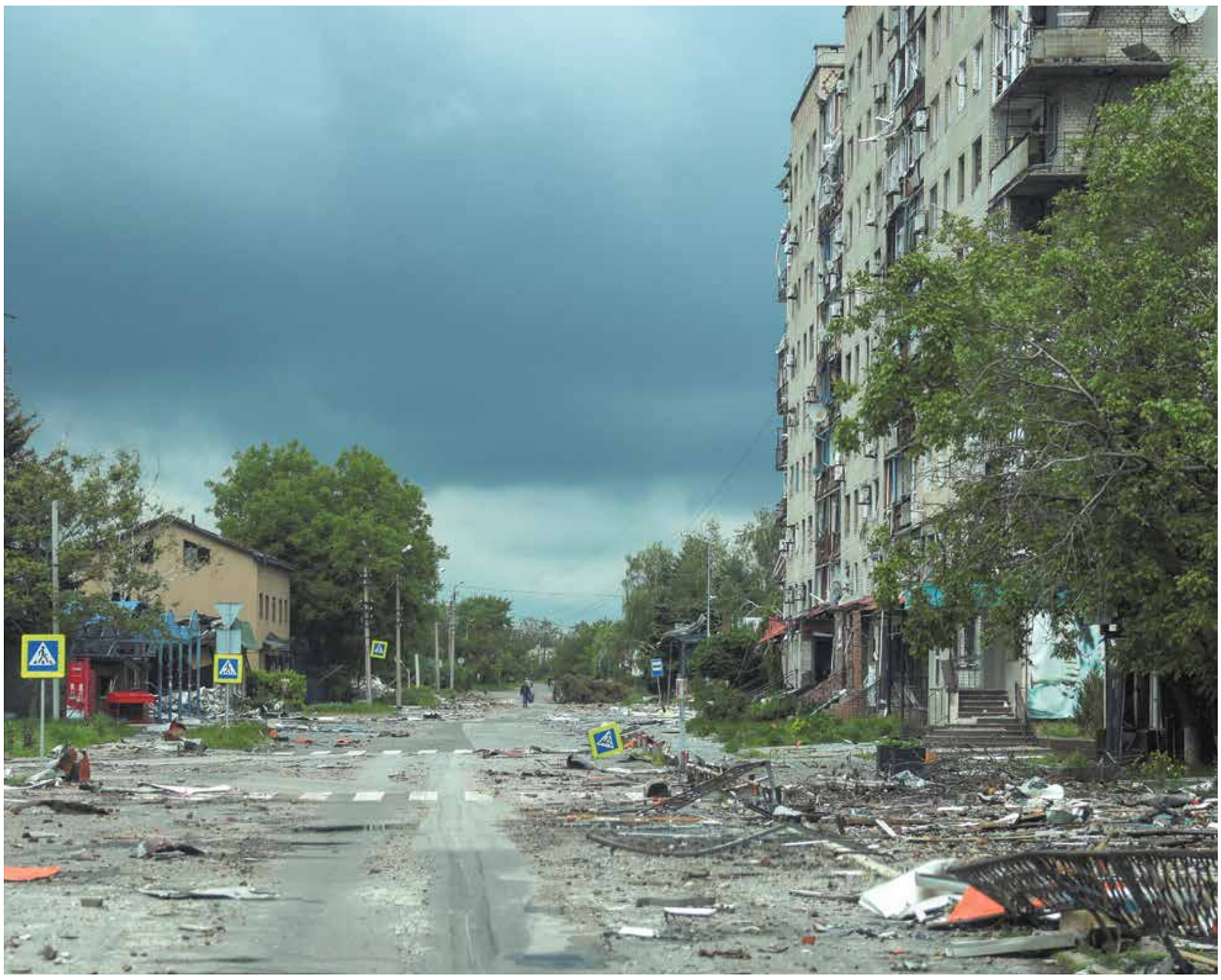
Die Pommersche Zeitung
Die Bonner Epoche des Greifswalder Dichters Ernst Moritz Arndt
Seite 19

Lebensstil
Theodor Gottlieb von Hippel – die Karriere eines genialen ostpreußischen Alleskönners
Seite 18

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 304401 45

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt



Aktueller Schwerpunkt des Kampfgeschehens in der Ukraine: Die Stadt Pokrowsk *Bild: picture alliance/REUTERS/Anatolii Stepanov*

„Das Beispiel zeigt, an welchen Abgrund die Welt geraten kann“

Über die jüngsten Verhärtungen im Ukrainekrieg, die potentielle Gefahr durch Drohnen auch für Europa und die Möglichkeit einer Eskalation des gegenwärtigen Konflikts in ungeahnte Ausmaße

IM GESPRÄCH MIT HARALD KUJAT

Nachdem es im Spätsommer so aussah, als ob eine Verständigung zwischen dem US-amerikanischen Präsidenten Trump und dem russischen Präsidenten Putin möglich und damit auch ein Ende des Ukrainekriegs in Sichtweite wäre, wurde der Ton zuletzt wieder rauer. Ein zweites Treffen zwischen Trump und Putin wurde abgesagt. Stattdessen verhängten die USA Sanktionen gegen Russland, die Russen wiederum intensivierten ihre Angriffe in der Ukraine. Was bedeutet dies für die Hoffnungen auf einen Frieden? Fragen an einen Experten, der seit Ausbruch des Ukrainekriegs mit seinen Analysen das Geschehen stets zuverlässig eingeordnet hat.

Herr Kujat, wie bewerten Sie die jüngsten Entwicklungen rund um den Ukrainekrieg? Bedeutet die Absage eines zweiten Trump-Putin-Gipfels, der in Budapest geplant war, das Aus für die Hoffnungen auf einen baldigen Frieden?

Nicht unbedingt. Um die Absage des Gipfels besser einordnen zu können, sollten wir zunächst auf die Ereignisse davor schauen. Mitte Oktober war der ukrainische Präsident Selenskyj nach Washington gereist, um beim US-Präsidenten Trump um weitere Hilfen zu werben. Ein wichtiger Punkt dabei war die Lieferung von „Tomahawk“-Marschflugkörpern und die Freigabe für deren Einsatz tief in Russland. Hierzu konnte sich die US-Regierung nicht durchringen, da der Einsatz von „Tomahawks“ eine neue Eskalationsstufe im Ukrainekrieg wäre. Dies nicht nur wegen der mit 2500 Kilometern größeren Reichweite gegenüber bisher gelieferten Waffensystemen, sondern weil die ukrainischen Streitkräfte dafür auf die Unterstützung durch US-Spezialisten angewiesen und die USA somit direkt in den Krieg involviert wären.

Am Abend vor der Begegnung Selenskyjs und Trumps im Weißen Haus gab es noch ein Telefonat zwischen dem US-Präsidenten und dem russischen Präsidenten Putin. Darin soll Putin gefordert haben, dass die Ukraine die vollständige Kontrolle über die Regionen Luhansk und Donezk abgibt. Im Gegenzug, hieß es, sei Russland bereit, Teile der Regionen Saporischschja und Cherson an die Ukraine zurückzugeben. „Teile“ deshalb, weil Russland vermutlich auch künftig eine Landbrücke zur Krim halten möchte, aber das ist lediglich meine Interpretation.

Trump soll dann in dem heftigen Gespräch mit Selenskyj diesen nachdrücklich aufgefordert haben, den russischen Vorschlag zu akzeptieren. Er warnte davor, hieß es, dass Russland der Ukraine eine vernichtende Niederlage zufügen könne, wenn es keine Einigung gäbe. Selenskyj soll dann anhand von Karten dazu gedrängt haben, dass sich Trump der ukrainischen Forderung nach einem Waffenstillstand entlang des gegenwärtigen Frontverlaufs anschließt, woraufhin Trump die Karten vom Tisch gewischt haben soll. Trotzdem hat er sich im Nachhinein der Forderung Selenskyjs angeschlossen, dass zunächst die Kampfhandlungen gestoppt werden sollen und die aktuelle Frontlinie „eingefroren“ wird.

Russland besteht jedoch weiter darauf, dass ein Waffenstillstand erst dann zustande kommt, wenn zuvor im Laufe von Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien verbindliche Regeln für die Einhaltung des Waffenstillstandes vereinbart wurden. Eine Feuerpause ohne verbindliche Regeln ist sehr brüchig, denn jederzeit besteht die Gefahr, dass schon kleinste Zwischenfälle zur Wiederaufnahme von Kampfhandlungen führen und anschließend ein noch größeres Misstrauen herrscht als zuvor und die Aufnahme von Verhandlungen erschwert wird.

Doch so oder so gab es nach diesen Verhärtungen keine Grundlage mehr für eine Begegnung zwischen Trump und Putin, weshalb diese abgesagt wurde.

Bedeutet diese Absage ein Ende der Bemühungen um einen baldigen Frieden?

Die Absage des Budapester Gipfels muss nicht das Ende der Friedensbemühungen bedeuten. Natürlich sind die Positionen zwischen den Parteien verhärtet. Klar ist auch, dass die russischen Streitkräfte nach dem Aussetzen weiterer Gespräche versuchen, so viel ukrainisches Territorium wie möglich unter ihre Kontrolle zu bringen. Denn dies stärkt natürlich bei nächsten Gesprächsrunden, die es früher oder später geben wird, die Position Russlands. Aber das muss keineswegs bedeuten, dass die russische Regierung nicht mehr verhandeln will. Immerhin haben die Russen weiteren Gesprächen keine grundsätzliche Absage erteilt.

Dass Trump nun erstmals Sanktionen gegen Russland verhängt hat, ist natürlich ein starkes Signal an Putin. Gleichwohl ändert das nichts an der grundlegenden Haltung des US-Präsidenten, den Krieg auf jeden Fall beenden zu wollen. Dazu passt, dass auch Selenskyj zuletzt erkennen ließ, dass er zu direkten Friedensgesprächen bereit ist und einen vorherigen Waffenstillstand nicht mehr als Voraussetzung für Verhandlungen ansieht. Interessant ist, dass in die Positionen beider Kriegsparteien Bewegung gekommen ist. Russland hatte bislang stets die Anerkennung der Annexion der vier genannten Regionen und den Abzug der ukrainischen Streitkräfte aus deren noch nicht eroberten Teilen gefordert. Und die Ukraine hatte jede Verhandlung abgelehnt, solange die Kämpfe andauern. Beide Seiten sind also von ihren Maximalforderungen abgerückt. Und das stimmt mich hoffnungsvoll, dass eine politische Lösung weiterhin möglich ist.

Interessant ist auch, dass die US-Amerikaner ihre nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs nach Europa entsandten Verstärkungen wieder reduzieren. In Rumänien, zum Beispiel, sollte eine Basis für 10.000 Soldaten errichtet werden. Dazu wird es nun nicht kommen. Es ist eindeutig ein Zeichen der Entspannung, das hier von den Amerikanern gesendet wird. Und es ist auch ein Indiz, dass die USA die europäischen Annahmen eines baldigen russischen Angriffs gegen die NATO nicht teilen.

Obwohl die Nachrichtenlage eher für eine Eskalation spricht, sehen Sie also immer noch das Potential für einen baldigen Ausweg aus dem Konflikt?

Ja. Dafür muss man jedoch die losen Enden in den Argumentationssträngen der einzelnen Parteien aufnehmen und diese dann zusammenknüpfen. Leider sind vor allem die verantwortlichen Akteure in Europa festgefahren in ihrer Haltung, die Ukraine um jeden Preis mit Waffen unterstützen zu wollen. Damit ignorieren sie nicht nur, dass sie – anders als der US-Präsident – der Diplomatie keine Chance geben, sondern auch, dass die militärische Situation der Ukraine inzwischen äußerst kritisch ist und nur Verhandlungen das Land vor einer katastrophalen militärischen Niederlage bewahren können.

> „Beide Seiten sind von ihren Maximalforderungen abgerückt. Das stimmt mich hoffnungsvoll, dass eine politische Lösung weiterhin möglich ist“

Die Haltung der europäischen Politik, weiter auf einen militärischen Sieg der Ukraine zu setzen, hängt unter anderem mit der Beobachtung zusammen, dass Russland zuletzt auf dem Schlachtfeld kaum vorankam. Stimmt dieser Eindruck?

Ja und nein. Ja in dem Sinne, dass von Russland in der letzten Zeit keine großen Geländegewinne erzielt wurden. So ist es den russischen Streitkräften in dreieinhalb Jahren nicht gelungen, die vier annektierten Regionen vollständig zu erobern. Selbst die Region Donezk ist noch nicht ganz von den Russen besetzt. Allerdings ist dies das Gebiet, in dem die Russen jetzt schwerpunktmäßig angreifen.

Jedoch muss man in diesem Zusammenhang immer wieder betonen, dass das primäre Ziel der russischen Operationen nicht die schnelle Eroberung gegnerischen Geländes ist, sondern die Vernichtung der ukrainischen Streitkräfte durch deren kontinuierliche Abnutzung. Sollte ihnen dies gelingen, würde ihnen das umkämpfte Territorium mehr oder weniger kampflos zufallen. Nicht außer Acht zu lassen ist auch, dass die ukrainischen Streitkräfte nicht mehr zu groß angelegten Offensiven, sondern nur noch zu einem Verzögerungsgefecht in der Lage sind.

Beispielhaft für die Gesamtsituation ist die derzeitige Lage im Raum Pokrowsk. Die Russen haben den Ort – wie zuvor in Awdijiwka und Bachmut – weitgehend eingekesselt. Sollten die Russen Pokrowsk vollständig einnehmen, würden sie die ukrainischen Streitkräfte nördlich der Stadt weitgehend von der weiteren Versorgung abschneiden.

Offenbar versuchen die Russen derzeit auch, einen Brückenkopf auf der Westseite

des Dnjepr einzurichten, um in Richtung Odessa vorzustoßen. Ich war bislang der Meinung – wir haben mehrfach darüber gesprochen –, dass sie sich mit den vier genannten Regionen begnügen werden. Aber die Option Odessa stand natürlich immer im Raum, weil die Russen damit die Ukraine vom Schwarzen Meer abschneiden und sich selbst den Zugang zum Mittelmeer sichern würden.

Es ist also kein Geheimnis, dass Russland bis zu einem möglichen Friedensvertrag weiterhin versucht, ukrainisches Territorium zu erobern. Aber das heißt nicht, dass Russland den Krieg nicht beenden will. Und ich bin auch davon überzeugt, dass Russland – wenn man sich seine Gesamtlage ansieht – den Krieg allmählich auch beenden muss. Nicht zuletzt, weil nach dreieinhalb Jahren Krieg seine geopolitische Handlungsfähigkeit an anderen Schauplätzen eingeschränkt ist. Man erkennt dies an dem Einflussverlust im Südkaukasus und im Nahen Osten.

In deutschen Medien wurde zuletzt davon berichtet, dass die Ukrainer sich mittlerweile in stabilen Verteidigungsstellungen eingerichtet haben und die Russen dadurch nicht mehr in der Lage wären, weiteres ukrainisches Territorium zu erobern.
Es ist richtig, dass die Ukrainer in letzter Zeit ihre Verteidigungsstellungen deutlich verstärkt haben und diese für die russische Seite sehr schwer zu durchbrechen sind. Aber das ändert nichts daran, dass die Russen materiell und vor allem personell über den längeren Atem verfügen. Die Defizite beim Material können die Ukrainer durch die Unterstützung der USA und der europäischen Staaten ausgleichen, das Missverhältnis bei den Truppenstärken jedoch nicht. Denn die Entsendung westlicher Soldaten würde die Eskalation zu einem großen europäischen Krieg bedeuten.

Was sich in den letzten Monaten auch beobachten lässt, ist eine deutliche Verlagerung des Kampfgeschehens vom Gefechtsfeld hin zu Angriffen über große Distanzen. Dies vor allem durch den Einsatz von Drohnen. Beide Seiten versuchen, den Gegner weit hinter den Kampflinien zu schwächen, indem sie insbesondere dessen Energieversorgung angreifen. Aber letzten Endes sind dies keine Kampfhandlungen, die eine strategische Entscheidung herbeiführen können, sondern auch nur Elemente des Abnutzungskriegs.

Stichwort: Drohnen. Auch in mehreren Staaten der Europäischen Union haben diese zuletzt für Furore gesorgt. Es gab Berichte über einen Drohneneinschlag auf polnischem Staatsgebiet unweit der Grenze zu Weißrussland. Und es gab Drohnensichtungen an europäischen Flughäfen wie Kopenhagen, München und Frankfurt. Diese wurden mehrheitlich als russische Provokationen gedeutet. Wie ist Ihre Meinung dazu?
Bislang wurde immer nur vermutet (!), dass es sich um russische Drohnen handelte. Bei dem Vorfall am Kopenhagener Flughafen, bei dem anfangs sogar von einem Angriff die Rede war, sind die Dänen inzwischen zurückgerudert. Beim Vorfall in Frankfurt handelte es sich um einen Hobby-Piloten, der gerade eine Drohne gekauft hatte und diese ausprobieren wollte.

Im Falle der Drohnen, die in den polnischen Luftraum eingeflogen sind, liegt die Sache anders. Da sind tatsächlich in der Nacht vom 9. auf den 10. September 19 russische Drohnen in den polnischen Luftraum eingedrungen. Es gibt allerdings eine Erklärung des stellvertretenden weißrussischen Verteidigungsministers, in der es heißt, dass sowohl russische als auch ukrainische Drohnen im Luftraum der Ukraine im Einsatz waren und einige von ihnen durch elektronische Störungen vom Kurs abgekommen sind. Diese Drohnen sind zunächst in den Luftraum Weißrusslands eingeflogen, und einige davon wurden von der weißrussischen Luftverteidigung abgeschossen. Die Weißrussen haben daraufhin die polnische Luftverteidigung informiert. Weiter heißt es, dass dann auch Polen reagiert und Informationen an Weißrussland gegeben habe. Von den 19 Drohnen, die dann in den polnischen Luftraum eingeflogen sind, sind drei oder vier abgeschossen worden, und zwar von polnischen Luftverteidigungsflugzeugen. Von einer Drohne heißt es, sie habe ein Haus erheblich beschädigt, worauf es dann am nächsten Tag auf Antrag Polens eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates gab, in der Polen ausdrücklich von einem Angriff sprach.

Es stellte sich dann aber heraus, dass dieses Haus von einer Luft-Luft-Rakete eines polnischen F16-Kampfflugzeuges getroffen wurde und nicht von einer Drohne. Diese Luft-Luft-Rakete war nicht scharf gestellt, weshalb das Haus auch nicht explodierte. Das bedeutet aber auch, dass jeder Laie sofort hätte erkennen können, dass es sich um eine Rakete und nicht um eine Drohne handelte.

Von den 15 russischen Drohnen, die weiter in den polnischen Luftraum hineingeflogen sind, ist keine einzige detoniert. Sie sind alle nach dem Erreichen ihrer maximalen Reichweite abgestürzt. Und das, was auf den in den Medien gezeigten Fotos zu sehen war, deutet darauf hin, dass es sich überwiegend um Täuschkörper gehandelt hat, die der Ablenkung der ukrainischen Luftverteidigung dienten. Wir sollten also die jeweiligen Fälle stets genau analysieren, bevor wir durch vorschnelle Behauptungen zu einer Eskalation einer ohnehin schon heiklen Lage beitragen.

Die Europäische Union nahm die Vorfälle gleichwohl zum Anlass, Pläne für einen sogenannten Drohnenwall vorzustellen. Gehört es überhaupt zu den Kompetenzen der EU, Verteidigung zu organisieren? Und ist solch ein „Wall“ militärisch überhaupt sinnvoll?
Grundsätzlich ist es richtig, Pläne für die Abwehr von Drohnen als ein Element einer Verteidigungsstrategie zu entwickeln. Allerdings müssen diese Überlegungen berücksichtigen, dass Drohnen in der gegenwärtigen Kriegführung zwar eine größere, aber keine allein entscheidende Rolle spielen. Es ist, wenn man von Nuklearwaffen absieht, immer der Systemverbund, der kriegsentscheidend ist.

Ein anderer Punkt ist, dass es wesentlich effektivere Waffensysteme gibt, gegen die ein „Drohnenwall“ nichts ausrichten könnte. Hyperschallwaffen beispielsweise oder Waffensysteme mit unabhängig voneinander steuerbaren Geschäftsköpfen, wie sie die Russen entwickelt haben. Wenn es also darum gehen soll, die europäische Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen, dann muss man sich das gesamte Spektrum an modernen Waffensystemen anschauen.

Aber ist es überhaupt Aufgabe der EU, sich auf diesem Gebiet zu engagieren? Immerhin gibt es zum Schutz unserer äußeren Sicherheit die NATO.
Tatsächlich bewegt sich die EU mit ihrem Versuch, Einfluss auf militärische Aspekte zu erhalten, auf fremdem Terrain.

Zu berücksichtigen ist, dass die Verteidigungsfähigkeit der NATO nur dadurch entsteht, dass alle ihre Mitgliedsstaaten in der gemeinsamen Streitkräfteplanung ihren Anteil übernehmen und insgesamt die Schlagkraft des Bündnisses darstellen. Zudem verfügt die NATO über eine gemeinsame Kommandostruktur, die die Europäische Union nicht im Ansatz hat. Wenn also die EU anfangen sollte, ohne Rücksicht auf die NATO eigene Verteidigungsfähigkeiten zu entwickeln, wäre dies der Aufbau einer nutzlosen Doppelstruktur, die lediglich den Brüsseler Beamtenapparat aufblähen würde.

Grundsätzlich sollten wir uns nicht aufgrund einiger ungeklärter Vorfälle in teure Fehlentwicklungen treiben lassen. Der Ort, an dem europäische Verteidigungsfähigkeit organisiert werden muss, ist die NATO. Und zwar durch einen starken europäischen Pfeiler innerhalb der Allianz.

Noch mal zurück zum Ukrainekrieg. Ein wichtiger Faktor, der hierzulande noch immer kaum berücksichtigt wird, ist China. So wie die Ukrainer ihre Verteidigung nicht allein organisieren, sondern mit Unterstützung der europäischen Staaten und der USA, so stehen hinter Russland die Chinesen. Pekings Außenminister Wan Yi hat unlängst in Brüssel erklärt, dass sein Land es unter keinen Umständen zulassen werde, dass Russland den Krieg verliert.
So ist es. Anders als die westlichen Staaten hat China nach Ausbruch des Krieges seine Beziehungen zu Russland nicht abgebrochen, sondern sogar intensiviert. Damit verfolgt das Reich der Mitte geopolitische und ökonomische Interessen. Zu denen gehört, dass die Chinesen nicht wollen, dass die westliche Einflusssphäre weiter ausgedehnt wird. Zu denen gehört aber auch, dass China ein Interesse daran hat, dass dieser Krieg nicht irgendwann die eigenen Exporte gefährdet. Deshalb hat Peking wiederholt eigene Vorschläge zur Beilegung des Konflikts unterbreitet.

Das neue Gewicht Chinas hat sich auch in der vergangenen Woche gezeigt, als sich Trump mit seinem Kollegen Xi Jinping im südkoreanischen Busan traf. Anders als die EU hatte China nicht vor den Zolldrohungen der USA gekuscht, sondern mit eigenen Sanktionen reagiert. Nun verkündeten beide Staaten eine Einigung, was einmal mehr zeigt, dass hier eine Supermacht erwachsen ist, die den USA zunehmend ebenbürtig wird. Bei diesem Treffen wurde auch über den Ukrainekrieg gesprochen, und beide Präsidenten haben vereinbart, für ein Ende des Krieges zusammenzuarbeiten. Ich bin überzeugt, dass davon ein wichtiger Impuls ausgehen wird.

Diejenigen, die nach wie vor an einen Sieg der Ukraine glauben, stützen ihre Hoffnung darauf, dass den Russen bei andauernder Unterstützung der Ukraine und bei gleichzeitiger Fortsetzung der Sanktionen früher oder später die Puste ausgeht. Sind derlei Hoffnungen angesichts der Rolle Chinas nicht illusorisch?
Das ist genau der Punkt. Natürlich wirken sich die Sanktionen wie auch der permanente Verbrauch und Verschleiß von militärischen Gütern auf Russland und seine Volkswirtschaft aus. Aber eben nicht in dem Maße, wie es sich der Westen erhofft hat. Wir stehen jetzt vor dem 19. Sanktionspaket gegen Russland, und bislang hat noch keines das Kriegsgeschehen zugunsten der Ukraine verändert.

Russland hat übrigens nicht nur die Chinesen, sondern die Staaten der BRICS+-Gruppe und der Shanghai-Organisation an seiner Seite, die einerseits Rohstoffe wie Öl von den Russen kaufen und sie andererseits mit Konsumgütern beliefern. Die Russen sind also alles andere als isoliert. Der Glaube an einen baldigen Zusammenbruch der russischen Militärmacht ist deshalb ebenso eine Fiktion wie die Hoffnung darauf, dass die Ukraine den Krieg doch noch auf dem Schlachtfeld gewinnen könnte.

BILD: PICTURE ALLIANCE/ASSOCIATED PRESS/ UNCREDITED

Bislang die letzte Episode einer furchtbaren Vergangenheit: Atomtest der USA 1992 in der Wüste von Nevada. Noch ist unklar, ob die Vereinigten Staaten tatsächlich wieder zum Wechselspiel der nuklearen Abschreckung zurückkehren werden

> „Natürlich wirken sich die Sanktionen wie auch der permanente Verbrauch und Verschleiß von militärischen Gütern auf Russland und seine Volkswirtschaft aus. Aber eben nicht in dem Maße, wie es sich der Westen erhofft hat“

Lassen Sie uns zu guter Letzt noch einen Punkt ansprechen, der gerade in den letzten Tagen für Furore gesorgt hat. Der US-Präsident verkündete im Umfeld seines Treffens mit Xi, dass sein Land gezwungen sei, zu Atomwaffentests zurückzukehren. Wie ist dieser Schritt zu bewerten?
Russland hat Ende Oktober erfolgreiche Tests des Torpedos „Poseidon“ mit einer Reichweite von mehr als 10.000 Kilometern und des Marschflugkörpers „Burewestnik“ mit einer praktisch unbegrenzten Reichweite bestätigt. Beide Waffensysteme verfügen über einen nuklearen Antrieb durch einen Miniatur-Kernreaktor und können mit einem nuklearen Gefechtskopf ausgerüstet werden. Sie sollen das interkontinental-strategische Gleichgewicht mit den USA durch eine gesicherte nukleare Zweitschlagfähigkeit Russlands garantieren. Dazu wurde insbesondere der Marschflugkörper „Burewestnik“ entwickelt, mit dem Russland das Ziel verfolgt, Raketenabwehrsysteme zu durchdringen.

Auf diese Nachricht hin verkündete Trump die Wiederaufnahme amerikanischer Atomtests, betonte zugleich jedoch, dass er es hasse, dies tun zu müssen. Da jedoch die Russen ihre neuen Waffensysteme ohne atomare Gefechtsköpfe getestet haben, fehlt der Ankündigung des US-Präsidenten letztlich die Grundlage.

Käme es allerdings tatsächlich zu neuen Atomwaffentests, würde dies nach mehr als dreißig Jahren eine Erosion der internationalen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsordnung markieren und wäre in der Tat eine Rückkehr in finstere Zeiten. Denn seit dem letzten Nukleartest der USA 1992 gilt ein faktisches Testmoratorium der fünf Atommächte USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien. Zudem verbietet der „Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty“ (CTBT) von 1996 nukleare Tests. Allerdings ist dieser bisher nicht in Kraft getreten.

In jedem Fall ist die Diskussion über neue Atomwaffentests ein Beispiel dafür, an welche Abgründe die Welt ganz schnell geraten kann. Weshalb es dringend erforderlich ist, die Suche nach einer politischen Lösung des bestehenden militärischen Konfliktes in der Ukraine nicht aufzugeben.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

MELDUNGEN

Kontrollen im Schengenraum

Potsdam/Hannover – Brandenburgs Landesregierung unterstützt eine Bundesratsinitiative Niedersachsens, mit der Fluggesellschaften verpflichtet werden sollen, auch bei Flugreisen innerhalb der Schengenzone die Identität der Reisenden zu überprüfen. Dies geht aus einer Antwort von Brandenburgs Verkehrsminister Detlef Tabbert (BSW) auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Sven Hornauf (BSW) hervor. Bereits im Sommer hatte auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) Unterstützung für die Initiative Niedersachsens signalisiert. Der Bundesrat hatte sich auf Antrag Niedersachsens bereits 2022 dafür ausgesprochen, dass aus Sicherheitsgründen die Identität jedes Fluggastes durch Abgleich von Ausweis und Buchungsdaten geprüft werden soll. In anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Belgien oder Spanien existieren solche Regelungen schon seit Längerem. *H.M.*

Länder gegen höhere Beiträge

Berlin – Sechs Bundesländer haben signalisiert, ab Anfang 2026 weiterhin an einer Rundfunkgebühr in aktueller Höhe von 18,36 Euro festhalten zu wollen. Bei den Ländern handelt es sich um Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Die Beitragskommission (KEF) hatte eigentlich eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags um 58 Cent empfohlen. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke begründete die Ablehnung der Beitragserhöhung mit dem Skandal beim Sender RBB. Der SPD-Politiker sagte, er sehe derzeit bei den Bürgern keine Zustimmung für eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) forderte, dass die öffentlich-rechtlichen Sender erst Reformen umsetzen müssen, „ehe wieder Gebühren erhöht werden“. Über Klagen von ARD und ZDF, ob die Beiträge wie von ihnen geplant steigen dürfen, wird das Bundesverfassungsgericht erst 2026 entscheiden. *H.M.*

Lebensgefahr durch Windrad

Münster – In der Gemeinde Havixbeck im Kreis Coesfeld ist am Morgen des 27. Oktober ein Windrad mit einer Nabenhöhe von über 125 Metern havariert. Bei der Anlage löste sich der gesamte Turbinenteil inklusive der Rotorblätter vom Mast und fiel zu Boden. Nach der Havarie war die Ackerfläche um das Windrad in der Bauerschaft Hohenholte von diversen Trümmerteilen übersät. Zwei Monteure, die an einer benachbarten Windkraftanlage gearbeitet hatten, blieben unverletzt. Das Gelände konnte für Stunden nicht betreten werden, da für Einsatzkräfte eine Gefahr durch Hochspannung befürchtet wurde. Zur Sicherheit ließ der Kreis Coesfeld zwei baugleiche Windräder desselben Betreibers vorsorglich abschalten. Wie die Baufirma Nordex mitteilte, kann die Untersuchung der Unfallursachen möglicherweise Monate dauern. Der Betreiber der Anlage hatte das Windrad im Februar 2024 in Betrieb genommen. *H.M.*

BILD: IMAGO/FUNKE FOTO SERVICES

Der Zustand deutscher Kommunen zum fremdschämen: Marode Toiletten der Justus-von-Liebig-Schule in Duisburg

IN DER KOSTENFALLE

Kein Geld für zu viele Aufgaben

Finanzkollaps droht: Kommunen können Anforderungen nicht mehr erfüllen

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Viele deutsche Städte begrüßen ihre Besucher schon auf den ersten Metern mit offensichtlichen Mängeln. Kaum wird die Bundesstraße zur städtischen, wird der Verfall deutlich – Schlaglöcher, Tempolimit auf maroden Brücken und Straßen, teils sind sie ganz gesperrt, und verfallende Lärmschutzwände runden zusätzlich das jämmerliche Bild ab. An der saisonalen Bepflanzung im öffentlichen Raum sind die wenigen noch wohlhabenden Orte indes sofort erkennbar. Baufällige Sportstätten, Frauenhäuser, Schulen – viele öffentliche Gebäude lassen den akuten Geldbedarf der Kommunen schon äußerlich erkennen. Sogar Einsturzgefahr an Einrichtungen für Kinder sind keine Einzelfälle mehr.

Ob Frankfurt, Neukirchen oder Dortmund – unabhängig von Größe und Kassenstand des Ortes müssen Schulen dort mittlerweile wegen akuter Baufälligkeit ganz oder in Teilen schließen. 215,7 Milliarden Euro müssten die Kommunen investieren, um ihre Infrastruktur wieder einigermaßen herzurichten. Es geht dabei um die Anzahl der Einrichtungen genauso wie um deren Zustand.

Die Zahl stammt von der aktuellen Umfrage der Förderbank KfW („KfW-Kommunalpanel“) bei den Kämmereien der Gemeinden. Selbst wenn Länder und Gemeinden bald knapp 40 Milliarden Euro mehr aus der Steuerkasse erwarten dürfen, sei das aber längst kein Grund, ihre tiefe strukturelle Krise als behoben anzusehen, sagen sie. Die Bundesebene hält dagegen – mehr Geld sei nicht drin.

Brandbrief als Hilferuf

Die Gemeinden reklamieren nicht weniger als ein Grundproblem des Staates, der sie ausbluten lasse. Im föderalen System sind sie das letzte Glied der Kette. Ihnen schieben Bund wie Länder mehr Aufgaben zu, ohne die Finanzierung auszugleichen. Die Folge ist eine Dauerkrise selbst für gut wirtschaftende Orte. Investitionen sind kaum noch möglich, Mangelverwaltung und Verfall zeichnen dem Bürger vor der Haustür das Bild des vermeintlich handlungsunfähigen Staates. Längst beschäftigen sich Heerscharen an Wissenschaftlern mit den Folgen dieser strukturellen Krise für die Demokratie.

Ein aktueller Brandbrief an Bundeskanzler Friedrich Merz ist nur ein Funke in einem Feuer aus Hilferufen – sie alle drehen sich um strukturelle Probleme, die Landes- und Bundesebene auf Städte und Gemeinden abwälzen. Kommunale Verantwortliche, die Brandbriefe nach Berlin schicken, sind nicht neu, dass Oberbürgermeister der Landeshauptstädte sich wie Ende Oktober direkt an den Bundeskanzler wenden, indes schon.

Den 13 Städten, allen voran Stuttgart und dessen Oberbürgermeister Frank Nopper (CDU), geht es klar über die Lippen: „Wir können nicht mehr.“ Mehr Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich, das gehe nicht, so der Tenor. Wer bestelle, müsse zahlen. Mit dem Deutschlandticket verringere der Bund sogar aktiv die Einnahmen der Gemeinden, während Sozialausgaben immer weiter in wahnwitzige Höhen schießen und die ohnehin leeren Kassen in den Finanzkollaps treiben.

Eine der Hauptbelastungen der letzten Jahre ist das Ausmaß der Zuwanderung, welche Städte bis hin zu kleinsten Gemeinden zu bewältigen haben. Sie haben Unterkünfte zu stellen und Sozialkosten zu tragen. Im September wies das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) nach, wie wichtig nachhaltige und belastungsfähige Infrastrukturen in den Gemeinden bei der Frage gelingender Zuwanderung sind. Es komme auf „Anstrengungen der Zivilgesellschaft in ruhigeren Phasen“ an, so ein offizielles Fazit der Umfragenreihe. Solch „ruhigere Zeiten“ klingen für viele Bürgermeister und Kommunalpolitiker wie der reinste Hohn. Es gebe sie schon lange nicht mehr, sagen sie. Die aktuelle Asylpolitik, infolge derer weniger Zuwanderung erfolge, wirke sich „immerhin etwas, aber nicht viel“ aus, so Christian Schuchardt, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages am 30. Oktober. Kosten der Zuwanderung würden aus Sicht der Gemeinden kaum sinken, die Aufgaben seien nicht in Monaten gelöst.

Demographie als Geldproblem

Schuchardt identifiziert grundsätzlich ein „noch nie da gewesenes Rekorddefizit in den Städten und Gemeinden“. Vor allem bei den Sozialkosten brauchen sie demnach Entlastung. Staatliche Aufgaben müssten grundlegend neu geordnet werden und Entbürokratisierung sei neben Digitalisierung wichtig, um die kommunale Not zu lindern. Die werde durch die aufgehende Schere zwischen Einnahmen und Aufgaben bestimmt.

Ein langfristiges Problem vieler Gemeinden ist in der aktuellen Krise nur selten mitgerechnet. Es betrifft primär die stetig steigenden sozialen Ausgaben und parallel zu der ungerechten Lastenteilung ist es gleichermaßen die Demographie, also die Altersentwicklung der Gesellschaft. Sie lässt zwar die größeren Kommunen über 50.000 Einwohner nach neusten Umfragen noch relativ kalt und wird dort nicht zu den vorrangigen Problemen gerechnet, doch für die kleinen Kommunen ist sie oft eine Mammutaufgabe. Dezentrale oder sozioökonomisch ungünstig sich entwickelnde Gemeinden hätten es künftig noch schwerer, Bildung, Gesundheit und Pflege zu organisieren, sagen Experten.

Überproportionale Zusatzausgaben durch die Demographie sah das ifo-Institut (Dresdner Niederlassung) schon 2018 für Kommunen – vor allem solche zwischen 30.000 und 100.000 Einwohner. Wo nicht investiert werde, drohten demnach weitere Kosten und Probleme.

GRAUSAME STATISTIK

Über fünf Millionen Verbrechen von Asylsuchern

Einheimische werden dabei erheblich öfter Opfer von Ausländerkriminalität als umgekehrt

Im Zeitraum von der Grenzöffnung durch Ex-Kanzlerin Merkel im Jahre 2015 bis Ende 2024 registrierten die deutschen Behörden über fünf Millionen Straftaten, an denen mindestens ein legaler oder illegaler „Zuwanderer“ beteiligt war. Wobei als Zuwanderer lediglich Asylbewerber, Schutzberechtigte, Kontingentflüchtlinge, Geduldete oder unerlaubt im Lande Weilende, nicht aber länger hier lebende Ausländer oder Eingebürgerte mit deutschem Pass gelten. Diese Angaben entstammen der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion. Gleichzeitig wies die Regierung darauf hin, dass die Zahl der Straftaten ohne ausländerrechtliche Delikte bei nur bei 2,8 Millionen Fällen läge.

Ungeachtet dessen begingen Zuwanderer eine große Menge von Gewaltverbrechen. Hier gab es einen Anstieg von 12.500 Fällen im Jahr 2015 auf 26.300 im Jahr 2024. Insgesamt waren Asylsuchende für mehr als 218.000 Gewaltdelikte in den letzten zehn Jahren verantwortlich.

Offizielles Schönreden der Zahlen

Bei vollendetem und versuchtem Mord oder Totschlag wurden zwischen 2015 und 2024 insgesamt 3439 Fälle registriert, in die ein oder mehrere Zuwanderer als Täter verwickelt waren. Im letzten Jahr zählte man dabei 258 Deutsche als Opfer, von denen 38 nicht überlebten. Im Gegenzug fielen 89 Zuwanderer deutschen Tätern oder Tätergruppen mit mindestens einem Deutschen zum Opfer, wobei fünf der Immigranten starben. Einheimische werden also sehr viel öfter von Zuwanderern angegriffen als umgekehrt.

Ähnlich alarmierend sind die Zahlen bei Sexualdelikten wie Vergewaltigung und sexueller Nötigung: Seit 2015 gab es fast 12.000 solcher Fälle, davon allein um die 1300 im Verlauf des Jahres 2024. An Raubdelikten wurden zwischen 2015 und 2024 knapp 40.000 registriert und an gefährlichen oder schweren Körperverletzungen 163.600. Dazu kamen zusätzlich noch 765.000 Taschendiebstähle sowie 506.000 Ladendiebstähle. Je nach Art der Straftat traten unterschiedliche Haupttätergruppen in Erscheinung. Gewaltdelikte waren vor allem die „Spezialität“ von Zuwanderern aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, während Diebstähle und Raubüberfälle eher von Immigranten aus nordafrikanischen Ländern oder Staaten südlich der Sahara sowie Georgiern begangen wurden – was auch für Drogendelikte galt.

Wie angesichts der politischen Verhältnisse hierzulande kaum anders zu erwarten, werden diese und ähnliche Statistiken, die zeigen, wie unsicher die Bundesrepublik durch den Zustrom von Asylsuchern geworden ist, nach Kräften relativiert. So erklärte das Bundeskriminalamt lapidar: „Eine Bevölkerungsgruppe mit einem höheren Anteil an Männern und an jüngeren Menschen – wie es bei der nichtdeutschen Bevölkerung der Fall ist – weist alleine dadurch erwartbar eine höhere Kriminalitätsbelastung auf.“

Darüber hinaus führen Kriminologen sowie Soziologen immer wieder die angeblich prekären Lebensumstände der Täter, die Inflation oder sogar noch die „Nachwirkungen der Corona-Pandemie“ als Entschuldigung oder gar Rechtfertigung an. *Wolfgang Kaufmann*

UMWELTPOLITIK

Grüner Stadtumbau durch die Hintertür

Mit einem „Baumentscheid“ setzen Berliner Aktivisten zu brutalem Schlag gegen den Autoverkehr an

VON HERMANN MÜLLER

Wurde zum Symbol der Autofeindschaft: Die Berliner Friedrichstraße im Jahre 2020 *Bild: IMAGO/Dirk Sattler*

Im März 2023 scheiterte ein Volksentscheid namens „Berlin 2030 klimaneutral“, weil weniger als ein Viertel aller Stimmberechtigten für das Vorhaben stimmten – das notwendige Quorum wurde recht deutlich verfehlt.

Eine neue Initiative für einen Berliner „Volksentscheid Baum“ könnte dagegen erfolgreicher ausgehen. Beim Blick auf die Details des Projekts wird klar: Das von den Initiatoren des Volksentscheids geplante „Klimaanpassungsgesetz“ wird tiefgreifende Folgen für die Stadt haben.

Nach Angaben der Aktivisten, die hinter dem Projekt Baumentscheid stehen, geht es darum, Berlin „bis zum Jahr 2040 hitzesicher und wetterfest“ zu machen. Dazu sollen in der gesamten Hauptstadt 300.000 neue Straßenbäume gepflanzt werden. Die Initiatoren fordern zudem 100 neue Parks und 1000 „Kälteinseln in den Berliner Kiezen“. Als Erstes sollen nach den Vorstellungen der Baum-Aktivisten diejenigen „Hitzeviertel“ umgestaltet werden, deren sozialer Statusindex laut Daten des Landes „sehr niedrig bis niedrig“ ist.

Politisch brisant ist die Forderung nach einem „Risikowetterrat“. Angekündigt ist von den Initiatoren des Baumentscheids ein „unabhängiger wissenschaftlicher Rat, der das Handeln des Senats kontrolliert und bewertet“. Ihnen schwebt damit offenbar vor, parallel zum demokratisch gewählten Berliner Landesparlament ein externes Kontrollgremium zu installieren, das die „Anpassungsstrategien“ des Berliner Senats überwachen soll. Damit droht die Gefahr, dass eine machtvolle Schatteninstitution entsteht, deren demokratische Legitimation fraglich ist.

Bonde warnt vor immensen Kosten

Die Initiatoren, darunter der Fahrradaktivist Heinrich Strößenreuther, haben in einer ersten Stufe 33.000 Unterschriften für ihr Volksbegehren gesammelt und dem Senat einen Gesetzentwurf zur Klimaanpassung vorgelegt. Für den Fall, dass das Berliner Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf ablehnt, hatten die Aktivisten angekündigt, abermals Unterschriften für einen dann rechtlich bindenden Volksentscheid zu sammeln. Als Termin für einen solchen Entscheid wurde in der Stadt mehrfach der Tag der Berlin-Wahl am 20. September 2026 genannt.

Noch im Juli hatte der Senat den vorgelegten Gesetzentwurf unter anderem mit Hinweis auf die drohenden finanziellen Belastungen abgelehnt. Nach Angaben des Senats ist allein für die Umsetzung des Gesetzes im Zeitraum 2025 bis 2040 mit Kosten von mindestens 7,2 Milliarden Euro zu rechnen. Umweltsenatorin Ute Bonde (CDU) warnte bereits im Sommer: „Ein Erfolg des Volksbegehrens würde zur Folge haben, dass viele andere wichtige Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr oder nur noch eingeschränkt erbracht werden können.“ Bonde wies auch darauf hin, dass ihrer Einschätzung nach für die geforderten Hunderttausende zusätzlichen Straßenbäume „ausreichend geeignete bepflanzbare Standorte“ fehlten.

Die Frage, wo der notwendige Raum vorhanden ist, stellt sich allerdings nicht nur bei der hohen Zahl zusätzlicher Straßenbäume. Laut dem Entwurf des Klimaanpassungsgesetzes sollen für jeden Einwohner in einer fußläufigen Entfernung von höchstens 500 Metern „klimawirksame öffentliche Grünflächen mit einem Gesamtumfang von mehr als einem Hektar“ erreichbar sein.

CDU/SPD-Senat gibt schon nach

Die Lösung für das Raumproblem ist bereits absehbar: Wie es im Gesetzentwurf heißt, sind die „erforderlichen Breiten von Rad- und Fußwegen“ beizubehalten. Fehlt Fläche für Pflanzungen, dann sollen demnach vorrangig Parkplätze für Autos verschwinden. Faktisch ist das Klimaanpassungsgesetz damit ein idealer politischer Hebel, um in Berlin den Autoverkehr weiter einzuschränken.

Die Chancen für einen Erfolg eines Baumentscheids müssen dennoch als recht hoch eingeschätzt werden. Welcher Berliner hat schon etwas gegen mehr Stadtgrün? Der breiten Masse der Berliner Bevölkerung dürften zudem die problematischen Details und weitreichenden Folgen des Klimaanpassungsgesetzes bislang nicht bewusst sein. Den Erfolg des Hamburger Klimavolksentscheids am 12. Oktober führen Beobachter vor Ort ebenfalls wesentlich darauf zurück, dass große Teile der Bevölkerung in der Hansestadt die Tragweite der Entscheidung nicht verstanden hatten.

Nach intensiven Verhandlungen ist der Berliner Senat inzwischen von seiner bisher ablehnenden Haltung abgerückt. Die Regierungskoalition aus CDU und SPD hat den Gesetzentwurf der Volksinitiative Baumentscheid sogar in wesentlichen Punkten übernommen. Zuletzt umstritten war im Senat noch die Forderung der Initiative nach einem unabhängigen Kontrollrat. Allerdings wurde auch dieses Gremium unter der Bezeichnung „Beirat“ mit in den Gesetzentwurf aufgenommen. An Finanzmitteln will die Koalition rund drei Milliarden Euro für die Projekte bereitstellen.

Die Initiatoren des Baumentscheids bezeichnen ihr kommunales Klimaanpassungsgesetz ausdrücklich als ein „modernes Politikplanungs- und Transformationsgesetz und Blueprint für andere Bundesländer“. Berlin soll somit den Vorreiter spielen, dem bundesweit andere Kommunen folgen sollen.

INNERE SICHERHEIT

Dobrindts Erfolg an den Bahnhöfen

Bundesinnenminister hat Weg frei gemacht für umfassende Waffenkontrollen – Polizei handelt

Eine erschreckende Menge an gefährlichen Gegenständen haben Kontrollen der Bundespolizei an Berliner Bahnhöfen zutage gefördert. Innerhalb von drei Wochen stellten Bundespolizisten auf Bahnhöfen der Hauptstadt 124 Messer, 73 Reizstoffe und 13 Hiebwaffen sicher. Obendrein entdeckten die Beamten bei den Kontrollen Dutzende andere gefährliche Gegenstände, darunter sogar Pistolen. Quasi als Nebeneffekt deckten die Einsatzkräfte weitere 329 Straftaten auf. In 81 Fällen ging es dabei um Gewaltkriminalität, dazu registrierte die Bundespolizei 54 Drogendelikte und 58 Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht. In 25 Fällen konnten die Beamten auf den kontrollierten Bahnhöfen sogar offene Haftbefehle vollstrecken.

Rechtliche Grundlage für die Kontrollen war ein Messerverbot auf 15 Berliner Bahnhöfen und dem Potsdamer Hauptbahnhof, das von der Bundespolizeidirektion Berlin Anfang September bis zum 27. Oktober verhängt worden war. Inzwischen hat die Bundespolizei die Regelung bis zum 17. November verlängert. Bereits im Juli hatte die Berliner Polizei in allen öffentlichen Verkehrsmitteln ein Messerverbot verhängt.

Kein konkreter Verdacht mehr nötig

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hatte zudem per sogenannter Allgemeinverfügung dafür gesorgt, dass die Bundespolizei deutschlandweit an Bahnhöfen jede Person nach Waffen kontrollieren darf. Die Beamten benötigen für ihre Kontrollen keinen konkreten Verdacht. Dobrindt erklärte: „Die Zahl der Gewalttaten steigt, besonders Messerangriffe machen vielen Menschen Angst. Deshalb ist es richtig, dass die Bundespolizei jetzt mit starker Präsenz und scharfen Kontrollen klare Kante zeigt. Wer Bahn fährt, soll sich sicher fühlen.“

Tatsächlich hat die Gewalt an Bahnhöfen erschreckende Ausmaße angenommen. Nach Angaben der Bundesregierung registrierte die Bundespolizei allein von Januar bis Ende Juni 14.047 Gewaltdelikte und 1076 Sexualstraftaten an Bahnhöfen. Dazu kamen gut 26.600 Eigentumsdelikte, knapp 17.600 Sachbeschädigungen und etwa 4500 Drogendelikte. Die Zahlen stammen aus der Antwort auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Martin Hess (AfD).

Dobrindt kündigte im Zuge der „Stadtbild“-Debatte inzwischen auch an, die Präsenz der Bundespolizei an den Bahnhöfen zu verstärken. Nach den Vorstellungen des Innenministeriums soll es insbesondere Schwerpunkt-Einsätze zur Gewaltprävention geben.

Der Fahrgastverband Pro Bahn fordert von der Politik insgesamt mehr Investitionen in sichere, saubere Bahnhöfe. Der Bundesvorsitzende des Verbands, Detlef Neuß, erklärte gegenüber der „Rheinischen Post“, dass „Obdachlose, Drogenabhängige, Betrunkene und gewaltbereite Gruppen an Bahnhöfen dazu führen, dass gerade Frauen abends Fahrten mit der Bahn vermeiden.“ Neuß wies auch auf eine allgemein aggressivere Stimmung hin: „Früher war der Schaffner eine Autorität, vor der Menschen ohne Fahrkarte geflohen sind. Heute trifft der Schaffner auf Schwarzfahrer, die ihn beschimpfen, bespucken oder treten, statt wegzulaufen.“ *H.M.*

KOLUMNE

Falsches Sparen

VON THEO MAASS

Rund ein Viertel weniger Berliner besuchten im vergangenen Sommer die Freibäder der Stadt. Für den Rückgang gibt es nach Angabe der Bäderbetriebe einen Grund. So war der Sommer kühler als im Jahr zuvor. Entscheidend für die Besucherzahlen sei daher das Wetter. 30 Prozent weniger Tage mit Temperaturen über 25 Grad hätten zu einem Rückgang der Zahl der Badegäste um 29 Prozent beigetragen, so die Betreiber.

Allerdings gibt es noch einen zweiten Grund, der politsche Ursachen hat und diesmal nichts mit randalierenden Migranten zu tun hatte: Die meisten Becken wurden nicht beheizt, sodass die Wassertemperatur sehr niedrig blieb. Nur vier Becken in drei Bädern wurden auf 22 Grad erwärmt. In anderen Becken wurden Solaranlagen zur Erwärmung des Wassers genutzt.

Der Vorstand der Bäderbetriebe unterstreicht: „Unsere Freibäder sind und bleiben ein Ort der Begegnung und Entspannung.“ Nun ist der Besuch eines Schwimmbades eben nicht nur der Entspannung und Erholung zuträglich, sondern auch der Gesundheit. Die Bewegung im Wasser entlastet die Gelenke. Gleichzeitig kommen Herz und Kreislauf in Schwung. Schwimmen beansprucht viele und große Muskelgruppen. Der Körper muss in Spannung bleiben, um im Wasser möglichst zügig voranzukommen und nicht unterzugehen. Beim Schwimmen wird das Gehirn besonders gut durchblutet. Dadurch können sich Nervenzellen besser vernetzen.

Gerade unter diesem Aspekt bedeutet die „Klimarettung“ per ausgeschalteter Heizanlagen des Schwimmbadewassers Sparen am falschen Ende. Ein Mensch, der sich viel bewegt, wird weniger krank und entlastet damit schlussendlich Krankenkassen. Damit spart er den Beitragszahlern viel Geld. Darum wäre für 2026 zu wünschen, dass die Bäderbetriebe das Wasser wieder stets auf einer angenehmen Temperatur halten.

MELDUNG

„Brandmauer hat versagt“

Berlin – Der Berliner Landeschef des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), Alexander King, hat sich in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ kritisch zur Abgrenzung gegenüber der AfD geäußert. King sagte, die sogenannte Brandmauer habe nach seiner Ansicht nicht die beabsichtigte Wirkung erzielt. Die AfD werde hinter der Brandmauer immer stärker. Das Ausgrenzen großer Wählergruppen bezeichnete King zudem als Demokratieproblem. Eine Zusammenarbeit mit der AfD lehnt der BSW-Chef aber grundsätzlich ab. Dies gelte auch, wenn es in Sachfragen wie der Aufarbeitung der Corona-Politik punktuelle Überschneidungen gebe. Das ehemalige Mitglied der Linkspartei warnte in seinem Interview auch vor einem „Verfall der Meinungsfreiheit“ in Deutschland und sprach von einer „Cancel Culture von links und rechts“. Das BSW will im September 2026 erstmals bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus antreten. *H.M.*

MELDUNGEN

Königsberg: Sperrung droht

Wilna – Der litauische Außenminister Kęstutis Budrys hat gedroht, die über das Territorium Litauens führenden Transitwege zwischen Russland beziehungsweise Weißrussland und dem Königsberger Gebiet zu sperren, falls dies „aus Sicherheitsgründen erforderlich“ sei. Mit den Transitwegen meinte er vor allem die Eisenbahnverbindung Moskau-Königsberg sowie die Fernstraßen A7/E28 und A216/E77. Der Transit durch Litauen wird mittels etlicher Abkommen geregelt, zu denen mehrere bilaterale Vereinbarungen zwischen Russland und Litauen sowie auch Gemeinsame Erklärungen von Russland und der Europäischen Union gehören. Budrys zufolge müsse sich Litauen jedoch nicht mehr daran halten. Wörtlich sagte der Minister: „Niemand kann Litauen in seinen Handlungen im Interesse der nationalen Sicherheit, der Abwehr von Bedrohungen, des Schutzes der Bürger, der Souveränität und der territorialen Integrität einschränken.“ *W.K.*

Kaczyński dreht durch

Kattowitz – Polens Oppositionsführer Jarosław Kaczyński (Partei Recht und Gerechtigkeit) hat die EU sowie Deutschland und Frankreich zur größten Bedrohung für Polens Souveränität erklärt. Auf einer Programmkonferenz seiner Partei in Kattowitz erklärte der 76-Jährige: „Die Deutschen wollen uns den Staat wegnehmen.“ Frankreich warf er vor, die deutschen Ambitionen zu unterstützen. Die europäische Bürokratie „brennt“ sogar darauf, so der PiS-Chef. Laut Kaczyński zielten die Pläne darauf ab, dass „alle Staaten der EU, bis auf Deutschland und Frankreich, entweder aufhören zu existieren oder ihre Souveränität verlieren“. Er erklärte zudem, das Vorgehen Brüssels und Berlins führe zur Entstehung eines „hegemonialen Staates“. Regierungschef Donald Tusk (Bürgerplattform) bezeichnete die Äußerungen Kaczyńskis als „Quatsch eines Opas“. *W.K.*

Orbán bildet Ukraine-Block

Budapest – Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán strebt ein „ukraineskeptisches Bündnis“ an, dem neben Ungarn auch die Slowakei und Tschechien angehören sollen. Dies erklärte Balázs Orbán, Berater des ungarischen Regierungschefs, gegenüber der Wochenzeitung „Politico“. Demnach plant der Ministerpräsident, sich vor dem EU-Gipfeltreffen mit dem slowakischen Regierungschef Robert Fico und Andrej Babiš, dem wohl neuen Ministerpräsidenten Tschechiens, über gemeinsame Positionen zur Ukraine-Politik abzustimmen. Der Regierungsberater erklärte, die Kooperation der östlichen EU-Staaten habe bereits während der Flüchtlingskrise 2015 „sehr gut funktioniert“. Die Parteien von Babiš und Orbán arbeiten bereits im EU-Parlament in der Fraktion „Patrioten für Europa“ zusammen. Babiš, Sieger der Parlamentswahl in Tschechien, hatte sich im Wahlkampf gegen die Finanzierung von Waffenlieferungen an die Ukraine aus dem Staatshaushalt ausgesprochen. *H.M.*

Schreitet entschlossen zur Tat: Japans erste Premierministerin Sanae Takaichi *Bild: IMAGO/Kyodo News*

WELTPOLITIK

Japan hat „Zukunft“ gewählt – und wir sollten hinsehen

Die neue Premierministerin setzte auf Kontinuität mit Erneuerung aus einem traditionellen Selbstverständnis sowie Stärke und Mut heraus

VON JENS EICHLER

Mit der Wahl von Sanae Takaichi zur ersten Premierministerin Japans hat das Land, das sonst eher für politische Kontinuität und leise Übergänge bekannt ist, einen historischen Moment erlebt. Zum ersten Mal in der Geschichte steht eine Frau an der Spitze der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt – und sie steht dort nicht als Symbol feministischer Emanzipation – wie die Baerbocks dieser Welt glauben –, sondern als Vertreterin eines dezidiert konservativen Selbstverständnisses. Die 64-jährige Takaichi aus der mächtigen Liberaldemokratischen Partei ist keine Rebellin gegen das Establishment, sondern vielmehr dessen entschlossene Erneuerin. Ihre Wahl ist damit weniger Revolution als Rückbesinnung: nämlich ein Versuch, Japan aus der aktuellen Lethargie des politisch Gewohnten zu lösen. Dies ohne die geistige Grundlage des Landes infrage zu stellen. Die engagierte Politikerin, die Englands „Eiserne Lady“, Margaret Thatcher, als Vorbild hat, ist die Inkarnation der modernen japanischen Rechten: hochgebildet, patriotisch – nicht nationalistisch –, technikfreundlich, aber skeptisch gegenüber gesellschaftlichen Experimenten.

Takaichi war stets glühende Anhängerin des verstorbenen Premierministers Shinzo Abe und gilt als Hüterin seines politischen Erbes. Sie setzt auf eine aktive Wirtschaftspolitik, die sich auf Staatsinvestitionen und industriepolitische Impulse stützt, ohne den marktwirtschaftlichen Rahmen aufzugeben. Ihre „Takaichinomics“ sollen dabei Wachstum und Wehrfähigkeit miteinander vereinen. Der Staat soll lenken dürfen, wo Märkte versagen, ansonsten lenkt der Markt allein. Das ist eine Haltung, die in Tokio pragmatisch klingt, in Berlin aber Erinnerungen an längst überwundene Steuerungsträume weckt. Doch Takaichi ist keine Ideologin der Vergangenheit, sondern eine Realpolitikerin im Hier und Heute. Ihr Grundgedanke lautet: Ein Land, das ökonomisch stagniert und militärisch zögert, verliert auch die geistige Souveränität.

Die Alterung der Gesellschaft, der Fachkräftemangel – all das bildet den Hintergrund ihrer Agenda. Migration, das große Tabuthema in Japans Politik, will sie dosiert zulassen. Aber: Ihre Antwort auf den Bevölkerungsschwund ist nicht kulturelle Öffnung, sondern technologische Beschleunigung: Automatisierung, Robotik, Digitalisierung sollen den Mangel an Händen kompensieren.

Konsequent gegenüber China

Nach innen will Japans erste Regierungschefin ein Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit erneuern, das ausgerechnet dem traditionsbewussten Japan in den vergangenen Jahrzehnten peu à peu verloren gegangen scheint. Dafür will sie nach außen dem Land wieder eine Stimme geben, die man hört – auch wenn sie unbequem ist. Ihre außenpolitische Vision ist klarer denn je: Japan soll militärisch eigenständiger werden, seine Selbstverteidigungskräfte ausbauen, die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten verringern, aber die Allianz mit den USA dennoch festigen. Gegenüber China kündigt sie eine erheblich konsequentere Haltung an, und gegenüber Nordkorea ist sie Realistin, nicht Romantikerin.

Für Deutschland, das in Asien bislang eher als Wirtschaftspartner denn als sicherheitspolitischer Akteur wahrgenommen wurde, entsteht daraus eine doppelte Herausforderung. Einerseits eröffnet sich die Chance, mit Japan enger zu kooperieren – in der Technologiepolitik, bei kritischen Rohstoffen, bei der Sicherung globaler Lieferketten. Denn beide Nationen teilen eine industrielle DNA, einen hohen Bildungsanspruch, den Glauben an Vernunft und Ordnung. Andererseits zwingt Takaichis Kurs Europa, nachzudenken: Sollte Japan ein stärkerer Teil einer USgeführten Sicherheitsarchitektur im Pazifik werden, wächst der Druck auf Berlin, Farbe zu bekennen – zwischen der ökonomischen Rücksicht auf China und der strategischen Loyalität gegenüber der westlichen Wertegemeinschaft.

Japan als Spiegel Europas

Auch wirtschaftlich könnte Japans Neuorientierung zum Prüfstein werden. Denn ein „Japan First“ in der Industriepolitik könnte die Handelsbeziehungen mit Deutschland erschweren, aber auch Anreiz sein, die Partnerschaft zu vertiefen, bevor andere sie definieren. Für die deutsche Außenpolitik liegt darin eine Chance. Das Land der aufgehenden Sonne ist kein Exot, sondern ein Spiegel für das, was Europa selbst bevorsteht: ein Kampf um wirtschaftliche Vitalität, sicherheitspolitische Eigenständigkeit und kulturelle Identität in einer Welt, die gerade dabei ist, ihre Gewissheiten zu verlieren.

Takaichis Aufstieg ist deshalb mehr als ein fernöstliches Ereignis. Er ist ein Zeichen dafür, dass Konservatismus als Mut zur Kontinuität ein wertvoller Polit-Impuls ist. Japan wagt den Versuch, Stärke neu zu denken – nicht als Machtdemonstration, sondern als Sicherung der Freiheit. Doch für Europa, das immer stärker ideologisiert scheint, dabei grün-linke Dogmen wie göttliche Gebote initiiert, sollte sich ein Beispiel nehmen. Denn manchmal zeigt sich die Zukunft der westlichen Ordnung zuerst dort, wo man sie am wenigsten erwartet: in einem Land, das nie laut ist – aber, wenn es spricht, die Welt aufmerksam werden lässt. In diesem Sinne steht Japan vor einem „Neustart im Stillen“, und wir in Deutschland sollten – mal ohne Arroganz – genau hinsehen.

EUROPA-PARLAMENT

EU-Abgeordnete schweigen zu lukrativen Nebenjobs

Hohe Zusatzeinkünfte und mögliche Interessenkonflikte scheinen in der EU an der Tagesordnung zu sein

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg dürfen zwar keine direkte Lobbyarbeit leisten, aber für Organisationen oder Institutionen tätig sein, die in einem speziellen Lobbyregister aufgelistet sind. Gleichermaßen geduldet werden Interessenkonflikte, die zu einer „Beeinflussung der Pflichten eines Abgeordneten aus familiären, emotionalen oder wirtschaftlichen Gründen“ führen. Allerdings müssen die Parlamentarier solche Konflikte wie auch ihre bezahlten Nebentätigkeiten offenlegen, wenn sie an einem in der Sache relevanten Gesetz mitarbeiten oder eine führende Rolle in bestimmten Ausschüssen innehaben.

Derartige Erklärungen finden sich in öffentlich zugänglichen Dokumenten, von denen die auf Wirtschaftsnachrichten spezialisierte „Financial Times“ rund 13.000 mittels Künstlicher Intelligenz (KI) ausgewertet hat. Über die Ergebnisse berichtete das Blatt jetzt in einem Artikel mit dem Titel „Zahlreiche EU-Abgeordnete gehen Nebenjobs in Bereichen nach, in denen sie die Gesetzgebung der Europäischen Union steuern“.

Keine Interessenkonflikte meldete der Londoner Zeitung zufolge der rumänische Parlamentarier Gheorghe Piperea, der auch als Anwalt und Insolvenzverwalter arbeitet und Einkünfte von mehr als 640.000 Euro im Jahr erzielt. Piperea nimmt an Verhandlungen zur Novellierung des EU-Insolvenzrechtes teil. Ebenso wurde Riho Terras aus Estland genannt. Dieser ist stellvertretender Vorsitzender des Sicherheits- und Verteidigungsausschusses und kassiert parallel dazu 24.000 Euro pro Jahr vom Revaler Rüstungsunternehmen Go Craft. Zu Interessenkonflikten soll das angeblich aber nicht führen. Und der tschechische Rennfahrer Filip Turek erhält neben seinen Abgeordnetendiäten jährlich noch 126.000 Euro als „Automobilexperte“, während er den Beratungen über Vorschriften rund um die Ausstattung von Elektrofahrzeugen beiwohnt – auch hier wurden keinerlei Interessenkonflikte angezeigt.

Kein Lobbyismusverbot

Insgesamt sind 59 der 720 EU-Abgeordneten in Gremien aktiv, deren Themenschwerpunkte sich mit ihren bezahlten Nebentätigkeiten überschneiden oder gar in direktem Zusammenhang mit diesen stehen. Dabei gaben aber nur acht der Parlamentarier an, dass Interessenkonflikte vorliegen könnten.

Befürworter der Nebenjobs meinen, es verbessere die EU-Gesetzgebung, wenn auch unmittelbar Betroffene Einfluss auf diese ausübten. Dahingegen versuchten Kritiker dieser Vorgehensweise schon mehrmals, ein Verbot solcher Formen des Lobbyismus durchzusetzen. Deren Anträge scheiterten jedoch allesamt – selbst nachdem die Bestechung etlicher EU-Parlamentarier und -Beamter durch die Regierungen von Katar, Marokko und Mauretanien aufgeflogen war.

Das quittierte Raphaël Kergueno von der Nichtregierungsorganisation Transparency International mit den Worten: „Die Abgeordneten hatten zahlreiche Gelegenheiten, das System zu ändern, haben sich aber dagegen entschieden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zum nächsten Skandal kommt.“ *Wolfgang Kaufmann*

BILD: IPICTURE ALLIANCE/MARKUS SCHOLZ/DPA/MARKUS SCHOLZ

Der Handel blickt skeptisch auf das bevorstehende Weihnachtsgeschäft: Noch sind nicht alle in positiver Kauflaune

IFO-STUDIE

Deutsche Zuversicht wächst – trotz ungelöster Probleme

Der leichte erkennbare Aufschwung wird aber keine Chance haben, wenn notwendige Reformen jetzt nicht endlich umgesetzt werden

VON PETER ENTINGER

Inmitten einer Phase ökonomischer Ungewissheit, in der Industrie, Handel, Bau und Dienstleistung mit strukturellen Herausforderungen hadern, meldet das Münchner ifo Institut für Oktober erstmals wieder ein leichtes Anzeichen von Zuversicht. Der Geschäftsklimaindex kletterte von 87,7 auf 88,4 Punkte. Dieser Wert allein wird zwar kaum Jubelstürme auslösen, doch seine Symbolkraft ist bemerkenswert. Denn er zeigt, dass sich die Stimmung unter Deutschlands Unternehmen stabilisiert und in Teilen sogar verbessert hat.

Ursache dafür sind vor allem positivere Erwartungen für die kommenden Monate, während die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage leicht negativer ausfiel. Vor allem im verarbeitenden Gewerbe zeichnet sich ein kleiner Lichtblick ab, auch wenn die Zufriedenheit mit den laufenden Geschäften gering bleibt. Immerhin stieg die Kapazitätsauslastung leicht auf 78,2 Prozent. Das ist zwar weiterhin deutlich unter dem langjährigen Mittel von 83,3 Prozent, zeigt aber, dass die Talfahrt möglicherweise gestoppt ist. Besonders die exportorientierten Branchen wie Maschinenbau, Chemie und Automobil scheinen wieder vorsichtig optimistischer zu werden.

Im Baugewerbe hingegen bleibt die Lage weiter angespannt. Gestiegene Finanzierungskosten, Zurückhaltung bei privaten Bauherren und die schwache Nachfrage im öffentlichen Sektor lassen keine Hoffnung auf schnelle Besserung erkennen. Ähnlich sieht es im Einzelhandel aus, wo der Konsum weiter schwächelt. Die Verbraucher halten sich zurück, auch aufgrund hoher Preise und einer unsicheren Einkommensentwicklung.

Für deutsche Unternehmen deutet sich aber dennoch ein Trend an. Die verbesserte Erwartungslage zeigt, dass die Führungskräfte nicht mehr nur auf defensive Schadensbegrenzung orientiert sind, sondern beginnen, wieder Investitions- und Innovationsziele zu definieren. Dies gilt vor allem für Industrieunternehmen, die von global stabileren Lieferketten, einer moderat besseren Nachfrage und teils von Rückstellungen im Bereich Material- und Energiepreise profitieren.

Gleichwohl bleiben Risiken präsent. Der Binnenkonsum stagniert, Fachkräftemangel und hohe Transformationskosten belasten weiterhin. Auch geopolitische Spannungen und eine schwache Weltkonjunktur geben keinen Anlass zur Entwarnung. Auffällig ist, dass die Erwartungen für die kommenden Monate dennoch deutlicher zulegen, gelten sie doch als Vorlaufindikator. Viele Firmen gehen davon aus, dass die Talsohle durchschritten ist. ifo-Präsident Clemens Fuest sagte bei der Vorstellung des Berichts darum: „Die deutsche Wirtschaft hofft weiter auf eine Belebung der Konjunktur im kommenden Jahr."

Aufwärts ohne Chemie

In diesem Marktumfeld stellen sich mehrere Fragen: Gibt es tatsächliche Anzeichen einer Besserung oder herrscht eher das Prinzip Hoffnung. Und: Welche Weichen müssen gestellt werden? Die deutsche Wirtschaft gebe die Hoffnung auf einen Aufschwung noch nicht verloren, sagte ifo-Umfragechef Klaus Wohlrabe. In allen großen Sektoren seien die Erwartungen im Oktober gestiegen. Denn der Rückgang der Nachfrage scheint gestoppt worden zu sein. In wichtigen Branchen wie dem Auto- und Maschinenbau sowie in der Elektrotechnik gehe es nach oben, nur in der Chemieindustrie noch nicht. Allerdings sind die neuen Chip-Probleme im aktuellen Index noch nicht erfasst.

Ein nachhaltiger Aufschwung ist damit noch nicht ausgemacht. Der Aufwärtstrend bleibt fragil und benötigt Substanz. Zudem gibt es Sparten, die wenig Optimismus versprühen. Die Lage im Einzelhandel bleibt laut den ifo-Forschern kurz vor dem Weihnachtsgeschäft schwierig. „Die Branche kämpft mit der Zurückhaltung ihrer Kunden. Es zeichnet sich keine Euphorie für das Weihnachtsgeschäft ab", sagte Wohlrabe.

Aktuelle Lage hinkt noch hinterher

Zusätzlich warnen Ökonomen, dass ohne Reformen die vorsichtige Zuversicht bald verpuffen könnte. Fachleute verweisen auf die Bedeutung verlässlicher Energiepreise und einer Steuerpolitik, die Investitionen nicht behindert. „Das Geschäftsklima hat sich aufgehellt, was allein an den Erwartungen lag. Die aktuelle Lage hinkt noch hinterher", heißt es dann auch in der Mitteilung des ifo-Instituts. Diese Einschätzung unterstreicht, wie brüchig der Aufwärtstrend bleibt.

Die neuesten ifo-Zahlen kamen für den einen oder anderen Experten somit auch durchaus überraschend. Der leichte Anstieg sei natürlich erfreulich, so Jens-Oliver Niklasch, Ökonom bei der Landesbank Baden-Württemberg und ergänzt etwas zurückhaltend: „Allerdings fällt es nicht ganz leicht, die Zuversicht auf eine Wende zum Besseren zu teilen, denn die jüngsten Zahlen aus der Wirtschaft waren ja überwiegend unerfreulich."

ENERGIEWIRTSCHAFT

Wasserstoff-Strategie steht vor dem Aus

Experten fordern nun endlich einen verbindlich-konsequenten Realitätscheck auf Machbarkeit

Obwohl der Bund allein in den Jahren 2024 und 2025 mehr als sieben Milliarden Euro, vor allem an Subventionen, bereitgestellt hat, werden die Ziele der Nationalen Wasserstoffstrategie deutlich verfehlt. Obendrein droht dem Bundeshaushalt ein massives Risiko.

Laut einem aktuellen Sonderbericht des Bundesrechnungshofs bleiben beim Wasserstoff sowohl das Angebot als auch die Nachfrage deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Rechnungsprüfer prognostizieren, dass die Bundesregierung ihre inländischen Erzeugungsziele für sogenannten grünen Wasserstoff bis 2030 nicht erreichen wird. Auch werde der erwartete Bedarf nicht durch Importe gedeckt werden können.

Festgestellt hat der Rechnungshof auch, dass die Nachfrage nach Wasserstoff klar langsamer als erwartet wächst. „Die von der Bundesregierung initiierten Förderungen der industriellen Nutzung von Wasserstoff haben nicht zu der erhofften Nachfrage geführt, insbesondere aus der Stahlbranche", so der Rechnungshof. Der weist darauf hin, dass bislang auch ein wesentlicher Nachfrageimpuls fehlt, solange Gaskraftwerke nicht zwingend auf Wasserstoff umzurüsten sind.

Aus Sicht der Rechnungsprüfer wird diese Entwicklung beim Ausbau des Wasserstoff-Kernnetzes bislang nicht berücksichtigt. „Angesichts der tatsächlichen Entwicklung von Angebot und Nachfrage ist der Aufbau des Wasserstoff-Kernnetzes zu ambitioniert geplant", heißt es.

Für den Bundeshaushalt birgt der Aufbau des Wasserstoff-Kernnetzes erhebliche Risiken. Die Netzbetreiber erhalten nämlich einen Teil ihrer Kosten nicht von den Nutzern des Wasserstoffnetzes, sondern aus einem staatlich abgesicherten Darlehen. Dieses soll später durch Netzentgelterlöse getilgt werden. Diese Kalkulation geht allerdings nur auf, wenn sich genug Wasserstoffverbraucher an das Netz anschließen. Aber der Bundesrechnungshof warnt: „Scheitert der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, kann der Finanzierungsmechanismus den Bundeshaushalt zusätzlich mit einem zweistelligen Milliardenbetrag belasten."

Auch der sogenannte grüne Wasserstoff ist mit einem erheblichen Risiko für die Steuerzahler verbunden. Der „klimaneutral" erzeugte Wasserstoff kann laut Rechnungshof „absehbar nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen erzeugt oder importiert werden". Damit ist wiederum eine staatliche Dauerförderung absehbar: „Um die Preisdifferenz zwischen Wasserstoff und Erdgas auszugleichen, könnten 2030 allein für Importe Belastungen in Höhe von drei bis 25 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt entstehen."

Nun forderte der Präsident des Bundesrechnungshofs, Kay Scheller, die Bundesregierung zum Handeln auf. „Es ist Zeit für einen Realitätscheck. Das verantwortliche Wirtschaftsministerium hat selbst erkannt, dass es sein Vorgehen anpassen muss. Nun muss es auch konsequent handeln."

Die Nationale Wasserstoffstrategie war noch im Jahr 2020 vom damaligen Bundeskabinett unter Angela Merkel beschlossen worden. Die Ampelkoalition hat die Strategie im Juli 2023 fortgeschrieben und angepasst. *Hagen Ritter*

MELDUNGEN

Uniabsolventen öfter ohne Job

Berlin – Die Zahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen ist 2024 um 19 Prozent gestiegen. Das resultiert nicht zuletzt daraus, dass es bei den offenen Stellen für akademische Berufe seit 2022 einen Rückgang um rund 40 Prozent gab. Besonders betroffen sind Studienabgänger, die nach dem Studium sofort in den Bürgergeldbezug fallen. Ihre Zahl hat sich auf mittlerweile 138.000 verdoppelt. Als Ursache hierfür nennt die Bundesagentur für Arbeit die unsichere wirtschaftliche Gesamtlage, vor deren Hintergrund viele Unternehmen Mitarbeiter entlassen, statt neue einzustellen. Außerdem: Wegen des Fachkräftemangels hätten Betriebe zeitweise Akademiker „gehortet", also über den Bedarf hinaus eingestellt. Die meisten freien Stellen für Studienabgänger gebe es derzeit noch im medizinischen Bereich, dem Bildungswesen und dem öffentlichen Dienst. *W.K.*

Milliarden ohne Wirkung

Brüssel – Das EU-Kreditprogramm zur wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Pandemie hat nach Einschätzung des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) bisher kaum wirtschaftliche Impulse geliefert. Als Gründe nennt er in einem aktuellen Bericht wenig ambitionierte Pläne und eine schleppende Umsetzung. Bestandteil des Programms sind nationale Wiederaufbaupläne, welche die Mitgliedstaaten zur Umsetzung von Reformempfehlungen verpflichten. Der Rechnungshof kritisiert, dass in der Praxis keine einzige Reformempfehlung voll erfüllt worden sei. Nach Erkenntnissen der Rechnungsprüfer wurden 26 Prozent der Empfehlungen weitgehend berücksichtigt, 41 Prozent nur teilweise und sieben Prozent gar nicht. Laut EuRH-Prüferin Ivana Maletić zeichnet sich ab, dass die Ambitionen weiter sinken werden. Hintergrund ist laut Maletić Zeitdruck, dass die EU Hunderte Milliarden Euro aus dem Wiederaufbauprogramm bis zum Auslaufen der Kredite 2026 verausgaben muss. *H.M.*

Mindestlohn erhöht Kosten

Berlin – Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) sieht beim Zeit- und Kostenaufwand, den Unternehmen durch gesetzliche Vorgaben haben, eine Trendwende. Laut dem Vorsitzenden des Rats, Lutz Göbel, sind die Bürokratiekosten erstmals spürbar gesunken: um rund 3,2 Milliarden Euro. Ein erster konkreter Schritt ist nach Angaben von Göbel der sogenannte „Bau-Turbo" der Bundesregierung, der beim Planen und Bauen Entlastungen im Umfang von 2,5 Milliarden Euro bringen soll. Generell hält das Gremium zur Beratung der Bundesregierung aber die Bürokratielast mit 64 Milliarden Euro pro Jahr, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, noch immer für viel zu hoch. Im Bundestagsausschuss Digitales und Staatsmodernisierung warnte Göbel, neue Vorgaben auf EU-Ebene könnten kleine und mittlere Unternehmen mit weiteren 3,7 Milliarden Euro Bürokratiekosten belasten. *H.M.*

KOMMENTARE

Postenvergabe mit Aroma

HERMANN MÜLLER

Als die ehemalige SPD-Vorsitzende Andrea Nahles vor drei Jahren zur Chefin der Bundesagentur für Arbeit berufen wurde, war dies von Vorwürfen begleitet, es handele sich um eine typische „Parteifreundin-Lösung“. Dass eine enge Parteifreundin des damaligen Kanzlers Olaf Scholz den Chefposten bei der Bundesagentur erhielt, galt für einige Kritiker als Beispiel für mangelnde Distanz zwischen Politik und Verwaltung.

Die Sozialdemokraten werden sich darauf einstellen müssen, dass solche Vorwürfe nun erneut laut werden. Wie die „Bild“-Zeitung unter Berufung auf Koalitionskreise berichtet, soll die SPD-Politikerin Klara Geywitz Vizepräsidentin des Bundesrechnungshofs werden. Koalitionskreise verweisen darauf, dass Geywitz Expertise bei der Finanzkontrolle habe. Tatsächlich hat die studierte Politologin vor ihrer Zeit als Bundesbauministerin bereits als Prüfungsgebietsleiterin beim Landesrechnungshof Brandenburg gearbeitet. Zur Wahrheit gehört aber auch: Schon diese Berufung im SPD-regierten Brandenburg war geeignet, Zweifel zu wecken, ob die Politik nicht doch erheblich zu viel Einfluss auf Personalentscheidungen bei den Rechnungshöfen nimmt.

War die zu vergebene Position nach dem für den öffentlichen Dienst geltenden Prinzip der Bestenauslese tatsächlich mit demjenigen Bewerber besetzt worden, der nach Befähigung und fachlicher Leistung auch wirklich am besten geeignet ist? Oder spielte bei der Personalentscheidung etwa vielmehr eine nicht unerhebliche Rolle, dass die SPD-Politikerin bei der vorangegangenen Landtagswahl ihr Mandat im Landtag verloren hatte?

Angesichts grassierender Politikverdrossenheit wären die Sozialdemokraten generell gut beraten, den Verdacht erst gar nicht wieder aufkommen zu lassen, dass sie ihre Regierungsmacht nutzen, um für treue Genossen zum Dank Versorgungsposten zu beanspruchen. Schaden droht auch der über Jahrzehnte bewährten Institution der Rechnungshöfe. Diese brauchen kritische Distanz, keine Nähe zur Regierung.

Terroristen frei Haus

JENS EICHLER

Das muss man dem ZDF lassen: Internationales Networking kann der Sender. Während andere über Diversität diskutieren, hat der Mainzer Rundfunkriese lieber beschlossen, das Thema „Vielfalt“ direkt anzugehen – und so gleich einen Hamas-Terroristen ins Produktionsnetz eingebunden. Endlich echte Perspektiven für Islamisten! Natürlich wusste das intern niemand. Angeblich! Wie auch? Wer prüft schon seine Partnerfirma in Gaza auf Nebentätigkeiten im Raketenbau? Das ZDF ist deshalb völlig „überrascht“, prüft nun „Konsequenzen“ und „stellt die Zusammenarbeit ruhend“.
Allein diese Wortwahl klingt, als sei jemand bei der Kantine falsch abgebogen – versehentlich vom veganen Bratling zur Real-Fleisch-Currywurst. Aber nicht, als hätte man jahrelang mit dem Mitglied einer Terrororganisation kooperiert. Okay, Fehler passieren. Das ZDF eben. Da lügt der Leiter des US-Büros, Elmar Theveßen, schon mal schamlos drauflos, indem er Zitate verfälscht. Da moderiert eine Dunja Hayali in erquickend antisemitischer Weise. Was soll’s, kann ja mal passieren. Wir zahlen doch sowieso brav unseren Rundfunkbeitrag – das demokratische Zwangs-Abo für Wahrheit, Haltung und Böhmermann-Verblödung. Vielleicht aber bekommt der Gebührenzahler wenigstens Rabatt, wenn er unwissentlich die Technik einer Terrororganisation mitfinanziert und die gedrehten Filmchen darüber sehen darf.

Die Ironie dabei: Der Sender, der sonst gern moralisch nach rechts blickt, stolpert mitten in sein eigenes Wertegerüst. Als Tipp: Wer Haltung predigt, sollte auch mal Haltung zeigen. So was nennt man Anstand! Aber keine Sorge, während der nächste Gebührenbescheid schon im Briefkasten liegt, kann man sicher sein: Die nächste Panne kommt sicher. Schließlich bietet das ZDF Qualitätsjournalismus – nur der anderen Art.

Liebt Kinder auf ihre ganz spezielle Art: Dragqueen Juressica Parka *Bild: IMAGO/Political-Moments*

LEITARTIKEL

Besser genau hinsehen

ROBERT MÜHLBAUER

Eine Dragqueen ist ein Mann, der sich in aufreizenden Frauenkleidern präsentiert, eine Art Transvestit. Drag bedeutet auf Englisch „Dressed as a girl“. In Berlin tritt Mario O. unter dem Künstlernamen „Juressica Parka“ auf Varieté-Bühnen auf. Der auffallend geschminkte Mann mit blonder Perücke und Miniröcken ist als Dragqueen in der Queer- und Politik-Szene der Hauptstadt seit Jahren äußerst bekannt und ebenso beliebt. Er machte Wahlwerbung für die SPD-Bürgermeisterin Franziska Giffey. Auch der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) trat schon freudestrahlend mit ihm auf. „Juressica Parka“ war ebenso Werbegesicht für das Bundesfamilienministerium. Im Fernsehen war Parka in der ZDF-Sendung von Jan Böhmermann zu sehen. Die Sparda Bank und der Paketzusteller Hermes engagierten ihn als schrille Werbe-Ikone.

Aber jetzt fällt ein Schatten auf die angeblich so „freundliche Dragqueen“ („Der Spiegel“). Denn vor Kurzem kam heraus, dass Mario O. 2023 wegen Besitzes und Verbreitung von Kinderpornographie verurteilt wurde. Er musste eine Geldstrafe von 11.200 Euro zahlen. Nun aber ermittelt die Staatsanwaltschaft erneut gegen ihn wegen Besitzes und Verbreitung von Bildern, die den sexuellen Missbrauch von Kindern zeigen. Polizisten haben im Juni die Wohnung des bundesweit bekannten Travestiekünstlers durchsucht. Er selbst schreibt im Internet kryptisch etwas von „Abstürzen“ und einem „komplettem Kontrollverlust“, deutet damit ein Drogen- oder Alkoholproblem an. Und zack – schon haben sich Berliner Theater und Szeneklubs distanziert und Auftritte von „Juressica Parka“ storniert.

Manche Äußerungen und Handlungen von O. erschienen jetzt in einem anderen Licht. In der Sendung des linken ZDF-Clowns Jan Böhmermann plauderten sie über die geplante Dragqueen-Lesung vor Kindern in München. Politiker der Freien Wähler, der CSU und der AfD hatten dagegen protestiert. Dragqueen Parka sagte dazu: „Natürlich lesen Dragqueens keine Kinderbücher vor, weil sie Kinder geil finden.“ Inzwischen klingt dieser Satz des verkleideten Herrn sehr fragwürdig. Warum wird vor einer „Drag-Lesung“ in Kindergärten oder Schulen, wie sie immer häufiger stattfinden, nicht wenigstens ein polizeiliches Führungszeugnis verlangt? Warum müssen überhaupt Männer stark geschminkt, in sexuell aufreizender Kleidung vor Kindern Geschichten vorlesen?

Fragen stellen sich auch, warum staatliche Stellen Juressica Parka wie einen Star behandelten und sogar ins Ausland schickten. Das Auswärtige Amt zahlte im Jahr 2024 stolze 6000 Euro für eine Reise Mario O.s nach Tokio, wo er als Dragqueen bei der „Tokyo Rainbow Pride“-Parade auftrat und Jugendlichen das Gesicht bemalte. Ist es wirklich nötig, dass der deutsche Steuerzahler solche zweifelhaften Aktionen bezahlt?

Prompt gibt es in der Szene Klagen über eine angebliche Kampagne rechter Medien gegen die Dragqueen Parka, nur weil Medien wie „Nius“ nach den ersten Berichten der Berliner „B.Z.“ aufgesprungen sind. Vorverurteilungen und Generalverdacht darf es nicht geben. Aber noch besser wäre es, bei den unnötigen „Drag-Lesungen“ vor wehrlosen Kindern endlich genauer hinzuschauen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto:
Commerzbank AG,
Kontoinhaber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01,
BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

ROB JETTEN

Der nette Mann von nebenan

Rob Jetten ist der Mann, der die niederländische Politik einmal kräftig durchgelüftet hat – und das mit einem Lächeln. Geboren 1987 in Veghel, wirkt der Sohn eines Lehrers und einer Gesundheitsbeamtin wie der ideale Schwiegersohn der Republik: höflich, rational, kontrolliert. Doch hinter der glatten Fassade steckt ein erstaunlich zäher Machtpolitiker, der sich in bemerkenswert kurzer Zeit an die Spitze seines Landes gearbeitet hat.

Nach einem Studium der Verwaltungswissenschaften an der Radboud Universität in Nimwegen begann Jetten seine Laufbahn bei der Bahngesellschaft ProRail – solide, bürgerlich, effizient. Politisch sozialisiert wurde er in der Jugendorganisation der linksliberal-progressiven Democraten 66 (D66), deren Vorsitz er bald übernahm. 2017 zog er ins Parlament ein, 2018 wurde er mit gerade einmal 31 Fraktionsvorsitzender. Ein Senkrechtstarter, dem es gelang, Begeisterung mit Beharrlichkeit zu verbinden.

Als Minister für Klima und Energie verantwortete Jetten das größte Klimaprogramm in der niederländischen Geschichte – 28 Milliarden Euro für den grünen Umbau. Seine Gegner nannten ihn den „Solarminister“, seine Anhänger sahen in ihm den Beweis, dass Idealismus und Verwaltungsdisziplin kein Widerspruch sein müssen. Jetzt gewann Jetten überraschend die Parlamentswahl – gegen alle Prognosen gegen Gert Wilders. Mit seinem Motto „Het kan wél“ („Es geht doch!“) setzte er dabei auf Optimismus statt Empörung. Nun steht er kurz davor, jüngster Premierminister der Niederlande und zugleich der erste offen homosexuelle Regierungschef des Landes zu werden – ein Symbol für gesellschaftlichen Wandel, ohne dass er diesen je plakativ zur Schau gestellt hat. Politisch steht Jetten für das, was viele heute vermissen: für Vernunft. Für einen Liberalismus, der Wirtschaft und Umwelt als Partner begreift. In Zeiten schriller Ränder und schwindender Mitte wirkt er fast altmodisch – was paradoxerweise sein größtes Plus ist. Er ist einer, der bisher auch mit Anstand Karriere machen konnte. *JE*

Der Wahlsieger der niederländischen Parlamentswahlen: Rob Jetten *Bild: Martijn Beekman / D66,*

Zenturio Pistorius rüstet auf

Der neue „Asterix“-Band „Asterix in Lusitanien“ spielt im antiken Portugal, ist aber ein Kommentar auf die Gegenwart

VON STEFAN PIASECKI

Frisch aus der Druckerei: Druckfahnen des neuen „Asterix“-Abenteuers *Bild: Story House Egmont*

Asterix“ gehört zu den prägenden europäischen Comicserien. 1959 vom Texter René Goscinny und Zeichner Albert Uderzo für das französische Magazin „Pilote“ entwickelt, spielt sie im Jahr 50 v. Chr. in einem kleinen gallischen Dorf, das sich dank des Zaubertranks des Druiden Miraculix gegen die römische Besatzung behauptet.

Im Mittelpunkt stehen Asterix – klein, intelligent, ironisch – und sein Gefährte Obelix, der als Kind in den Zaubertrank fiel und seither übermenschlich stark ist. Beide brechen, oft begleitet von Hund Idefix, zu Reisen auf, die sie weit über Gallien hinausführen. Kennzeichen der Reihe sind Sprachwitz, Anspielungen auf Zeitgeschichte und Popkultur, pointierte nationale Stereotype sowie feste Motive wie Obelix’ Hinkelsteine, Wildschwein-Mahlzeiten, die römischen Prügeleien, der untragbare Barde Troubadix, Häuptling Majestix auf dem Schild, die stets unterlegenen Piraten – und Julius Caesar als Gegenspieler.

Nach Goscinnys Tod 1977 führte Uderzo die Serie allein fort. Seit 2013 zeichnet Didier Conrad, die Texte stammten zunächst von Jean-Yves Ferri, inzwischen von Fabrice Caro („Fabcaro“). Die Serie wurde in mehr als 100 Sprachen und Dialekte übertragen, millionenfach verkauft und mehrfach verfilmt. Sie gilt heute als Teil des französischen Kulturerbes. Für Übersetzer wie Klaus Jöken ist das Herausforderung und Erfüllung zugleich.

Am 23. Oktober ist Album Nummer 41 „Asterix in Lusitanien“ in einer Startauflage von fünf Millionen Exemplaren erschienen. Wieder stammt das Szenario von Fabcaro und schließt an die Tradition der Reiseabenteuer an: Ein Gesandter aus Lusitanien – dem Gebiet des heutigen Portugal und Teilen Spaniens, damals römische Provinz – bittet im gallischen Dorf um Hilfe.

„Asterix in Lusitanien“ verbindet kunstvoll klassische Motive der Reihe – Expedition in die Fremde, Kultursatire, Prügelszenen – mit Elementen eines Wirtschaftskrimis. Didier Conrad sagt, dass Globalisierung, Handel und wirtschaftliche Verflechtungen Faktoren sind, die die Handlung vorantreiben. Themen wie Korruption, Lobbyismus, Kampf um Ressourcen und politischen Ehrgeiz einzubinden, war Fabcaro und Didier Conrad wichtig.

Gezeichnetes Autorenkino

Gleichzeitig arbeitet der Band mit Portugal-spezifischen Markenzeichen: der saudade (einem kulturell tief verankerten Gefühl aus Melancholie, Sehnsucht und Würde), lokalen Produkten wie dem Kabeljão (Stockfisch) und Hafenszenarien der Nation am Atlantik. Obelix verliebt sich in die lokale Schönheit Oxala – wie so oft mit großer Direktheit und minimalem romantischen Ertrag.

Visuell und atmosphärisch unterscheidet sich Band 41 von manch früherem, auch düsterem Album. Die Farbgebung ist durchgehend hell, fast mediterran, voller Sonne und Pastell. Darüber legt sich die saudade als Grundton: ein weicher Weltschmerz, der immer wieder in Humor überführt wird. Dieses Spannungsfeld – helle Oberfläche, melancholischer Unterklang – nutzt Fabcaro konsequent für Komik, auch jenseits des reinen Slapsticks. So prahlen etwa Sklavenhalter damit, wie „motiviert“ ihre Sklaven seien, dass diese sich aus Ehrgeiz gleich selbst auspeitschen. Ein Römer, von Obelix windelweich geprügelt, klagt, er wolle lieber „einen blinden Hund im Regen ausführen“. Solche Momente erinnern eher an satirisches Autorenkino als an reinen Kindercomic.

Parallel verhandelt der Band sehr aktuelle Themen. Diese Gegenwartsbezüge sind laut Übersetzer Jöken und Texter Fabcaro bewusst gesetzt und erleichterten die Arbeit nicht gerade. In Nebensätzen und Figuren tauchen Anspielungen auf Verteidigungspolitik – bis hin zu einem Zenturio „Pistorius“ –, auf die Rentendebatte in Frankreich und Deutschland, auf Migration, wirtschaftliche Monopolisierung und geopolitische Machtspiele auf.

Die verlagseigene Datenbank für Namen war diesmal wenig hilfreich. Viele Wörter endeten jetzt auf -s, nicht wie sonst auf -us oder -ix. Texter und Übersetzer mussten hier besonders kreativ sein. Gleichzeitig ist das Teil der Asterix-DNA seit Goscinny: Die Alben waren immer auch Kommentare zur Gegenwart, getarnt als Altertum, wie Zeichner Conrad ergänzt.

Eine Stärke des Albums ist die sprachliche Gestaltung. Für die lusitanischen Figuren wird im Deutschen mit Tilden gearbeitet („ã“), um ein lautliches Eigenkolorit zu markieren, etwa bei Namen wie „Schãoprozes“. Das wirkt einerseits verspielt, andererseits schafft es Distanz und Komik aus der Perspektive der Gallier, die diese Sprache kaum verstehen.

Conrad und Fabcaro mussten hier eng und intensiv arbeiten, denn Deutsch und Französisch sowie ihre Bezugskulturen sind sehr unterschiedlich. Für Obelix ist der Aufenthalt entsprechend anstrengend: kein Wildschwein, sondern Kabeljão; Tarnnamen wie „Infettfrittiertes“ statt heroischer Titel; und schließlich der Verlust seiner geflochtenen Zöpfe. Caesar absolviert einen Staatsbesuch, Troubadix darf wie üblich nicht singen – die vertraute Binnenlogik des Dorfes bleibt also erhalten. Dabei, so betont Zeichner Didier Conrad, trifft die Serie heute auf ein anderes und multikulturelleres Publikum als früher. Dies ließe sich aber nur begrenzt abbilden. Auf Reisen schon, im gallischen Dorf selbst natürlich nicht.

Mit „Asterix in Lusitanien“ legt das aktuelle Team um Zeichner Didier Conrad, Texter Fabcaro und Übersetzer Klaus Jöken also ein Album vor, das einerseits das etablierte Universum respektiert, andererseits bewusst eigene Akzente setzt: politischer, globaler, aber in Ton und Farbigkeit auffällig leichter als viele unmittelbare Vorgänger.

Asterix in Lusitanien, Egmont Ehapa Media, Berlin 2025, 48 Seiten, Softcover, 7,99 Euro

TV-KRITIK

Ein Dorf am Abgrund

ZDF-Film über das Erstarken des Nationalsozialismus in der Provinz – Parallelen zu heute sind unübersehbar

Ein kleines Haus in einem bayerischen Dorf, hinterm hölzernen Zaun ein Nutzgarten mit grünen Stauden, alles aufgeräumt und unauffällig. Hier lebt der Schuster Julius Kraus (Josef Hader), den alle nur „Schuster“ nennen, ganz allein und nur für sich. Seine Frau ist verstorben, sein einziger Sohn nach Amerika ausgewandert. Ein Mann, der sich raushält aus allem und doch durch eine Wendung des Schicksals zum Katalysator für einen Gewaltausbruch wird.

Der zweiteilige ZDF-Film „Sturm kommt auf“ (Sendetermin am 10. November, um 20.15 und 21.45 Uhr) nach dem Roman „Unruhe um einen Friedfertigen“ von Oskar Maria Graf beschreibt das Erstarken des Nationalsozialismus nach dem Ersten Weltkrieg bis zur Machtergreifung Hitlers. Das Dorf zeigt dabei das Weltgeschehen wie in einer Glaskugel: Der Bürgermeister, der sich an Recht und Ordnung hält und von den Horden der SA gedemütigt wird; der Fleischermeister Ludwig (Sebastian Bezzel), der zu den „Roten“ gehört und prompt verfolgt wird; der opportunistische Wirt (Helmfried v. Lüttichau), der eilfertig die Seiten wechselt, im Hintergrund die machtlosen Frauen, allen voran Elis (Verena Altenberger), die Tochter des Bürgermeisters, die auf Geheiß ihres niederträchtigen Bruders Silvan (Frederic Linkemann) von einem Dörfler vergewaltigt wird.

Diese ruchlose Tat ist der Anfang vom Ende. Elis, die mit dem Schuster eine zarte Freundschaft pflegte, erhängt sich aus Scham in der Scheune, beim Trauerzug schiebt ihr kleiner Sohn seine Hand in die des Einzelgängers, als wisse er, dass er nur bei diesem stillen Mann noch Frieden erwarten kann. „Guter Gott, wir loben dich“, singt dazu glockenrein der Chor und klingt doch wie der schiere Hohn auf alles, was kommt. Denn im Dunst der Wirtsstube wird schon die Machtübernahme vorbereitet. Recht? Moral? So wie die Gesichtszüge der Männer beim Saufen entgleisen, gerät auch das Zusammenleben aus den Fugen.

Regisseur Matti Geschonnek inszeniert den Wandel von der oberbayerischen Idylle zum Minenfeld, in dem ein Nachbar den anderen bespitzelt, als beeindruckende Parabel mit durchaus aktuellen Bezügen. Keiner kann der fanatischen Bewegung etwas entgegensetzen:

BILD: ZDF/FABIO EPPENSTEINER/[M] CLAUSSEN+PUTZ FILM

Einzelkämpfer gegen die rechte Gefahr: Schuster Julius Kraus (Josef Hader)

Der Opportunist nicht, der aus einer Laune heraus erschossen wird, der Schuster nicht, der doch unbedingt neutral bleiben will, auch nicht der Bürgermeister, der vom eigenen Sohn entmachtet wird. Die Frauen mit den streng geflochtenen Zöpfen, die den Haushalt führen und Kinder gebären, schon gar nicht.

Dann die Wende: Der Schuster erbt völlig überraschend ein Vermögen, das ihm der in den USA verstorbene Sohn hinterlassen hat, aber will es nicht haben. Er setzt stattdessen eine Anzeige in die Zeitung, in der er alles dem Fleischermeister Ludwig vermacht und sich selbst als Jude outet. Dieses Bekenntnis wird sein Todesurteil sein. Wenn erst einmal Niedertracht und Mordlust an der Macht sind, so die Botschaft des Films, haben auch die Friedfertigen keine Chance.

Der sehr sehenswerte Zweiteiler läuft im Rahmen des ZDF-Programmschwerpunktes „Gegen das Vergessen – 80 Jahre Kriegsende.“ *Anne Martin*

MELDUNG

Büchermesse Seitenwechsel

Halle – Das BuchHaus Loschwitz veranstaltet am 8. und 9. November in der Halle Messe, Messestraße 10 in Halle, die alternative Büchermesse „Seitenwechsel“. Die neue Messe will die Vielfalt und Kreativität des Verlagswesens und den einzigartigen Beitrag kleiner, unabhängiger Buchverlage zur literarischen Landschaft feiern, die bei den großen Buchmessen in Frankfurt am Main oder Leipzig häufig ausgegrenzt sind und am Rande stehen. Freiheitlich entsteht hier eine Plattform, welche die Stimmen und Visionen dieser Verlage stärker ins Rampenlicht rückt. Denn diese Messe bietet auch kleinen Verlagen eine finanziell erschwingliche Bühne. Sie fördert damit Autoren, die bereit sind, neue Perspektiven zu eröffnen, verschiedenste gesellschaftliche Themen zu beleuchten und dabei oft mutig gegen den Strom zu schwimmen. Infos im Internet unter: www.messe-seitenwechsel.de *tws*

ERINNERUNGSPOLITIK

„Demütigendes Siegerdenkmal“

Nach dem Sieg über die Wehrmacht errichtete die Rote Armee auf dem Territorium der Reichshauptstadt vier sowjetische Ehrenmale. Sie sind sowohl Siegesdenkmale als auch Soldatenfriedhöfe. Das Ehrenmal im Tiergarten weist gegenüber denen im Treptower Park, in der Schönholzer Heide und im Bucher Schlosspark die Besonderheit auf, dass es nicht im sowjetischen Sektor der Stadt lag, sondern im britischen. Das mag damit zusammenhängen, dass es auch das älteste ist. So wurde der Befehl zu seiner Errichtung wahrscheinlich schon im Mai 1945 vom Sieger der Schlacht um Berlin, Marschall Georgij Schukow, erteilt und damit noch vor der sowjetischen Räumung des Terrains für die Briten.

Bereits der Standort war ein Sieges- und Machtsymbol. Das Denkmal wurde so an die West-Ost-Achse, die Charlottenburger Straße, die heutige Straße des 17. Juni gesetzt, dass die Nord-Süd-Achse, die Siegesallee, unterbrochen wurde. Auch ansonsten ist die symmetrisch aufgebaute Anlage symbolbeladen. Dabei sind die Fakten sekundär. Entscheidend ist das Narrativ. So soll das Baumaterial von der nahegelegenen Reichskanzlei stammen. Die beiden Panzer vom legendären Typ T-34 sollen in den Endkämpfen um Berlin die Stadt als erstes erreicht haben. Die beiden Geschütze schräg dahinter sollen mit ihren Salven das Ende der Schlacht um Berlin verkündetet haben. Hinter dem Hauptmonument und abgetrennt durch hohe Hecken befinden sich ebenfalls synchron links und rechts zwei Wasserfontänen, die Tränen der Trauer des Sowjetvolkes um seine Gefallenen versinnbildlichen sollen.

Eher unfreiwillige Symbolik an dieser stalinistischen Anlage ist, dass – wie auch bei dem zentralen Ehrenmal in Treptow – die Toten nicht etwa im Zentrum stehen, sondern im Umfeld namenlos und ohne weitere Hinweise in den Grünanlagen liegen. Im Falle des Ehrenmals im Tiergarten liegen die Gräber von 2000 bis 2500 Rotarmisten, die im April und Mai bei den Kämpfen um die Hauptstadt gefallen sind, hinter dem Monument.

Das Ehrenmal war ein stalinistisches Prestigeobjekt. Es wurde aus dem Vollen geschöpft. Deutsche schufen die Anlage in Rekordzeit nach Entwürfen des Architekten Nikolai Sergijewski sowie der Bildhauer Lew Kerbel und Wladimir Zigal. Bereits vor 80 Jahren, am 11. November 1945, wurde das Ehrenmal mit einer Parade der alliierten Truppen eingeweiht.

Völkerrechtlich handelt es sich um einen schützenswerten Soldatenfriedhof, aber angesichts der Anmutung kann man den damaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Lorenz Niegel verstehen, wenn er es 1975 erklärtermaßen als „demütigendes Siegerdenkmal im freien Teil der Stadt Berlin“ empfand. Das Ende des Kalten Krieges führte zu einer Entspannung, aber mit der Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen im Schatten des Ukrainekrieges hat auch wieder die Kritik an dem Ehrenmal zugenommen. So hat die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus Stefanie Bung die Entfernung der Geschütze und der Panzer gefordert, die „für die aggressive, territoriale Grenzen und Menschenleben missachtende Kriegsführung des Putin-Regimes“ stünden. *Manuel Ruoff*

Unter dem Eisernen Kreuz in der Bonner Ermekeilkaserne: Bundesverteidigungsminister Theodor Blank (vorne Mitte) verpflichtet die ersten 101 Freiwilligen der neugegründeten Bundeswehr *Bild: ullstein bild*

BUNDESWEHR

Mal Freiwilligen- – mal Wehrpflichtarmee

Ein gutes Vierteljahr vor denen der DDR wurden die Streitkräfte der Bundesrepublik gegründet. Vor 70 Jahren erhielten die ersten 101 Freiwilligen vom Bundesverteidigungsminister ihre Ernennungsurkunden

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Als am 12. November 1955 – dem 200. Geburtstag des preußischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst – die ersten 101 Freiwilligen der neugegründeten Bundeswehr ihre Ernennungsurkunden erhielten, war das nicht nur ein administrativer Akt, sondern ein tiefer Einschnitt in die junge Geschichte der Bundesrepublik. „Nie wieder Krieg – aber auch nie wieder wehrlos“, lautete das vom Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer formulierte Paradox, das über dem politischen Ringen dieser Jahre stand.

Der Krieg war kaum zehn Jahre vorbei, die Ruinen noch sichtbar, die Erfahrungen mit Militär geprägt von Verbrechen, Erniedrigung und totaler Niederlage. Dass ausgerechnet dieses Land erneut Soldaten unter Waffen stellen sollte, löste erbitterte Debatten aus – in der Politik, auf den Straßen und in den Familien der jungen Republik.

Einführung der Wehrpflicht 1956

Die Bundeswehr war nicht gewollt, sie war gefordert – nicht zuletzt durch den Druck der Alliierten und den längst begonnenen Kalten Krieg. Die Westintegration der Bundesrepublik, die Aufnahme in die NATO – all das war ohne eine militärische Einbindung nicht denkbar. Adenauer wusste, dass man politisch nur ernst genommen würde, wenn man bereit war, Verantwortung auch mit militärischen Mitteln zu tragen. „Ein Staat, der nicht willens oder in der Lage ist, sich zu verteidigen, wird auch politisch nicht geachtet“, sprach der Bundeskanzler in einer Bundestagsdebatte von 1954 den Deutschen ins Gewissen. Die Nation tat sich zwar schwer mit der Wiederbewaffnung, aber die Rückkehr in die Reihen der freien Nationen war wichtiger.

Doch es blieb ein Drahtseilakt. Die Bundeswehr musste sich bewusst von der Wehrmacht distanzieren, aber auf deren militärischem Wissen und Erfahrungsschatz aufbauen – ein schwieriger Balanceakt zwischen Traditionsbruch und Traditionspflege. So wundert es wenig, dass Spitzenoffiziere der Wehrmacht in der neuen Wehrführung persona non grata waren. Doch so ganz verzichten konnte man auf deren Expertise auch nicht, wie die bis 1960 beratende Funktion des früheren Generalfeldmarschalls Erich von Manstein zeigt. Dabei war der noch 1949 wegen Kriegsverbrechen verurteilt und erst 1953 aus der Haft entlassen worden. Ulrich de Maizière, einer der Architekten der Inneren Führung, fasste es später so zusammen: „Wir brauchten Soldaten, aber keine Befehlsempfänger alter Schule, sondern Staatsbürger in Uniform.“ Die Innere Führung, das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform, sollte garantieren, dass sich die Bundeswehr grundlegend von der Wehrmacht unterschied. Das Militär war nicht mehr Instrument eines Regimes, sondern demokratisch legitimiertes Mittel zur Verteidigung des Landes. Der Eid lautete bewusst nicht auf einen Führer, Kanzler oder eine Ideologie, sondern auf das Grundgesetz. In der Praxis blieb die Umsetzung nicht frei von Spannungen – zwischen militärischer Disziplin und demokratischer Debatte, zwischen Tradition und Moderne.

Die neuen Streitkräfte wurden zur hochgerüsteten Armee des Kalten Krieges. Panzerbataillone, Jagdbomber, Marineverbände – das westdeutsche Heer sollte im Ernstfall den „Wellenbrecher“ an der innerdeutschen Grenze bilden. Man investierte in Gerät und Ausbildung, die Truppe wuchs auf über eine halbe Million Männer. Die Wehrpflichtarmee war in den Alltag der Republik eingebunden, Kasernen waren Teil des Ortsbildes.

Die 2000er Jahre brachten einen Paradigmenwechsel. Statt Landesverteidigung lag der Fokus auf internationalen Missionen – Somalia, Kosovo, Afghanistan. Die Bundeswehr wurde „Armee im Einsatz“, verschlankt, spezialisiert, modularisiert. Die Wehrpflicht galt ideologisch als überholt. 2011 wurde sie unter Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg „ausgesetzt“ – faktisch abgeschafft. Man brauche, so hieß es aus politischen Kreisen, keine Massenarmee mehr, sondern nur noch gut ausgebildete Spezialkräfte für punktuelle Interventionen. Folge: Rückbau der Kreiswehrverwaltungen, Aufgabe und Privatisierung von Kasernen, Auflösung von Ausbildungseinheiten, Vernachlässigung der Reservisten – zentrale Strukturen einer Wehrpflichtarmee, die im Ernstfall schnell wieder personell aufgerüstet und unter Waffen gestellt werden muss.

Aussetzung der Wehrpflicht 2011

Was Effizienzen schaffen und Kosten einsparen helfen sollte, war letztlich politisch fahrlässig. Der russische Angriff auf die Ukraine ab 2014 im Donbas wurde noch wegdiskutiert, doch Putins Invasion im Februar 2022 führte zu einer sicherheitspolitischen Schockstarre in Berlin. Plötzlich war wieder die Rede von Bündnis- und Landesverteidigung, von abschreckender Wehrfähigkeit. Als der inzwischen vorzeitig entlassene Heeresinspekteur Alfons Mais mitteilte, „Das Heer steht blank“, war das wie ein Donnerhall. Die Offenbarung des Inspekteurs: Das Heer hat kaum noch Munition, sitzt massenhaft auf defekten Panzern und veralteten Hubschraubern – eine Truppe, die einst als Rückgrat Europas galt, war bis auf die reine Hülle ausgedünnt worden.

Gleichzeitig fehlt in Politik und Gesellschaft ein klares Bekenntnis zur Truppe. Während Polizisten und Feuerwehrleute gesellschaftliche Anerkennung erfahren, bleiben Soldaten oft im Halbschatten der Zivilgesellschaft. Traumatisierte Einsatzveteranen werden über Jahre missachtet.

Die Wehrpflicht hatte über Jahrzehnte eine Brücke zwischen Bevölkerung und Armee gebildet – ihr Wegfall hat diese Verbindung gekappt. Die Bundeswehr wurde zur Berufsarmee – respektiert vielleicht, aber nicht mehr verstanden.

Heute wird, angesichts internationaler Krisen, wieder über die Rückkehr der Wehrpflicht diskutiert. Verteidigungsminister Boris Pistorius spricht von einer „Wehrhaftmachung“ der Gesellschaft, von erforderlicher Kriegstüchtigkeit der Deutschen und schlägt ein neues Modell der Dienstpflicht vor – verpflichtend, aber wählbar zwischen militärischem und zivilem Dienst. Konservative Stimmen fordern hingegen eine echte Wehrpflicht, um die Verteidigungsfähigkeit wieder substantiell zu stärken. Immerhin der weitere Verkauf von Kasernen, etwa in Paderborn und Bielefeld, ist schon einmal gestoppt.

UNITED STATES MARINE CORPS

Die Ledernacken – Siegermythos trotz Niederlagen

Vor 250 Jahren wurde in den USA eine militärische Legende geschaffen, deren Faszination bis heute andauert

VON JENS EICHLER

Wer heute an das United States Marine Corps (USMC) denkt, hat durchtrainierte, muskelbepackte Männer mit breitem Kreuz, kantigem Gesicht und raspelkurzen Haaren vor Augen. Typen mit Stiernacken und einem schneidigen Blick, der mehr sagt als 1000 Worte. Schon hat man Bilder von wagemutigen Amphibienlandungen im Kopf, Killereliten mit eiserner Disziplin, bis an die Zähne bewaffnet, Patronengurte diagonal über der Schulter hängend, das Sturmgewehr im Anschlag, und alle vereint sowohl der unbedingte Siegeswille als auch eine unverbrüchliche Brüderlichkeit. Diese Männer sind keine Soldaten, auch keine Elitesoldaten oder nur hervorragende Kämpfer – nein, sie sind viel mehr, denn sie sind Marines!

Doch hinter den markigen Motiven steckt eine lange Geschichte: politisch, institutionell, kulturell. Um zu verstehen, wie sich aus einer militärischen Notwendigkeit des 18. Jahrhunderts ein echter Mythos entwickelte, der bis heute wirkt, müssen wir zu den Ursprüngen zurückkehren – und dann die Zwischenstationen verfolgen, in denen Legenden geprägt und schließlich tradiert wurden.

Es war im Jahr 1775 , als die britische Kolonialmacht in Nordamerika nicht nur Herr über das Land war, sondern auch die Meere regelrecht dominierte. Die amerikanischen Küstenstädte waren auf die Schifffahrt, auf Fischerei und den Import von Waren angewiesen. Gleichzeitig aber wuchs der Widerstand der Kolonien gegen das britische Joch. Man wollte und musste sich wehren. Und die Möglichkeit, britische Schiffe zu stören oder britische Einrichtungen an Küsten und auf Inseln zu attackieren, war daher strategisch wichtig. Hier konnte man den „Herren aus der alten Welt“ so richtig wehtun. Die Kolonien hatten bereits eigene schlagkräftige Milizen an Land aufgebaut, aber bisher noch nichts Vergleichbares für den Küsten- und Seebereich, das zugleich flexibel und militärisch wirksam war. Das wollte man ändern.

Aus der Not erschaffen

Schon bald nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten dachten die Führer des Kontinentalkongresses daran, eine eigene Marine (Continental Navy) zu schaffen, um britische Schiffe zu blockieren, Handelsschiffe zu schützen und Angriffe gegen britische Einrichtungen von See her zu ermöglichen. Doch schnell wurde klar: Eine Marine allein reicht nicht aus. Man brauchte Mannschaften, die an Bord und zugleich an Land eingesetzt werden können – z. B. um feindliche Forts oder Häfen zu stürmen, Schiffe zu entern oder Stellungen an Küsten zu besetzen. Genau hier kam die Idee der „Marines“ ins Spiel – als Kombination von Seeleuten und Infanteristen, spezialisiert auf Landungsunternehmen und Bordoperationen.

Am 10. November 1775 verabschiedete der Zweite Kontinentalkongress in Philadelphia eine Resolution, in der festgelegt wurde, dass „zwei Bataillone von Marines“ aufgebaut werden sollen, die bei der zuletzt gegründeten Marine zum Einsatz kommen sollten und dort auch dem Kommando unterstellt waren. Diese Resolution legte folgende wesentlichen Punkte fest:

- Die Einheit solle sowohl auf See als auch an Land eingesetzt werden.
- Die Rekrutierung solle auf Männer zielen, die Seeleute oder wenigstens mit maritimen Angelegenheiten vertraut seien, damit sie auf Schiffen nützlich sind.
- Die Beförderung und Besoldung, die Ränge und Strukturen – die Offiziersstellen, die Kompanien etc. – sollten ähnlich wie bei regulären Truppen sein.

Rekrutierung im Wirtshaus

Samuel Nicholas, wohnhaft in Philadelphia, wurde zum ersten Kommandanten ernannt. Es existieren Überlieferungen, wonach das „Tun Tavern“, ein zwielichtiges Wirtshaus in Philadelphia, der Ort war, an dem die ersten Rekrutierungsversuche stattfanden. Ob exakt dort oder in einem anderen Lokal der Familie Nicholas, das ist historisch nicht eindeutig gesichert, aber es gehört zur festen Legende.

BILD: IMAGO/DANITA DELIMONT

Das Marine Corps Memorial in Arlington zeigt das Aufstellen der US-Fahne durch die Marines in Iwo Jima im Zweiten Weltkrieg

Bereits in den nächsten Monaten wurden mehrere Kompanien aufgestellt, etwa 300 Männer, die dann auf Schiffen dienten, bei waghalsigen Landungsunternehmen mitwirkten – insbesondere das erste amphibische Gefecht gegen Nassau auf den Bahamas, März 1776.

Nach dem Ende des Revolutionären Krieges (Treaty of Paris, 1783) wurden sowohl die Continental Navy als auch die Continental Marines faktisch aufgelöst. Die jungen Vereinigten Staaten waren mit finanziellen Problemen, politischem Auseinanderdriften der Bundesstaaten und einer allgemeinen Angst vor stehenden Heeren belastet.

In den 1790er Jahren wuchs erneut der Druck auf die Vereinigten Staaten, Seefahrt und Handel vor Auslandsdrohungen zu schützen. Der sogenannte Quasi-Krieg mit Frankreich machte deutlich, dass man doch wieder über ausreichend und schlagkräftige Marinekräfte verfügen musste. 1798 verabschiedete der Kongress deshalb ein entsprechendes Gesetz, und am 11. Juli 1798 wurde der U.S. Marine Corps formal als dauerhafte Truppe neu gegründet – unter dem Department of the Navy.

Einsätze zur Heldenbildung

Doch wie wird aus einer bloßen militärischen Einheit eine Legende – ein Glaube, ein Symbol, ein Mythos, dessen Wirkung über Jahrhunderte anhält? Dafür dürften drei wesentliche Aspekte dienen

1. Geburtstag: Obwohl 1798 die offizielle Neugründung war, feiert das Corps seit 1921 den 10. November 1775 als Geburtsdatum. Die Entscheidung wurde nicht zufällig getroffen: Damit verbindet man das Corps rückwirkend mit der ersten Resolution und gibt ihm eine Kontinuität, ein älteres Erbe, das Stolz und Legitimität stiftet.

2. Symbole und Werte: Zum einen das Motto „Semper Fidelis“ („Immer treu“) wirkt, ebenso die Uniformelemente wie z. B. der starke Halskragen mit Leder verstärkt, was auch zum berüchtigten Spitzname der Elitesoldaten führte, nämlich „Leatherneck“ (Ledernacken). Dazu die Emblemes wie Adler, Globus und Anker – all das sind Bestandteile, die Identität stiften und das Corps als besonders, als eigenständig und nahezu elitär außergewöhnlich markieren.

3. Lieder, Hymnen, Sprüche: Die „Marines' Hymn“, die Slogans wie „First to Fight“, das traditionelle Grüßen und Rangformen, Terminologie, die teils aus dem maritimen Bereich stammt (z. B. Decks, Schotten), haben dazu beigetragen, eine eigene Kultur zu formen, die sich ganz bewusst von Armee oder Marine unterscheidet.

4. Elitedasein: Die Marine Corps Einheit war lange relativ klein und von vielen Stimmen bedroht, die sie für überflüssig hielten – besonders in Friedenszeiten. Hier wurde Öffentlichkeit wichtig: Kriegsberichte, Heldentaten, Einsatzberichte, die medial ausgewertet wurden, halfen, das Corps in der öffentlichen Wahrnehmung zu formen. Dazu ein extrem elitäres Auswahlverfahren: Jeder durfte sich melden, aber nicht jeder wurde rekrutiert. Nur die Besten der Besten – körperlich und geistig – durften harte „Ledernacken“ werden.

5. Brisante Einsätze: Mit Kriegen wie dem Spanisch-Amerikanischen Krieg (1898) und den Expeditionen in Lateinamerika, der Karibik und Asien erlangten die Marines sichtbare Einsätze, die medienwirksam waren – kleine Landungsunternehmen, Interventionen, Küstenoperationen. Diese Einsätze lieferten Stoff für Geschichten über Härte, Mobilität und typisch marineartiges Kämpfen.

Die Geschichte, dass die ersten Marines im „Tun Tavern“ rekrutiert wurden, ist Teil einer romantischen Überlieferung. – eine Legende, die stark ist und offiziell gepflegt wird. Das Wirtshaus, eine echte Spelunke, wird zum ikonischen Ort des Beginns, weil hier die „härtesten Hunde“ beim Bier verweilten. Ein paar gute Männer mit Bier zu locken, gehört heute immer noch zu den Mythen, die Identität mit Lebendigkeit verbinden.

Ein weiterer Mythos ist der Begriff „Devil Dogs“ (Teufelshunde), der angeblich von deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg bei der Schlacht von Belleau Wood kommen soll, um die Marines zu beschreiben. Historische Nachforschungen zeigen, dass es keine gesicherten deutschen Quellen dafür gibt; viel wahrscheinlicher ist, dass der Begriff durch amerikanische Presse und Propaganda entstand. Dennoch ist er tief im Selbstverständnis der Marines verankert.

Als das Corps in Friedenszeiten immer mal wieder reduziert wurde, hatte es somit seine Gegner, die argumentierten, dass Marineinfanterie – ähnlich wie Armeeinfanterie – doch irgendwie redundant sei. Besonders nach großen Kriegen gab es politische Debatten über Kosten, Zuständigkeiten und Struktur der Streitkräfte. Das Corps reagierte nicht nur mit militärischer Effizienz, sondern auch mit der Betonung seiner eigenen Geschichte, seiner besonderen Traditionen und Leistungen. In dieser Phase wurden Mythen und Heldengeschichten systematisch gesammelt, gepflegt und verbreitet – in internen Veröffentlichungen, in Rekrutierungsbroschüren und in der Presse. Damit wollte man eine fortlaufende Legitimierung der Einheit erreichen, was letztendlich auch gelang.

Heather Venable, Professorin für Militär- und Sicherheitsforschung im US-Department of Airpower at the United States Air Force's Air Command and Staff, beschreibt in ihrem Buch „How the Few Became the Proud“, das sich ausgiebig mit der Geschichte und dem Mythos der United States Marines Corps beschäftigt, ausführlich, wie zwischen etwa 1874 und dem Ersten Weltkrieg diese Institutionalisierung der Legende erfolgte.

Statuspflege trotz Niederlagen

Im Ersten Weltkrieg, besonders bei Belleau Wood (1918) und anderen Schlachten in Frankreich, fanden Geschichten statt, die bis heute identitätsstiftend sind: Der Einsatz neben französischen Truppen, schwere Kämpfe, Beharrlichkeit in der Gegenwehr trotz heftigem Beschuss. All diese Ereignisse halfen dem Corps, sich zunehmend als Elitetruppe in der öffentlichen Wahrnehmung zu etablieren. Die Presse griff die Erzählungen dankbar auf, und Rekrutierungsplakate machten den Mythos letztendlich populär. Der Slogan „First to fight“ verband reale Leistung mit Imagebildung.

Die Entwicklung der amphibischen Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg war ein Beleg für die Bedeutung und Einzigartigkeit des USMC: Landungsoperationen bei Guadalcanal, Iwo Jima, Tarawa und viele mehr prägten das Bild des Marineinfanteristen als hart, durchsetzungsfähig, fähig, unter extremen Bedingungen zu kämpfen. Noch wichtiger aber waren die heldenhaften Filme, Bücher und Erzählungen, die diese Operationen zur Legende machten – und halfen, den Mythos international bekannt zu machen.

Während des Kalten Kriegs und später in Vietnam, Nahost, Afghanistan etc. wurde diese Identität weiter gepflegt und zementiert – trotz der schmachvollen Niederlagen wie in Vietnam.

Ein Mythos, der bis heute wirkt

Es ist die elektrisierende Identitätsbildung und Kameradschaft. Wer ein strammer Marine wird, übernimmt Traditionen und Rituale – das schafft ein starkes Zugehörigkeitsgefühl, das über den einzelnen Einsatz hinaus reicht. Wer Teil einer Elite ist, verhält sich auch danach. Die Erwartung von sich selbst und von außen verstärkt diesen Effekt.

Aber auch die politische Unterstützung wirkt nachhaltig. Langfristige Unterstützung des Kongresses, militärische Budgetierung, öffentliche, feierliche Zeremonien, Denkmäler – all das trägt dazu bei, dass Geschichte nicht nur erzählt, sondern erinnert wird. Und schließlich dient der Mythos als Zweck: In vielen Fällen war und ist Legendenbildung nicht nur eine schöne Begleiterscheinung, sondern strategisch gebraucht – um Moral zu stärken, Einheiten zu rekrutieren, internes Prestige zu wahren und politische Gegner zu überzeugen, dass man das Corps weiterführen und ausbauen muss. So wird die Geschichte zur Ressource.

Das United States Marine Corps wurde vor 250 Jahren aus politischen, militärischen und geographischen Gründen ins Leben gerufen. Der heldenhafte Mythos dieser berühmten Einheit ist nicht einfach nur eine übertriebene Stilisierung. Diese militärischen Legende ist vielmehr ein großes Stück Realität, in dem Erinnerung, Besonderheit, Legende und Zweck eng miteinander verwoben sind. Der Erfolg liegt gerade darin, dass er greifbar ist: in harten Schlachten, in seinen Ritualen, in den Symbolen – und in der Weise, wie die Institution und die Gesellschaft sich wechselseitig geformt und auch geprägt haben. Das United States Marine Corps ist vor allem aber eins: ein wirksames Werkzeug der Freiheit – seit damals bis heute.

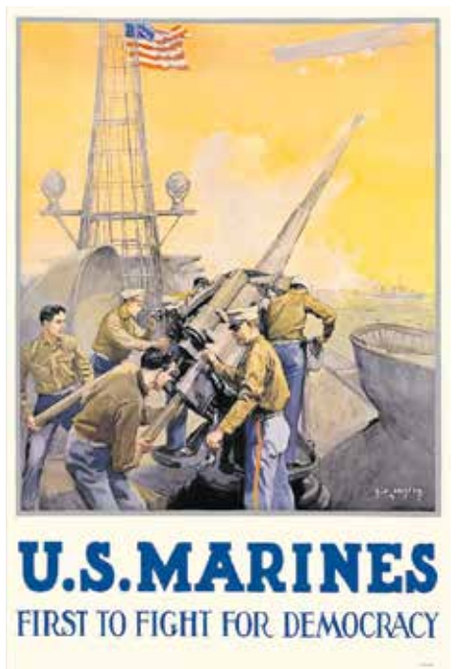


BILD: NATIONAL MUSEUM OF THE MARINE COPS

Werbeplakat mit dem FTF-Slogan des United States Marine Corps zur Anwerbung neuer Soldaten im Jahr 1917

Soll der Schicksalsort dreier hochmütiger Frauen gewesen sein: Der Hohnekamm im Harz, Sachsen-Anhalt *Bild: IMAGO/Dieter Mendzigall*

HEIMATSEELE

Deutschland ist gespickt mit mystischen Orten

Zahllose Ecken unseres Landes sind von uralten Sagen durchtränkt. Geister und Hexen, lange verstorbene Kaiser, Helden und Ungeheuer bevölkern sie – Doch leider wissen immer weniger Deutsche davon

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Bundesrepublik des Jahres 2025 bietet nicht selten ein deprimierendes Bild. Etliche der angeblich so „bunten“ Städte muten reichlich grau und öde an, weil ihre Infrastruktur verrottet und das kulturell-soziale Leben verarmt. Auf dem platten Land wiederum sorgt die Abwanderung der Jugend vielfach für Tristesse und Verfall. Und dennoch gibt es sie noch: Die Örtlichkeiten, welche eine Faszination ausstrahlen, die wir im bleiernen Einerlei des nur in Sonntagsreden „besten Deutschland aller Zeiten“ immer schmerzlicher vermissen.

Letztlich ist unser Land sogar übersät mit solchen Inseln der Nichtalltäglichkeit. Kaum eine Burgruine, die nicht mit Sagen oder verborgenen Schätzen in Verbindung gebracht wird, und kaum ein Berg, Fluss, See, Felsen oder Moor ohne Mythen rund um tatsächliche oder angebliche frühere Ereignisse.

Dabei hat jede Gegend Deutschlands ihre regionalen Besonderheiten. So bringt die raue Natur an der Nord- und Ostsee andere Überlieferungen hervor als die Gebirge vom Harz bis zu den Alpen oder die romantischen Flusslandschaften in der Mitte Deutschlands mit ihren alten Gemäuern auf den umliegenden Höhen. Dennoch zeigen sich übergreifende Gemeinsamkeiten bei den Erzählungen über bekannte oder auch unbekannte Plätze.

Wobei zu den bekannten beispielsweise die Rattenfängerhöhle bei Hameln, der Hexentanzplatz im Harz und die Externsteine, also das „Deutsche Stonehenge“, im Teutoburger Wald gehören. Dagegen sind Lokalitäten wie die Drachenschlucht bei Eisenach, die Keltenfestung auf dem Ipf in der Schwäbischen Alb oder der uralte Judenfriedhof auf dem Heiligen Sand in Worms eher Geheimtipps.

Heidnisch und christlich

Typisch ist jedenfalls, dass die Menschen früher gerne versuchten, übernatürliche Erklärungen für natürliche Phänomene zu finden. Davon zeugen unter anderem die Sagen rund um den Untersberg im Berchtesgadener Land. Weil hier – wie in Kalkgebirgen mit ihren zahlreichen tückischen Karsttrichtern leider üblich – immer wieder Menschen spurlos verschwanden, entstanden Legenden über merkwürdige „Zeitlöcher“.

Manchmal sollen die mystischen Plätze hierzulande aber auch der Schauplatz von besonders spektakulären Ereignissen gewesen sein. Beim Boitiner Steintanz in Mecklenburg-Vorpommern handelt es sich eigentlich um eine prähistorische Kult- und Begräbnisstätte mit insgesamt 30 Menhiren. Der Legende nach sind das freilich die Überreste von Bauersleuten, welche während einer Hochzeit derart übermütig Brot, Kuchen und Würste verschwendeten, dass sie aufgrund dieses Frevels allesamt in Steine verwandelt wurden.

Außerdem wäre da der noch sehr lange Zeit wirkmächtige Einfluss vorchristlichen Gedankengutes. Dazu gehört der Glaube an die Beseeltheit der Natur und die Existenz von Riesen oder Zwergen, wie er nicht zuletzt in den Überlieferungen über den Nienhäger Gespensterwald bei Bad Doberan, die „Moosmännchen“ auf dem Kahleberg im Osterzgebirge und die Entstehung des Berges Milseburg in der Rhön zum Ausdruck kommt.

Andere mystische Plätze erinnern an vorchristliche Götter oder Kulte. Markante Beispiele hierfür sind der Druidenhain in der Fränkischen Schweiz, der Keltenhügel von Hirschlanden bei Ditzingen und das Areal um den schon vor 4000 Jahren aufgerichteten Gollenstein im Saarpfalz-Kreis.

Dazu kommen unzählige Mythen, welche im Christentum wurzeln und meist auf Heilige oder den Teufel Bezug nehmen. Die Teufelsmauer im Harz ist eine 20 Kilometer lange Kette von pittoresken Sandsteinfelsen, über deren Entstehung es etliche verschiedene Sagen gibt, die aber sämtlich darauf abzielen, dass die Formation ein Werk des Leibhaftigen darstelle. Dagegen erinnert die Kapelle am Forggensee an Magnus von Füssen, der hier im 8. Jahrhundert etliche Drachen getötet und der Bevölkerung damit große Erleichterung verschafft haben soll.

Botschaften von Gut und Böse

Zahllose weitere, als mystisch geltende Plätze sind mit Erinnerungen an reale geschichtliche Ereignisse wie Kriege oder Hungersnöte und historische Personen verknüpft, wobei es sich bei den Letzteren meist um Gesetzlose oder Herrscher handelte. Ein allgemein bekanntes Beispiel hierfür ist die Barbarossa-Höhle im Kyffhäuser, in welcher der Staufer-Kaiser Friedrich I. Barbarossa dem Volksglauben nach schlafend auf seine Rückkehr an die Spitze des Reiches wartet. Etliche Geschichten ranken sich auch um die ehemalige Reichsburg Trifels im Pfälzer Wald. Hier saß der englische König Richard I. Löwenherz 1193 in Haft, woraus die Mär von der kühnen Befreiung des Monarchen durch den Troubadour Blondel de Nesle entstand. Außerdem heißt es in Anlehnung an die Kyffhäusersage, Barbarossas Enkel Friedrich II. oder gar Karl der Große würden unter den Felsen der Burg schlummernd auf ihre Auferstehung und erneute Machtübernahme warten.

Ansonsten enthalten die Legenden über die deutschen „Kraftorte“ oft auch Hinweise auf Normen und Werte, die es durchzusetzen galt. Gutes wurde von höheren Mächten belohnt und Bosheit, Gier, Wollust und andere Sünden wurden bestraft – was deutlich öfter von Nöten war. So sollen die Hohneklippen im Harz drei schöne Jungfrauen verkörpern, die in grauer Vorzeit wegen ihres Hochmuts gegenüber der Männerwelt als Steinsäulen endeten. Wohltaten konnten artige Mädchen dahingegen von Frau Holle erwarten, die angeblich auf dem Hohen Meißner im Fulda-Werra-Bergland residiert, wobei der Teich auf dem Bergmassiv noch heute als Eingang zu Frau Holles „Anderswelt“ gilt.

Allerdings dürfte das Wissen um die Besonderheiten all dieser sagenumwobenen Plätze bald für immer verschwinden. Denn die jüngeren Generationen von heute verlernen neben dem Rechnen, Schreiben und Lesen sowie dem korrekten Gebrauch der Muttersprache zunehmend auch die Beschäftigung mit der realen Welt jenseits des digitalen Universums. Dadurch erleidet das kollektive Gedächtnis der Deutschen einen irreversiblen Schwund. Aber damit nicht genug: Mit den Erzählungen über die Bedeutung der mystischen Plätze in unserem Land geraten gleichermaßen wichtige Moralvorstellungen von jahrhundertelanger Gültigkeit in Vergessenheit.

REISEN

Inseln, denen man besser fernbleiben sollte

Krokodile, Giftschlangen oder giftige Rückstände: Viele Eilande bergen Todesgefahren für den Menschen

Bali, die Bahamas, Mauritius, Tahiti – viele Inseln rund um die Welt gelten den Menschen als reinste Paradiese – oder zumindest Orte für einen entspannten Urlaub. Doch es gibt auch Eilande, deren Besuch mit tödlichen Risiken verbunden ist. Dazu soll unter anderem La Gaiola vor der Küste von Neapel gehören. Denn die Bewohner dieser kleinen „Geisterinsel“ starben vielfach auf tragische Weise, weswegen La Gaiola seit 1978 verlassen daliegt.

In anderen Fällen sind es ganz konkrete natürliche Gefahren, welche eine Insel zum Albtraum werden lassen. So beherbergt die Ilha da Queimada Grande vor der brasilianischen Ostküste eine riesige Anzahl von Lanzenottern, die zu den giftigsten Schlangen der Welt zählen und bereits drei Leuchtturmwärter getötet haben. Dagegen leben in den Mangrovensümpfen auf der zu Myanmar gehörenden Insel Ramree im Golf von Bengalen Unmengen großer Leistenkrokodile.

Die Tiere sollen laut dem Guinness-Buch der Rekorde für die „schwerste von Tieren verursachte Katastrophe aller Zeiten“ verantwortlich gewesen sein: Anfang 1945 fraßen die Krokodile angeblich 400 japanische Soldaten auf ihrer panischen Flucht vor den angreifenden Briten. Weitere Naturgefahren gehen von Vulkanen aus. Zwei davon befinden sich auf der 1963 entstandenen Insel Surtsey vor der Südküste Islands und auf Miyake-jima im Pazifik südlich von Tokio. Der Vulkan dieses Eilandes brach 1940, 1962, 1983 und 2000 aus, was am Ende zur kompletten Evakuierung führte. Die Bewohner durften erst 2005 zurückkehren und sind seither angehalten, ständig Gasmasken mitzuführen.

Außerdem wäre da noch Saba in der östlichen Karibik. Diese Insel der Niederländischen Antillen wurde in den vergangenen 150 Jahren öfter von Hurrikanen heimgesucht als jede andere Ecke der Welt. Ansonsten sorgt aber auch der Mensch dafür, dass man manche Inseln lieber strikt meiden sollte. Auf North Sentinel Island, welches zur indischen Inselgruppe der Andamanen gehört, lebt seit Jahrtausenden eines der letzten Steinzeitvölker der Erde, das sämtliche Eindringlinge von außen verjagt oder gar tötet. Wobei dies ein durchaus sinnvolles Vorgehen ist, weil die Insulaner sehr wahrscheinlich keine Immunität gegen eingeschleppte Viren und Bakterien besitzen.

Andererseits sind auch einige Inseln selbst Brutstätten für Erreger, die gefährliche Krankheiten auslösen können. Im Zweiten Weltkrieg kontaminierten die Briten Gruinard Island vor der schottischen Nordwestküste gezielt mit Milzbrandsporen, um die Wirkung dieses biologischen Kampfstoffs zu studieren. Gruinard gilt nun zwar seit 1990 offiziell wieder als bewohnbar, aber ein Restinfektionsrisiko bleibt dennoch.

Außerdem dienten etliche Inseln als Atomtestgelände oder Lagerstätten für radioaktive Abfälle. Das trifft unter anderem auf das pazifische Bikini-Atoll zu, wo insgesamt 67 Kernwaffen der USA gezündet wurden. Gleichzeitig landeten zwischen 1946 und 1970 47.500 Behälter mit nuklearen Abfällen im Meer rund um die Farallon-Inseln vor der kalifornischen Großstadt San Francisco. *W.K.*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 45 · 7. November 2025

ALLENSTEIN

Ein Schulfach wird zum Zankapfel

Die Einführung der „Gesundheitsbildung“ stößt auf heftige Kritik seitens Eltern und Kirche

VON DAWID KAZAŃSKI

Ein deutliches Zeichen gegen das Fach „Gesundheitsbildung“: Plakat in Allenstein *Bild: D.K.*

Mit der Gesundheitsbildung wurde im Schuljahr 2025/2026 polenweit ein neues Unterrichtsfach eingeführt. Eigentlich sollte das Fach für alle Schüler verpflichtend sein, doch nach anhaltendem medialen Druck und gesellschaftlicher Diskussion beschloss das Bildungsministerium, dass der Unterricht nur fakultativ angeboten wird.

Diese Entscheidung hat eine Debatte ausgelöst, die weit über die Grenzen des Bildungssystems hinausgeht und die tiefen Spannungen zwischen Kirche, Medizin und Politik sichtbar macht. Das Fach richtet sich an Kinder und Jugendliche ab der vierten Klasse der Grundschule bis in die oberen Klassen der weiterführenden Schulen. Während in der Grundschule zwei Module pro Jahr vorgesehen sind, erhalten Schüler in Lyzeen, sowie in technischen und beruflichen Schulen zwei Stunden pro Woche.

Die inhaltlichen Schwerpunkte sind breit gefächert. Vor allem Fragen der psychischen und körperlichen Gesundheit, der Identitätsentwicklung, der Gefahren von der übermäßigen Internetnutzung spielen eine wichtige Rolle. In den unteren Klassen geht es auch um Themen wie Pubertät, Körperveränderungen und Menstruation. In den höheren Jahrgängen werden Verhütung, Prävention vor sexuell übertragbaren Krankheiten, Abtreibung, gesunde Ernährung, Organspende und Selbstuntersuchungen von Brust und Hoden behandelt. Um einen geschützten Rahmen zu gewährleisten, sollen Gruppen, in denen über Sexualität oder psychische Probleme gesprochen wird, kleiner sein als im regulären Unterricht.

Die Einführung dieses Faches stieß bei Fachleuten auf breite Zustimmung. Die Oberste Ärztekammer etwa betonte, dass die Gesundheitsbildung für die Prävention unverzichtbar sei. Ihr Sprecher, Jakub Kosikowski, unterstrich, dass durch fundierte Aufklärung gesundheitliche Risiken erheblich verringert werden könnten: von der Verbreitung sexuell übertragbarer Krankheiten über psychische Erkrankungen bis hin zu verschiedenen Krebsarten. Die Ärzteschaft setzt sich daher weiterhin dafür ein, dass Gesundheitsbildung ein verpflichtendes Fach wird. Viele Mediziner verweisen zudem auf den gesellschaftlichen Nutzen, weil die Aufklärung jungen Menschen helfen solle, gesündere Entscheidungen zu treffen. Zudem könne die Belastung des Gesundheitssystems in Zukunft spürbar gesenkt werden.

Traditionelle Werte in Gefahr

Ganz anders äußerte sich die Polnische Bischofskonferenz. Die bischöfliche Kommission für Erziehung veröffentlichte einen Appell, in dem Eltern ausdrücklich dazu aufgerufen wurden, ihre Kinder von dem neuen Fach abzumelden. Die Kirche warnte, dass die Gesundheitsbildung die katholische Vorstellung von Ehe, Familie und Geschlechterrollen gefährde. Insbesondere die Themen Geschlechtsidentität und LGBTQ+ würden nach Ansicht der Bischöfe „die Vision von Frau- und Mannsein verzerren“ und Kinder in einer sensiblen Entwicklungsphase verunsichern. Auch wurde kritisiert, dass Ehe und Familie im neuen Lehrplan marginalisiert würden.

Der Appell erinnerte Eltern daran, dass sie das Recht hätten, über die Werte zu entscheiden, die ihre Kinder vermittelt bekommen. Beobachter dieses Konflikts zwischen den Anhängern und Gegnern der Gesundheitsbildung vermuten zudem, dass nicht nur moralische Bedenken im Spiel sind, sondern auch finanzielle Interessen.

Parallel zur Einführung der Gesundheitsbildung wurde der Religionsunterricht von zwei auf eine Stunde pro Woche reduziert. Da Religionslehrkräfte in der Republik Polen aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, befürchten viele, dass die Kirche dadurch an Einfluss und Ressourcen verliere. Hinzu kommt, dass Eltern die Möglichkeit hatten, ihre Kinder bis zum 25. September von der Teilnahme abzumelden. Viele Beobachter gehen davon aus, dass zahlreiche Schüler auf Druck der Eltern oder wegen organisatorischer Gründe nicht teilnehmen werden. Denn fakultative Fächer werden von Schulleitungen häufig auf die erste oder letzte Unterrichtsstunde gelegt, wodurch sie für viele unattraktiv erscheinen.

Die Gesundheitsbildung ist damit zu einem Zankapfel geworden. Während Ärzte auf wissenschaftliche Fakten und die Vorteile von Prävention verweisen, sehen die Kirche sowie konservative Politiker in dem Fach eine Bedrohung ihrer Werte. Ob die Gesundheitsbildung dennoch ihr Ziel erreicht, das Gesundheitsbewusstsein der jungen Generation nachhaltig zu stärken, bleibt abzuwarten. Sicher ist jedoch schon jetzt, dass das neue Fach zu den umstrittensten Reformen im polnischen Bildungssystem der letzten Jahre zählt.

INSTERBURG

Das ehemalige Kreiskrankenhaus wird ein Hotel

Erhaltungsmaßnahmen seit dem Jahr 2022 – Eröffnung bis Ende des Jahres geplant

Seit russischen Touristen der Weg ins westliche Ausland versperrt ist, gewinnt das Königsberger Gebiet für den Binnentourismus zunehmend an Bedeutung. Historischen Gebäuden und Sehenswürdigkeiten aus deutscher Zeit kommt dieser Umstand zugute, da die Regierung Wiederherstellungsarbeiten unterstützt.

Im Gebäude des ehemaligen Kreiskrankenhauses Insterburg in der Belowstraße [ul. Sportiwnaja] entsteht derzeit ein Hotel, für dessen Interieur die alten, noch erhaltenen Holzelemente aufwendig restauriert wurden. Wie der Generaldirektor der Firma Elmont, Igor Bilous, kürzlich gegenüber der Presse erklärte, soll das Hotel noch in diesem Jahr zu den Neujahrsfeiertagen in Betrieb genommen werden. „Die Renovierung ist abgeschlossen. Die oberen Etagen sind komplett fertig, es gibt bereits Möbel.“ Der Rest werde in den kommenden Wochen erledigt, so Bilous.

BILD: SCREENSHOT KALININGRAD.RU

Restaurierte Elemente des Kreiskrankenhauses: Neues Hotel in Insterburg

Nach Abschluss der obligatorischen historischen und kulturellen Dokumentation hatte das Unternehmen im Oktober 2023 die Genehmigung zum Betrieb eines Hotels erhalten. Zuvor hatte das Objekt jedoch den Besitzer gewechselt. Der Investor KSK-Textil, der das alte Gebäude von der Stadt erworben hatte, begann im Jahr 2022 mit ersten Arbeiten zum Erhalt des Gebäudes. Damals wurden das Dach neu gedeckt, die Fassade repariert und noch vorhandene dekorative Elemente restauriert.

Das Konzept eines Hotelbetriebs in dem historischen Gebäude wurde 2022 dem Investitionsrat vorgestellt, der es positiv bewertete. Gemeinsam mit dem Insterburger Wasserturm, in dem seit 2023 ein Privatinvestor ein Uhren-Museum betreibt (siehe *PAZ* vom 5. Dezember 2023), soll das Hotel Teil eines touristischen Komplexes werden.

Das Gebäude des ehemaligen Kreiskrankenhauses in Insterburg stammt aus dem Jahr 1894. Es wurde im Stil des Historismus nach dem Entwurf des preußischen Architekten und Baubeamten Emil Hoffmann gebaut. Das Backsteingebäude verfügt über drei Stockwerke sowie Mansarden im Dachgeschoss. Bei der Restaurierung legten die neuen Eigentümer großen Wert darauf, dass die Verzierungen an der Fassade wie auch im Inneren erhalten bleiben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr das Gebäude die unterschiedlichsten Nutzungen. Zunächst wurde es als Militärklinik genutzt, im Jahr 1968 war die Verwaltung des Insterburger Maschinenbauwerks dort untergebracht, und von 2003 bis vor Kurzem wurde es für Reparaturwerkstätten, Büros von Unternehmen oder Institutionen genutzt.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Anschlag auf Schule geplant

Allenstein – Im südlichen Ostpreußen erscheinen Attentate und Amokläufe oft weit weg. Ende September wurden jedoch die Einwohner einer Straße in Allensteins Stadtteil Osiedle Generałów von einer Aktion von Funktionären der Inneren Sicherheit aufgeschreckt. Die Siedlung heißt so, weil die Straßen nach den polnischen Generälen des Ersten Weltkriegs benannt sind. Ziel des Einsatzes aufgrund eines begründeten Verdachts war ein 20-Jähriger, bei dem Waffen und explosive Materialien gefunden wurden, sodass die Bewohner einige Zeit evakuiert werden mussten. Vorgeworfen wird dem jungen Mann wie drei anderen im Juni und April verhafteten 19 Jahre alten Männern die Vorbereitung eines terroristischen Anschlags auf eine Allensteiner Schule. Sollte sich dies bestätigen, drohen ihnen bis zu zehn Jahren Haft. *U.H.*

Recycling von Wasser

Braunsberg – Im Rahmen des Projekts WaterMan, welches das Recycling von Wasser und die rationale Bewirtschaftung von endlichen Ressourcen fördern will, hat die Braunsberg moderne und ökologische Lösungen eingeführt, wie ihr Bürgermeister Tomasz Sielicki im Radio Olsztyn verriet. Überschusswasser aus dem Schwimmbad wird gereinigt und für die Bewässerung des städtischen Grüns genutzt. Am städtischen Schwimmbad entstand auch ein Regengarten. Wissenschaftliche Unterstützung fand die Stadt bei der Technischen Hochschule Danzig. Bei einer Konferenz im Braunsberger Kulturzentrum wurde die neue Sicht auf ökologische Lösungen gerade angesichts der sich ändernden klimatischen Bedingungen mit vielen Vertretern der Wissenschaft, der Kommunen und von internationalen Projekten diskutiert. *U.H.*

Eine störende Sandbank

Neu Passarge – Während im nahe gelegenen Braunsberg ökologische Maßnahmen der Wasserwirtschaft greifen, hat die Wirkung des Wassers der Passarge und des Frischen Haffs unerwünschte Folgen für die Sicherheit der Einwohner und uniformierten Dienste. Der fehlende Durchfluss des Flusses an seiner Mündung in das Frische Haff erschwert die Arbeit der Rettungskräfte und den Schutz der vier Kilometer entfernten Staatsgrenze Polens. Eine Sandbank, die von den Wellen des Haffs herangetragen wird, verzögert die Reaktionszeit, die ein Schlüsselfaktor ist. Bäume und Rückstauungen werden ständig entfernt, dennoch wiederholt sich die Blockade, die auch einen Übertritt des Wassers aus dem Flussbett verursachen kann, wodurch die Orte am Fluss überschwemmt werden. Einig sind sich alle Beteiligten, dass unabhängig von den bereits ergriffenen Maßnahmen diese regelmäßig erfolgen müssen, um einen Erfolg zu garantieren. *U.H.*

Wir gratulieren …

ZUM 104. GEBURTSTAG

Zysk, **Franz**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 102. GEBURTSTAG

Köck, **Gerhard**, aus Widitten, Kreis Fischhausen, am 13. November
Richter, **Christiane**, aus Königstein, am 7. November
Riechey, **Hella**, geb. **Ragozat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kairies, **Hildegard**, geb. **Brix**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 8. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Donde, **Erich**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. November
Schulz, **Ehrentraud**, geb. **Wenig**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Betker, **Gertrud**, geb. **Sütterlin**, verw. Ziegenhardt, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 10. November
Honnacker, **Irmgard**, geb. **Zielasko**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. November
Jäkel, **Marta**, geb. **Lork**, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, am 11. November
Mauerhöfer, **Hans**, Freunde des Kreises Ebenrode, am 13. November
Piotrowski, **Irene**, geb. **Hintz**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 10. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ermel, **Helgard**, geb. **Kunter**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 12. November
Klose, **Hilde**, geb. **Wagner**, aus Hindenburg, Kreis Labiau, am 3. November
Roeder, **Erika**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. November
Zimmel, **Adalbert**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 8. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kirchhoff, **Edith**, geb. **Rettkowski**, aus Browienen, Kreis Neidenburg, am 12. November
Köhler, **Hanna**, geb. **Tetzlaff**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. November
Tiska, **Lucie**, geb. **Reh**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Babbel, **Kurt**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 7. November
Blankenhein, **Irene**, geb. **Wosylus**, aus Heydekrug, am 10. November
Salis, **Marie**, geb. **Willuda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 13. November
Schäfer, **Werner**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 10. November
Werner, **Erna**, geb. **Noetzel**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Blessing, **Gertraud**, geb. **Kiparski**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 6. November
Frei-Jortzik, **Erna**, geb. **Jortzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. November
Heynemann, **Brigitte**, geb. **Schorby**, aus Lyck, Danziger Straße 37, am 10. November
Hidde, **Gerda**, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 13. November
Muhsal, **Ruth**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 11. November
Pirk, **Ursula**, geb. **Schirmacher**, aus Oschekau Gut, Kreis Neidenburg, am 12. November
Söckneck, **Olga**, geb. **Lohmeyer**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 13. November
Völker, **Inge**, geb. **Lengwenus**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 6. November
Weituschat, **Bruno**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 7. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Burgfels, **Hedwig**, geb. **Komm**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November
Heinrich, **Willi**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 4. November
Hofmann, **Helga**, geb. **Behrendt**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 13. November
Konetzka, **Gertrud**, geb. **Gosdzindki**, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober
Kullack, **Martin**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. November
Mahnke, **Hildegard**, geb. **Zander**, aus Groß Hermenau, Kreis Mohrungen, am 8. November
Nötzig, **Edith**, geb. **Langecker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November
Rilat, **Wolfgang**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 10. November
Schiffer, **Hans-Georg**, aus Lucken, Kreis Ebenrode, am 10. November
Stotz, **Elli**, geb. **Krause**, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, am 7. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beckmann, **Ella**, geb. **Bastian**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 11. November
Döhring, **Waltraud**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 4. November
Hoffmann, **Helmuth**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. November
Kulozik, **Christa**, geb. **Petermann**, aus Nöttnicken, Kreis Fischhausen, am 7. November
Lange, **Klaus**, aus Rimlack, Kreis Preußisch Eylau, am 8. November
Schmidt, **Gisela**, geb. **Schlenger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. November
Schwarz, **Anneliese**, geb. **Karschau**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 8. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Berger, **Ingrid**, geb. **Kannenberg**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 7. November
Böhnke, **Fritz**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 12. November
Gerdey, **Walter**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 12. November
Kloss, **Dora**, geb. **Schirrmacher**, aus Mohrungen, am 12. November
Murach, **Ernst**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. November
Raulin, **Kurt**, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 11. November
Schmidtke, **Gerda**, geb. **Hegerfeld**, aus Wehlau, am 8. November
Schönberger, **Christel**, geb. **Raudies**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 8. November

Bund Junges Ostpreußen

Allenstein – Donnerstag, 27., bis Sonntag, 30. November: **Adventstreffen der Ostpreußischen Jugend**.
Veranstalter des Adventstreffens ist die Landesgruppe der Ost- und Westpreußen in Bayern innerhalb der Landsmannschaft Ostpreußen. Die organisatorische Leitung obliegt dem Bund Junges Ostpreußen.

Das Adventstreffen bietet für jeden etwas Interessantes. Menschen, die sich gerne bewegen, werden an den Volkstänzen ihre Freude haben, die Musikalischen unter Euch können sich an den heimatlichen und weihnachtlichen Liedern erfreuen. Und die Kreativen werden sich auf das weihnachtliche Basteln freuen dürfen. Auch Geschichtsinteressierte kommen nicht zu kurz. Für die Ostpreußische Jugend ist das Adventstreffen der Höhepunkt zum Jahresende. Neben dem einzigartigen Programm habt Ihr die Möglichkeit, sehr viele junge Ostpreußen kennenzulernen. Und für die ganz jungen Ostpreußen wird auf Wunsch ein kleines Kinderprogramm angeboten. Deshalb: Bitte bei der Anmeldung das Alter des Kindes mit angeben.

Anmeldung: bis Sonntag, 9. November. Weitere Informationen gibt es per E-Mail: adventstreffen@junge-ostpreussen.de oder Telefon (+48 691) 380160. Die Anmeldung ist verbindlich. Es erfolgt eine Anmeldebestätigung bis zum 20. November. Eine Anmeldung findet über unser Online-Anmeldeformular unter dem angegebenen Link http://adventstreffen.bjo-ostpreussen.de/oder QR-Code statt:

Anreise: Donnerstag, 27. November, ab 17 Uhr; Abreise: Sonntag, 30. November nach dem Mittagessen gegen 13 Uhr; Adventsfeier: Sonnabend, 29. Dezember, 19 Uhr.
Teilnehmen können: Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr. Jugendliche unter 18 Jahren müssen eine schriftliche Einverständniserklärung der Eltern vor Ort im Original oder per Scan bei der Anmeldung einreichen.
Seminarort: Hotel Dworek Dębówko, Dębówko 1, 11-200 Bartenstein [Bartoszyce]
Kosten: Es gibt keine Teilnahmegebühr, aber dafür müssen die Teilnehmer die Reisekosten selbst tragen. Für die allerjüngsten Gäste von drei bis zehn Jahre wird es eine Kinderbetreuung geben.
Haftungsausschluss: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Sach- oder Personenschäden vor, während und nach der Veranstaltung.
Datenschutz: Für die Durchführung der Veranstaltung werden bei Anmeldung Daten erhoben, die nicht an Dritte weitergegeben werden und auf Anfrage nach der Veranstaltung gelöscht werden können.
Veranstalter: Landsmannschaft Ost- und Westpreußen – Landesgruppe Bayern, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg.
Organisation: Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Internet: **www.junge-ostpreussen.de**
Förderhinweis: Dieses Projekt wird aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördert.

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartholmei, **Gisela**, geb. **Scholz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. November
Conrad, **Erwin**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 8. November
Conrad, **Manfred**, aus Lyck, am 7. November
Klesch, **Alfred**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 7. November
Kopka, **Manfred**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 12. November
Kröhnke, **Manfred**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. November
Laskawy, **Alfred**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober
Lilge, **Anorte**, geb. **Möbius**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Luszik, **Irmgard**, geb. **Dombrowski**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 8. November
Posdziech, **Johanna**, geb. **Artschwager**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 8. November
Siebenhandl, **Susanne**, geb. **Nohle**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 11. November
Thiel, **Günter**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bergner, **Helmut**, aus Nickloshagen, Kreis Schloßberg, am 10. November
Biermann, **Annemarie**, geb. **Mueller**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 13. November
Erbuth, **Günther**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 13. November
Fehse, **Heinz**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 13. November
Fortak, **Gertraud**, geb. **Schühler**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 12. November
Hawrylak, **Ruth**, geb. **Klossek**, aus Wehrberg, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Kellner, **Sieghart**, aus Lyck, am 8. November
Kiwitt, **Helga**, geb. **Zielke**, aus Lyck, am 12. November
Kowalski, **Astrid**, geb. **Domnik**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 13. November
Kutz, **Horst**, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 8. November
Meixner, **Lieselotte**, geb. **Pietzenuk**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 7. November
Michalik, **Hedwig**, geb. **Pestkowski**, aus Kallisten, Kreis Mohrungen, am 10. November
Noetzel, **Gerhard**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. November
Olias, **Walter**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 7. November
Pauleit, **Gerhard**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 12. November
Schories, **Irmgard**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. November
Sendzik, **Manfred**, aus Nosewitz, Kreis Mohrungen, am 8. November
Steinacher, **Käthe**, geb. **Dzikonski**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Duschau, **Eva**, geb. **Sakautzki**, aus Skuldeinen, Kreis Elchniederung, am 8. November
Finkhäuser, **Christel**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 13. November
Grünke, **Dagmar**, geb. **Poppek**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Hallung, **Roland**, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 12. November
Hofmann, **Reiner**, aus Treuburg, am 8. November
Jaacks, **Ilse**, geb. **Salewsky**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 12. November
Jera, **Assalinde**, geb. **Jung**, aus Treuburg, am 10. November
Lapschies, **Gerhard**, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 10. November
Richert, **Gerda**, geb. **Lamottke**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. November
Schulz, **Klaus-Jürgen**, aus Osterode, Mackensenstraße 7, am 10. November
Solenski, **Martin**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 12. November
Such, **Klaus**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 12. November
Taday, **Edwin**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Träger, **Gisela**, geb. **Hoffmann**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 10. November
Weinmeister, **Renate**, geb. **Jeworowski**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 8. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Höfler, **Ursula**, geb. **Lenski**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 1. November

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

IBAN-Abgleich bei Geldüberweisungen

Bitte beachten Sie, dass ab sofort **bei sämtlichen Zahlungen an die Preußische Allgemeine Zeitung** als Empfängername die **Landsmannschaft Ostpreußen e.V.** anzugeben ist.

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Zusendungen für die Ausgabe 47/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 47/2025 (Erstverkaufstag 21. November) **bis spätestens Dienstag, den 11. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Persönliches LO-Mitglied werden

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:
Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Preußische Tafelrunde

Pforzheim – Freitag, 28. November, 18 Uhr, Hotel Stadt Pforzheim Bären, Hauptstraße 70: 154. Preußische Tafelrunde mit Karl-Heinz Gast, der als Zeitzeuge von seiner Kindheit in Ostpreußen, Flucht, Vertreibung und dem Leben nach dem Krieg berichten wird. Serviert werden Preußische Kartoffelsuppe, Masurische Bratwurst mit Sauerkraut, und Rote Grütze als Nachspeise. Bitte melden Sie sich bis zum 15. November verbindlich an per E-Mail: kontakt@ostpreussen-bw.de oder per Brief: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim oder unter Telefon (0178) 1744376. Gerne können Sie mit mehreren Personen kommen. Die Reservierung der Plätze wird erst gültig, wenn der Preis für das Essen (25,– Euro) auf das Konto der Landesgruppe überwiesen wurde: Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Baden-Württemberg, IBAN: DE81 6025 0010 0015 2068 44, Kreissparkasse Waiblingen. *Dr. Georg Müller*

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Das Sudetenland

Hof - Bei der Monatsversammlung im Oktober stellte Christian Joachim den Referenten Adolf Markus vor. Der Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft Naila präsentierte seine Heimatregion Sudetenland in einem fesselnden Vortrag. Der Begriff Sudetenland entstand am Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert. Als Sudetendeutsche wurden die Altösterreicher mit deutscher Muttersprache bezeichnet. Deren Siedlungsgebiete waren die „Länder der Böhmischen Krone“, Böhmen, Mähren und Österreich-Schlesien, die bereits seit dem Mittelalter von deutschsprachigen Menschen besiedelt waren. Als historische Gebiete gelten das nördliche und mittlere Böhmen und das Egerland. Die Sudeten mit Erz-, Iser-, Riesen- und Adlergebirge waren Namengeber. Am Gebirgsrand liegt das böhmische Innenland einschließlich tieferer Becken und Ausläufer wie das Böhmische Mittelgebirge. Grenznahe Täler und Flusslandschaften wie das Elbtal mit dem Lausitzer Gebirge im Norden sowie Teilen des Mährisch-Schlesischen Gebietes prägen die Landschaft. Die Bevölkerung war überwiegend deutschsprachig. Daneben gab es eine tschechische Minderheit. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Deutschböhmen größtenteils vertrieben.

Im Sudetenland gab es eine Mischkultur mit deutscher und tschechischer Prägung. Der Kurort Karlsbad sowie die Städte Reichenberg und Brünn galten als wirtschaftliche Zentren. In der Zwischenkriegszeit spielte das Sudetenland eine zentrale Rolle in den Spannungen zwischen Deutschnationalismus und tschechischer Staatspolitik.

Als eigenständige politische Einheit existiert das Sudetenland heute nicht mehr. Die Region gehört zu Tschechien. Erinnerungen der Heimatvertriebenen, Museen und Denkmäler bewahren die Geschichte und die Vielfalt der Region. Das vielfältige Wissen des Referenten, das er mit großformatigen Landkarten visualisierte, begeisterte die Zuhörer. Langanhaltender Applaus belohnte Adolf Markus für seine Mühe. Der Nachmittag ging mit regem Austausch zum Gehörten zu Ende. *Jutta Starosta*

Im Zeichen großer Wertschätzung und Vertrauens Die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene Dr. Petra Loibl, MdL, traf sich im Oktober mit dem Landesvorstand des Bundes der Vertriebenen Bayern und den Landesvorsitzenden der im Freistaat aktiven Landsmannschaften im Bayerischen Landtags. Ein Projekt für das kommende Jahr ist eine Informationsbroschüre „über die ehemaligen deutschen Ostgebiete und die weiteren deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa“, um Wissenslücken zu schließen, so Loibl. Ärger kam auf beim Thema der Fremdrentenregelung. Zu diesem Thema wird die Bayerische Staatsregierung erneut einen Antrag an den Bundesrat stellen, so der BdV-Landesvorsitzende Dr. Christian Knauer *Bild: Marb/BdV*

Brandenburg

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese: Im Havelblick 29, 14089 Berlin, Telefon: (0151) 58705472, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com **Internet:** https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Mitgliederversammlung

Berlin – Sonnabend, 22. November, 13 Uhr, Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Stresemannstraße 90: Führung durch das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung mit anschließender Mitgliederversammlung der LO-Landesgruppe Brandenburg.

13 Uhr, Eingangsbereich: Beginn der Führung durch die Ausstellung mit angefragtem Themenfokus Ostpreußen sowie Erläuterungen zum konzeptionellen Hintergrund des Dokumentationszentrums; 14.30 bis etwa 17.30 Uhr, Obergeschoss: Mitgliederversammlung der LO-Landesgruppe Brandenburg e.V. mit folgender vorläufiger Tagesordnung:

1. Begrüßung, Totenehrung; 2.Annahme der Tagesordnung; 3. Tätigkeitsbericht des Vorstands; 4. Bericht der Schatzmeisterin, Jahresrechnung 2024; 5. Bericht der Rechnungsprüferin für das Jahr 2024; 6. Aussprache; 7. Entlastung des Vorstands für 2024; 8. Vortrag zum Thema 500 Jahre Preußen „Vom Ordensstaat zum Herzogtum“; 9. Verschiedenes; 10. Gedankenaustausch bei Kaffee und Kuchen.

Anträge zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung, Mitteilung über die Teilnahme oder die Nichtteilnahem sowie bei Nichtteilnahme die schriftliche Bevollmächtigung eines anderen Mitglieds gemäß Paragraph 9 Absatz 5 der Satzung, das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung auszuüben, sind bis zum 17. November dem Vorstand zu übersenden.

Interessierte Nichtmitglieder können nach Anmeldung an der Veranstaltung teilnehmen. Nach der Mitgliederversammlung kann die Ausstellung des Dokumentationszentrums individuell besichtigt werden. Für Gäste auch nach Teilen der Veranstaltung. *Hans-Jörg Froese*

Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Auf Spurensuche

Wetzlar – Dienstag, 18. November, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Bodenfeld bei den Tennisplätzen, Bodenfeld 1: Königsberg heute und gestern, Vortrag von Wolfgang Warnat. *Kuno Kutz*

Mitgliederversammlung

Wiesbaden – Sonnabend, 15. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappen-Saal, Friedrichstraße 35: Mitgliederversammlung mit Wahl des Vorstandes und der Kassenprüfer. Zu dieser wichtigen Mitgliederversammlung mit umseitiger Tagesordnung, bei der auch eine Satzungsänderung beschlossen werden soll, sind alle Mitglieder unserer Landsmannschaft eingeladen. Eine hohe Besucherzahl wäre dieser wichtigen Veranstaltung angemessen. Vor dem offiziellen Teil haben wir eine gemeinsame Kaffeetafel.

Rollschiffe und Erntedank

Wetzlar – Autor Wolfgang Post erlebt die Rollschiffe auf dem Oberländischen Kanal während einer Bürgerfahrt der Stadt Herborn im Jahr 2023. Diese Reise mit einem Besuch der deutschen Minderheit thematisierte der Autor beim Treffen in Wetzlar.

Seit 1998 unterhält das mittelhessische Herborn eine Städtepartnerschaft nach Deutsch Eylau, das durch geschichtliche Ereignisse mal West- und mal Ostpreußen zugeordnet worden ist. Heute ist sie Kreisstadt in der Woiwodschaft Ermland-Masuren. Übernachtet hat die Reisegruppe im historischen Sägewerk. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bestand dort das Dampfsägewerk Franz Schlobach, das als Viersternehotel ausgebaut wurde.

Zweifelsohne gehörte die Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal zu den interessantesten Reiseerfahrungen. Dieses einmalige Bauwerk ist ein Wasser- und Schienenweg, der in Rollschiffen an fünf Stellen Höhenunterschiede überwindet. Gebaut wurde der Kanal von 1844 bis 1881, also 37 Jahre lang, und gehört zu den Wunderwerken der Technik. Der 130 Kilometer lange Kanal verbindet mehrere Seen und Städte in Ostpreußen bis Elbling am Frischen Haff, das heute auch durch die Frische Nehrung mit der Ostsee verbunden ist.

In Elbing besuchte Post das örtliche Heimatmuseum, das viele

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

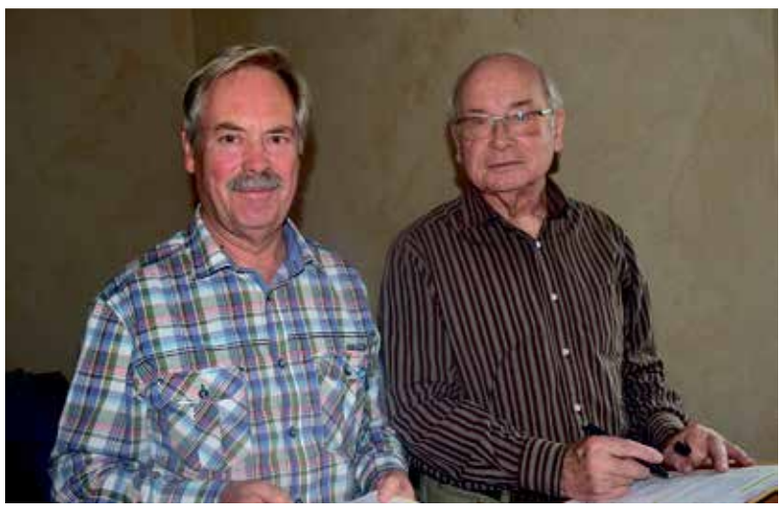
Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Zeugnisse deutschen Lebens bewahrt. Viele Landschaftsbilder unterstrichen die Schönheit der Region. Ein weiterer Besuch galt der größten Backsteinburg der Welt, der Marienburg bei Danzig. Im 13. Jahrhundert vom Deutschen Orden am Fluss Nogat erbaut, ist sie heute ein wahrer Touristenmagnet, der jährlich von mehr als 500.000 Menschen besucht wird.

Das Barockschloss Finckenstein im westpreußischen Landkreis Rosenberg, neben Posen ein weiteres Ziel der Reise, zeugte von einstiger Größe. Heute ist das von Napoleon Bonaparte im Jahr 1807 als Hauptquartier im vierten Koalitionskrieg genutzte Schloss nur eine Bauruine. Eindrücke vom Besuch der Kathedrale von Danzig-Oliwa, wo die Herborner Gruppe ein Orgelkonzert miterlebte, folgten.

Der Vorsitzende Kuno Kutz dankte Post für seinen Vortrag. Weil das Treffen im Oktober stattfand, feierte Kutz mit den Besuchern das Erntedankfest. Dabei sagte er: „An Erntedank entdecken wir: Wachstum und Gedeihen steht in Gottes Hand.“ *Lothar Rühl*



In Wetzlar zu Gast: Wolfgang Post (links) mit dem Vorsitzenden der Landsmannschaft, Kreisgruppe Wetzlar Kuno Kutz *Bild: Lothar Rühl*

Niedersachsen

Vorsitzender: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850, **Bezirksgruppe Lüneburg**: Helmut E. Papke

Vertriebene in SBZ und DDR

Oldenburg – Mittwoch, 12. November, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38: Vortrag von Dr. Torsten Müller, Leiter des Museumsdorf Cloppenburg: „Die Heimatvertriebenen in der SBZ und DDR, Schwerpunkt Ostpreußen und Westpreußen.“

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender**: Joachim Mross, **Schriftführerin**: Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle**: Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail**: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet**: Ostpreussen-NRW.de

Gedenkstunde

Bielefeld – Sonntag, 16. November, 14 Uhr, Bielefelder Sennefriedhof: Gedenkstunde der Ost- und Westpreußen zum Volkstrauertag am Vertriebenenkreuz. Interessierte sind ebenfalls herzlich eingeladen. Nach der Veranstaltung mit musikalischem Rahmenprogramm, Geistlichem Wort und weiteren Programmpunkten besteht die Möglichkeit, an einem gemeinsamen gemütlichen Kaffeetrinken mit Austausch teilzunehmen. *Hans Ulrich Thiele*

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Quiz op Platt

Dresden – Dienstag, 18. November, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Heimatliches Quiz in Platt und Bastelarbeiten. *Edith Wellnitz*

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth- Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Mittwoch, 12. November, 11.30 Uhr, TSB-Heim, Eckernerstraße 24: Wrukenessen mit Vortrag „Enkeltrick“ durch die Polizei Flensburg. Eine Anmeldung ist notwendig.

Flensburg – Sonntag, 16. November, 11.30 Uhr, Kapelle, Am Friedenshügel 24: Volkstrauertag.

Bartenstein

Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Christian von der Groeben

Großrinderfeld – Am 31. Oktober beging Christian von der Groeben seinen 85. Geburtstag, zu dem ihm seine Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein auf das Herzlichste gratuliert. Noch in Königsberg geboren, erlebte der Jubilar seine ersten Lebensjahre auf dem elterlichen Gut in Paßlack, bevor seine Mutter mit ihm und den Geschwistern bei Kriegsende die Flucht in den Westen antreten musste. Sein Vater hat das Kriegsinferno nicht überlebt; er ist bei der Deportation in den Ural verstorben.

BILD: HKG BARTENSTEIN

Immer noch reisefreudig: Christian von der Groeben wurde 85 Jahre

Groeben wurde Berufsoffizier der Bundeswehr und diente über einen Zeitraum von 21 Jahren bei der Panzertruppe und in weiteren Funktionen. Im Anschluss an seine Laufbahn als aktiver Offizier verschrieb er sich der Kommunalpolitik und fungierte über zwei Amtszeiten von insgesamt 16 Jahren als hauptamtlicher Bürgermeister einer Landgemeinde in Baden-Württemberg.

Für die ostpreußische Sache und die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein hat sich Groeben über mehrere Jahrzehnte in unterschiedlichsten Funktionen eingesetzt und dabei auf vielfältige Weise verdient gemacht. Er fungierte als stellvertretender Vorsitzender sowie als Vorsitzender der Heimatkreisgemeinschaft und war immer dann zur Stelle, wenn es die Situation erforderte und zuweilen auch Krisen durchzustehen waren. Seine zahlreichen Reisen nach Ostpreußen haben es bis heute ermöglicht, die Verbindung in die Heimat aufrecht zu erhalten. Mitglieder der deutschen Minderheit wurden dabei ebenso unterstützt wie zahlreiche weitere gemeinnützige Projekte. Hier hat sich Groeben zugleich als engagierter Rotarier eingebracht.

An seinem Tatendrang für weitere Reisen nach Ostpreußen hat sich in all den Jahren nichts geändert, und so brachte der Jubilar selbst es erst vor Kurzem mit den Worten auf den Punkt: „Ich suche immer einen Grund, zu fahren!“ In diesem Sinne wünscht die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein Christian von der Groeben, dass sich auch in Zukunft noch viele solche Gründe finden lassen und ebenso viele Reisen nach Ostpreußen realisiert werden können. Unser Dank und alle guten Wünsche werden ihn dabei auch weiterhin begleiten. *Martin Wormit*

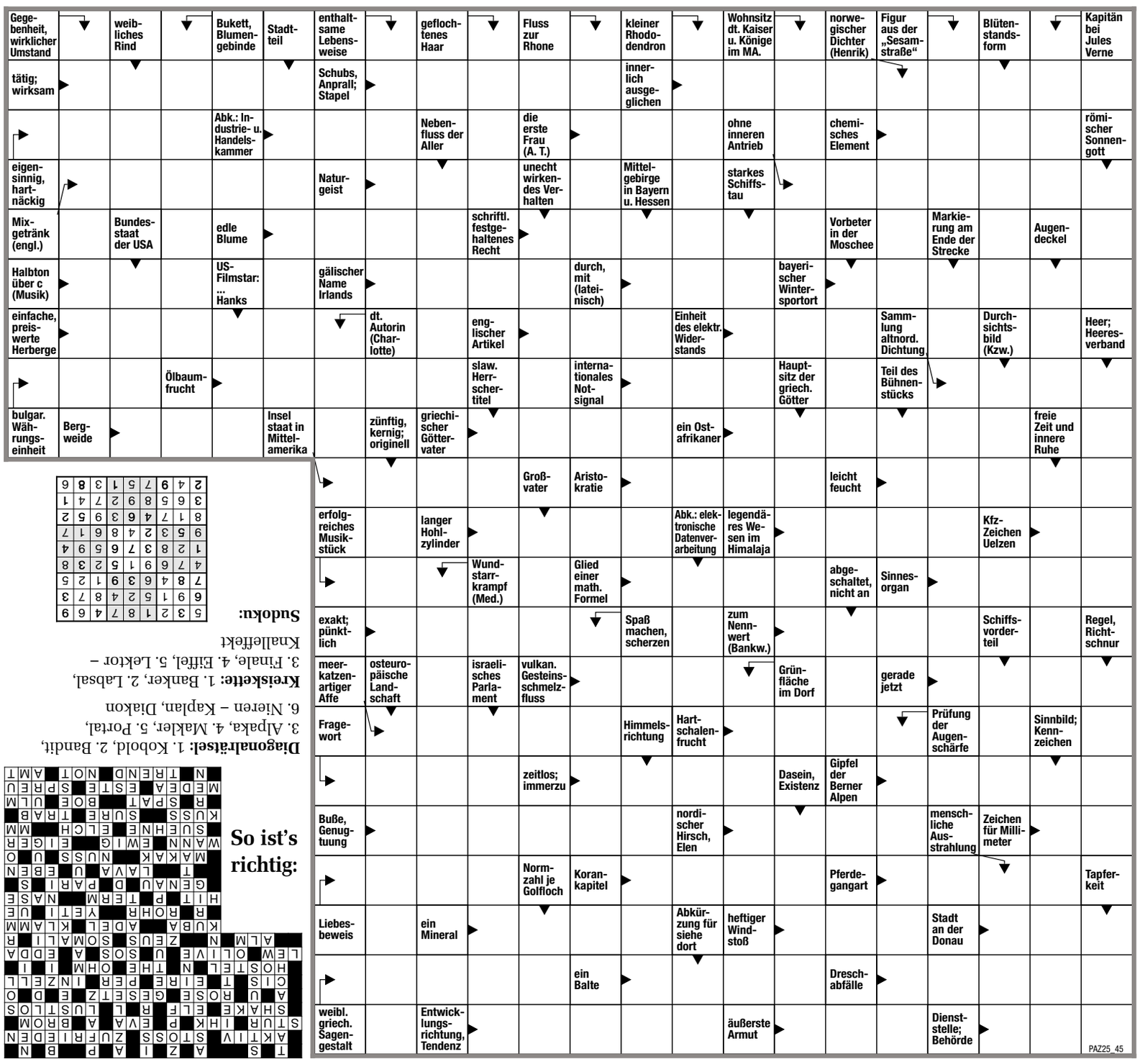
Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Nachruf Marianne Hansen

Seefeld – Das langjährige Vorstands- und Kreistagsmitglied, die Begründerin des Heimatbriefes, Marianne Hansen, ist am 21. August im Alter von 94 Jahren im holsteinischen Seefeld verstorben. Mit ihr verlieren die Kreisgemeinschaft eine treue Ostpreußin und Nordenburgerin, die sich durch ihr

Rätsel

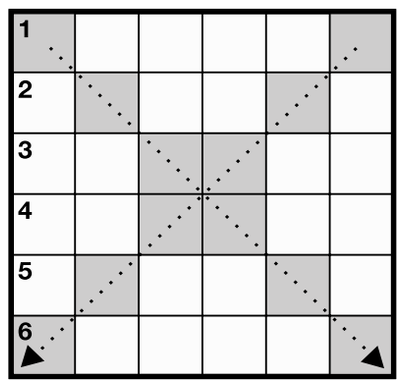


Sudoku

	3		1			4		9
6								3
7	8			3	9			
					5		3	
1			3	7	6			4
	5		2					
			4	6			5	2
3								1
2		9			1		8	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



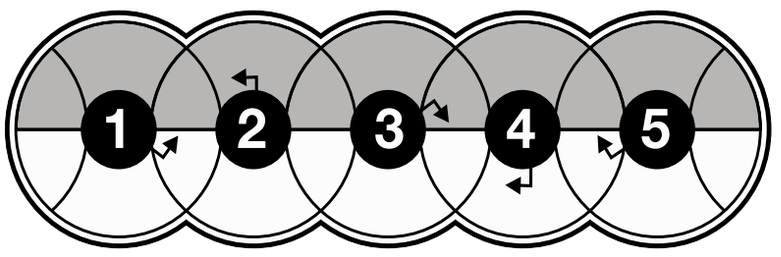
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Geistliche.

1 Hausgeist
2 Räuber, Strauchdieb
3 südamerikanisches Lama
4 Geschäftsvermittler
5 Prachteingang
6 Körperorgan (Mehrzahl)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine verblüffende Wirkung.

1 Angestellter eines Kreditinstituts (ugs.), **2** Erquickung, **3** Endrunde, Schlusskampf, **4** französischer Ingenieur, **5** Manuskriptprüfer



So ist's richtig:

Sudoku:

6	8	3	1	5	7	9	4	2
3	6	5	8	9	2	7	4	1
8	1	7	4	6	3	9	5	2
9	5	3	2	4	8	6	1	7
1	2	8	3	7	6	5	9	4
4	7	6	9	1	5	2	3	8
7	8	4	6	3	9	1	2	5
6	9	1	5	2	4	8	7	3
5	3	2	1	8	7	4	6	9

Kreiskette: 1. Banker, 2. Labsal, 3. Finale, 4. Eiffel, 5. Lektor – Knalleffekt

Diagonalrätsel: 1. Kobold, 2. Bandit, 3. Alpaka, 4. Makler, 5. Portal, 6. Nieren – Kaplan, Diakon

Heimatkreisgemeinschaften

Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen ist ihr zu großem Dank verpflichtet: Marianne Hansen starb mit 94 Jahren *Bild: Rolf Dyckerhoff*

großes Engagement um die Heimatkreisgemeinschaft, den Kreis Gerdauen und ihre Heimatstadt Nordenburg verdient gemacht hat. Mit ihrer Initiative, 1988 den Heimatbrief Kreis Gerdauen ins Leben zu rufen, hat sie die finanzielle Grundlage für die Arbeit und Fortexistenz der Heimatkreisgemeinschaft, die ihr zu großem Dank verpflichtet ist, bis heute gelegt.

Hansen wurde am 19. März 1931 in Jodlauken, Kreis Insterburg, geboren. Im Alter von drei Jahren zog sie mit ihren Eltern nach Nordenburg in das Elternhaus ihrer Mutter in der Grunewaldstraße 56. Hier verlebte sie ihre glückliche Kindheit, besuchte die Grundschule und die Mittelschule bis zur Untertertia.

Am 13. Januar 1945 brachte ihre Mutter sie mit ihren Geschwistern zu Verwandten nach Sachsenhausen bei Berlin. Ihre Mutter musste, um dort in ihrer Gaststätte Soldaten zu verpflegen, nach Nordenburg zurückkehren und verließ den Ort am 20. Januar 1945 mit dem letzten Zug. Sie gelangte über Hela und dreiwöchiger Flucht im Februar 1945 nach Sachsenhausen. Von dort flüchtete die Familie weiter nach Westen und kam Ostern 1945 in Niedersachsen an.

Bis 1950 besuchte Hansen das Gymnasium in Peine und wanderte noch im gleichen Jahr im Rahmen eines internationalen Jugendaustausches nach Stockholm aus. 1966 wechselte sie nach Kapstadt, Südafrika und arbeitete als Erzieherin in einem Internat der deutschen Schule für 32 Schüler ab der 1. Klasse bis zum Abitur. 1978 kehrte sie mit ihrem Mann Henning Hansen und ihren Kindern nach Deutschland zurück. Sie zog nach Gokels im Kreis Rendsburg-Eckernförde und hatte hier von 1984 bis 1987 das Amt der stellvertretenden Bürgermeisterin inne. Seit 1990 lebte sie in dem Nachbarort Seefeld.

Ihrer ostpreußischen Heimat blieb Hansen stets eng verbunden. 1963 trat sie in die Kreisgemeinschaft Gerdauen ein, hier engagierte sie sich bald sehr stark. Neun Jahre lang, von 1986 bis 1995, war sie Kirchspielvertreterin für Nordenburg und gleichzeitig Vorstandsmitglied. 1988 ergriff sie die Initiative, den Heimatbrief neu aufzulegen. Als Redakteurin hat sie in den Jahren von 1988 bis 1995 fünfzehn Heimatbriefe mit je mehreren Tausend Exemplaren erstellt und damit entscheidend dazu beigetragen, die wirtschaftliche Situation der Kreisgemeinschaft auf ein solides Fundament zu stellen. Seit 1995 war sie Mitglied des Ältestenrates und stand uns in dieser Funktion mit Rat und Tat zur Seite. Außerdem verfasste Hansen zwei Bücher über den Heimatkreis. Im September 1994 erschien der Bildband „Kreis Gerdauen – unvergessen“ und im Frühjahr 2000 ihre Dokumentation „Kirchspiel Nordenburg – eine verlorene Kultur“. Für die Zusammenstellung der Broschüren „Gedichte“ und „Flucht und Vertreibung“ war sie ebenfalls verantwortlich.

Eine besondere Herzensangelegenheit war ihr, humanitäre Arbeit im Heimatkreis zu leisten. Nach der politischen Zeitenwende im Osten gab sie in den 1990er Jahren den Anstoß für Hilfstransporte in den Heimatkreis und sicherte durch die Organisation von Wohltätigkeitskonzerten in Rendsburg und Hademarschen die finanzielle Starthilfe für dieses Projekt.

Im Jahr 1995 initiierte Marianne Hansen einen beiderseitigen Schüleraustausch zwischen den Schulen in Hanerau-Hademarschen und Nordenburg, der im Rhythmus von zwei Jahren durchgeführt wurde. Insgesamt sechs Mal begleitete Hansen den Austausch nach Nordenburg. Einschließlich der vielen Hilfstransporte besuchte sie fünfzehn Mal ihre Heimatstadt, wo sie große Anerkennung seitens der jetzt dort lebenden russischen Einwohner erfuhr.

Ihr selbstloses Wirken wurde 1989 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen und 1994 mit der Bismarck-Erinnerungsmedaille in Silber des Bismarckbundes gewürdigt. In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verlieh ihr die Landsmannschaft Ostpreußen am 13. März 2004 das Goldene Ehrenzeichen. Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen zeichnete Hansen 2009 mit dem Silbernen Ehrenzeichen aus.

Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e.V., Vorstand und Kreistag

Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.
Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim
Memel-Stadt

Treffen der Memelländer

Mannheim - Donnerstag, 27. November, 12.30 Uhr, Bürgerhaus (Pflug), Unterdorfstraße 2, Heddesheim: Treffen zum Jahresende mit Mittagsimbiss, Vorträgen und Berichten, Kaffee und Kuchen.

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stennweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.**: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Geschäftsstelle

Osterode am Harz – Die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. ist bis auf Weiteres nur per E-Mail: kgoev@web.de zu erreichen.

Wehlau

Kreisvertreterin: Margot Löwe, Weitzelstraße 9, 09648 Mittweida, Telefon (03727) 5165, E-Mail: margot.loewe@web.de
Stellvertreter: Dirk Reinsberg, Waldstraße 5, 25524 Itzehoe, Telefon (0157) 5206 8397, E-Mail: reinsbergd@web.de
Internet: www.kreis-wehlau.de

Buchveröffentlichung

Bremen – Anfang Oktober stellte Ute Bäsmann auf dem Wehlauer Kreistreffen ihr neues Buch „Flucht, Vertreibung, Rückkehr“ vor. Darin berichten vertriebene Altbürger von ihren Erlebnissen in der Heimat bis 1948 und ihre Ankunft im Westen. Gleichfalls erzählen russische Neubürger über ihre Anfänge in Ostpreußen. Welche Gefühle haben Menschen, die nach so vielen Jahren ihre Heimat wieder betreten durften? Auch über die Bildung der Kreisgemeinschaften und die Patenstädte wurde berichtet. Wie hat es sich im gesamten Königsberger Gebiet zugetragen? Das Buch ist im Kellner Verlag, Bremen, erschienen.

Margot Löwe

OL.

Ostpreußisches Landesmuseum

Donnerstag, 13. November, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Künstlerische Drucktechniken, Kinderclub mit Joanna Margner**.

Es gibt sehr viele verschiedene künstlerische Drucktechniken. In diesem Kinderclub haben die Kinder die Gelegenheit, einige davon in den Ausstellungen kennenzulernen. Sie erfahren, wie diese Techniken funktionieren und warum viele Künstlerinnen und Künstler lieber drucken als malen. Im praktischen Teil können die Kinder selbst aktiv werden und die eigenen Motive in unterschiedlichen Drucktechniken herstellen.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose MuseumsKinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-lg.de jederzeit möglich.

THEODOR GOTTLIEB VON HIPPEL

Ein Karriere-Überflieger aus Ostpreußen

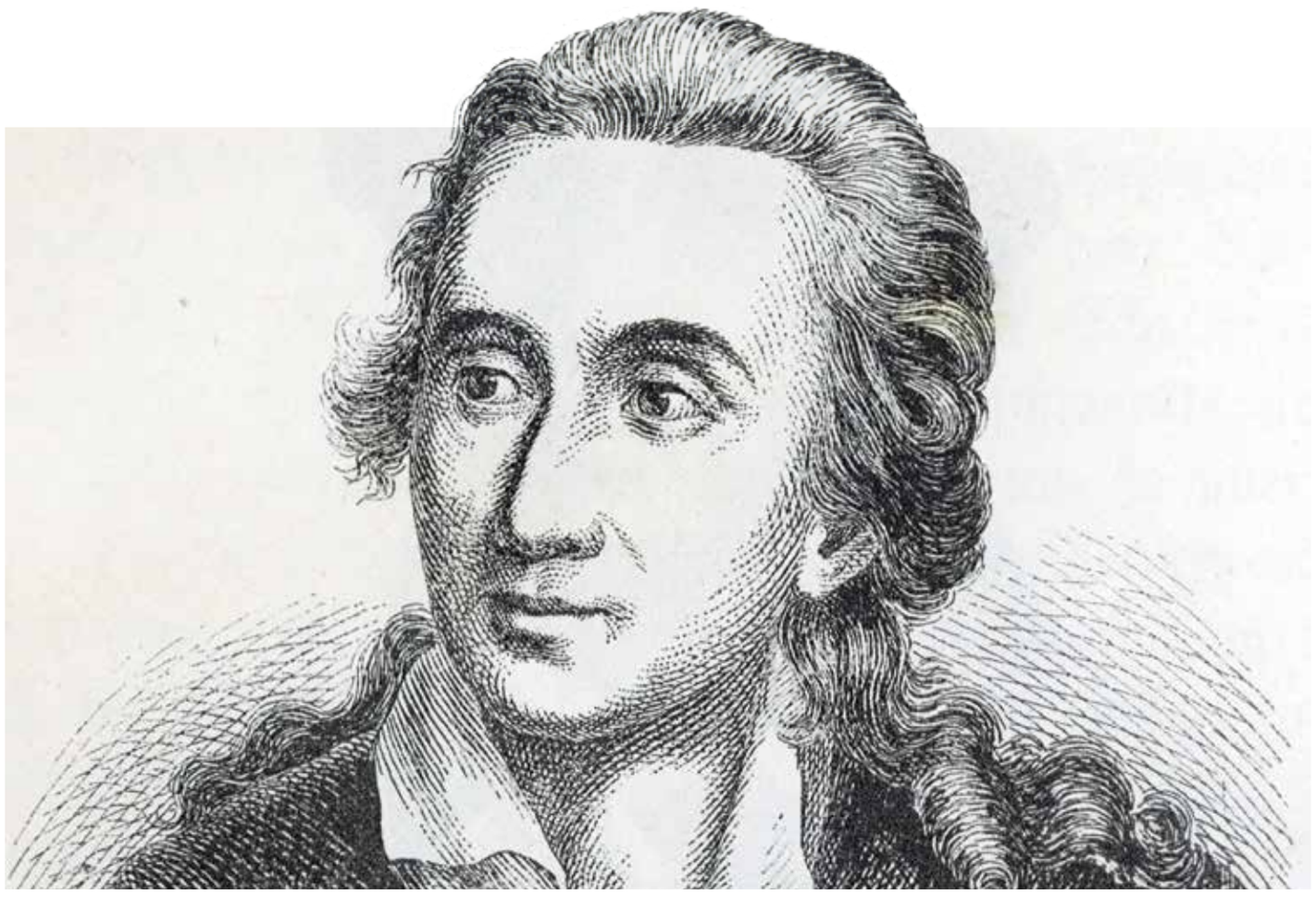
Der Alleskönner sammelte Titel, legte eine echte Bilderbuchkarriere hin und initiierte zudem die Emanzipation der Frauen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Er war eine ebenso erfolgreiche wie zwiespältige Persönlichkeit und daher ein Mann mit vielen Gesichtern: Der Ostpreuße Theodor Gottlieb von Hippel wurde am 31. Januar 1741 in Gerdauen geboren und sollte zu einem wahren Shootingstar seiner preußischen Ära werden. Denn dem Sohn eines Dorfschullehrers gelang der Aufstieg vom Theologie- und Jurastudenten bis zum „Dirigierenden Bürgermeister“ und Polizeidirektor von Königsberg, wonach Friedrich der Große ihm auch noch die Titel Stadtpräsident und Geheimer Kriegsrat verlieh.

Diesen Auszeichnungen folgte dann 1790 unter König Friedrich Wilhelm II. auch noch die Erhebung in den Reichsadelsstand. Außerdem amtierte Hippel als Meister vom Stuhl der Königsberger Dreikronenloge, einem Ableger der Berliner Freimaurerloge „Zu den drey Weltkugeln“, die Preußen, Russland und Polen unter dem „Banner der Vernunft“ vereinen wollte. In der Loge traf er wenig später auf den russischen Offizier Hendrik von Keyser, den er an den Hof in Sankt Petersburg begleitete. Dort lernte der aus bescheidenen Verhältnissen stammende Ostpreuße das Leben der vornehmen Kreise kennen, wodurch in ihm der innige Wunsch erwuchs, selbst bald ein solches Leben führen zu können. Daher gab er das Theologiestudium an der Universität Königsberg kurz vor den Abschlussprüfungen auf und schlug stattdessen die juristische Laufbahn ein.

Durch seinen Scharfsinn und sein Rednertalent avancierte Hippel vom einfachen Assessor bis zum Hofhalsrichter und Direktor des Königsberger Kriminalgerichts, was ihm nebenher auch ein beträchtliches Vermögen eintrug. Nachdem er zugleich noch wichtige Ämter in der Königsberger Stadtverwaltung übertragen bekommen hatte, begann von Hippel mit der Reorganisation des Armenwesens im Sinne der Aufklärung. Das wiederum bescherte ihm die Teilnahme an den Tafelrunden des großen Philosophen Immanuel Kant, der Hippel anerkennend als „Centralkopf“ bezeichnete.



Theodor Gottlieb von Hippel – hier eine historische Illustration des Ostpreußen aus Otto von Leixners „Illustrirte Geschichte des deutschen Schrifttums“, Leipzig und Berlin 1880 *Bild: mauritius images/Olf/imageBROKER*

Reibung am bissigen Humor

Wovon die Zeitgenossen lange nichts wussten, das war die konträre schriftstellerische Zweitnatur Hippels, die er nach Kräften verbarg oder gar vehement leugnete. Während der Jurist intensiv nach Ämtern, Titeln und Reichtum strebte, tadelte er derlei Tun in seinen Werken. Ebenso machte sich der hochrangige Freimaurer auf vielerlei Weise über das Logenwesen und die Geheimgesellschaften in Preußen lustig. Dabei beschritt von Hippel nicht selten neue künstlerische Wege: Mit seinem dreiteiligen Roman „Lebensläufe nach Aufsteigender Linie nebst Beylagen A, B, C“ begründete er die literarische Modewelle der Ich-Erzählungen. Das ebenfalls dreibändige humoristische Werk „Kreuz- und Querzüge des Ritters A bis Z“ war die Wiederbelebung des Sujets der Donquichotterie, in dem der Konflikt zwischen Phantasterei und gesundem Menschenverstand im Zentrum stand. Allerdings stießen sich die Kritiker schon beizeiten an Hippels Humor, dem es angeblich an „ächter Gemüthswärme“ fehlte, sowie am „Herben, Säuerlichen“ seiner Schriften. Geradezu schizophren wurde es, als der eingefleischte Junggeselle 1774 das Traktat „Über die Ehe“ vorlegte, welches er bis 1793 dreimal überarbeitete und 1792 zudem noch durch die Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber“ ergänzte.

Schwierige Doppelrolle

In beiden Texten pries Hippel die ihm selbst nur vom Hörensagen bekannten, angeblichen Vorzüge des Ehelebens und sprach sich darüber hinaus gegen patriarchalische Hierarchien im Verhältnis zwischen Mann und Frau aus. Dadurch gilt der Ostpreuße heute als führender deutscher Wegbereiter der Frauenemanzipation, dessen Texte quasi kanonische Natur besitzen.

Sein Doppelleben als Karrierebeamter und freidenkender Autor, das ihn fortwährend zwang, sich hier und da zu verstellen, belastete Hippel letztlich erheblich. Dazu kam schließlich noch die gesellschaftliche Isolierung, nachdem die geheime publizistische Tätigkeit zum Teil doch aufgeflogen war. Viele seiner Freunde und Gesprächspartner fanden es gar nicht amüsant, zu seinen Spottgestalten geworden zu sein. In dieser Situation berief Friedrich Wilhelm II. Hippel 1794 nach Danzig, wo er die durch die Zweite Polnische Teilung an Preußen gefallene Stadt in den Organismus der Verwaltung des Königreiches einfügen sollte. Dies resultierte aus einer Initiative des Reformers Friedrich Leopold Reichsfreiherr von Schrötter sowie dem Umstand, dass der Jurist von Hippel an der Erarbeitung des eben gerade in Kraft getretenen Allgemeinen Preußischen Landrechts mitgewirkt hatte.

Entfernen brisanter Schriften

In Danzig jedoch verschlechterte sich der Gesundheitszustand Hippels plötzlich rapide. Ihn befiel „eine böse Entzündung“, die am Ende zum Verlust des rechten Auges führte. Daraufhin kehrte er zur Freude der einfachen Stadtbevölkerung nach Königsberg zurück, um sich zu erholen – vergebens. Hippel starb am 23. April 1796 im Alter von erst 55 Jahren „an der Brustwassersucht“.

Der Königsberger Stadtpräsident wurde wunschgemäß auf dem Armenfriedhof am Steindammer Tor beerdigt. Später gelangten seine sterblichen Überreste auf den sogenannten Gelehrtenfriedhof auf dem Alten Neuroßgärter Friedhof. Als Alleinerbe und Nachlassverwalter fungierte Hippels gleichnamiger Neffe, der einige besonders brisante unveröffentlichte Schriften über die Freimaurer verschwinden ließ.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Oberschlesiens erstes Museum wird 120 Jahre alt

Alle nationalen Wendungen der Zeit als eigener Forschungsauftrag

Das Museum zu Gleiwitz [Gliwice] feiert 120. Geburtstag und zeigt bis Ende November eine Jubiläumsausstellung. Diese erzählt von der „Bewahrung der Erinnerung trotz Einschränkungen durch herrschende Systeme sowie der beruflichen Professionalität der Museumsmitarbeiter“, so Kurator Daian Recław.

1903 wurde während einer Tagung des Gleiwitzer Kriegsveteranenvereins zu dessen 30. Jubiläum beschlossen, ein Militärmuseum zu gründen. An der Spitze dieses Vereins stand Artur Schiller (1858–1945), Richter am Bezirksgericht. „Als Richter Schiller dem Gleiwitzer Bürgermeister Hermann Mentzel die Museumsidee der Kriegsveteranen vorstellte, sagte dieser, dass er in Gleiwitz eher ein allgemeines Museum sehen würde“, so Recław. Diese Einrichtung sollte alles Wichtige aus dem oberschlesischen Industriegebiet sammeln. Bürgermeister Mentzel, der von 1899 bis 1912 im Amt war, habe Schiller an den Geistlichen und Historiker Johannes Chrząszcz (1857–1928) aus Peiskretscham (Pyskowice) verwiesen. Er soll ebenfalls die Gründung eines solchen Museums in Gleiwitz angeregt haben.

Der slawische Name Chrząszcz trüge, berichtet Recław, denn „er war ein überzeugter Preuße. Jede Versammlung beendete er mit einem Trinkspruch auf den Kaiser und betrachtete die polnischen Aufständischen in Oberschlesien als Banditen. Chrząszcz war Herausgeber der Zeitschrift ‚Oberschlesische Heimat‘ und Pfarrer in Peiskretscham und hatte keine Zeit, sich um die Gründung eines Oberschlesischen Museums zu kümmern. Deshalb wurde Schiller zum Hauptinitiator dieses Museums.“

Am 22. März 1905 wurde das Hotel „Deutsches Haus“ am Gleiwitzer Ring der Sitz des Oberschlesischen Museums. Im Frühjahr 1934 zog die Sammlung in die Villa Caro in der Niederwallstraße um. 1945 wurde daraus ein polnisches Stadtmuseum. Heute gehören vier Standorte dazu: das Piastenschloss, der Sender Gleiwitz, die Eisengießerei und die Villa Caro als Hauptsitz. Dort wird im Untergeschoss die innovative Jubiläumsausstellung präsentiert.

BILD: WAGNER

Kurator Recław berichtet aus der 120-jährigen Geschichte des Museums

Ein Museum ohne Konkurrenz

Recław gehört zu den ältesten Museumsmitarbeitern, und weil er Oberschlesier aus der Gegend von Pless [Pszczyna] sei, kenne er die oberschlesische Seele gut – eben auch die deutsche. Er sei froh, dass man heute positiv über das deutsche Erbe Oberschlesiens berichten darf. „Das Hotel Deutsches Haus war ein Wahrzeichen des Deutschtums. Zur Jahrhundertwende als Symbol preußischer Herrschaft erbaut, war es ein Prestigeobjekt, in dem Versammlungen und Bälle stattfanden. 1905 feierten dort hohe Beamte, Bürgermeister anderer Städte, der Vorsitzende des Verbandes der Synagogen Oberschlesiens und Industrielle die Gründung des Oberschlesischen Museums“, berichtet Recław. Die Gleiwitzer waren stolz auf ihre Einrichtung, „da es das erste Museum im gesamten industriellen Oberschlesien war. Es gab kein Museum in Kattowitz [Katowice], keines in Beuthen [Bytom] und lange Zeit gab es auch kein Museum in anderen Städten.“

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde ein neuer Direktor des Museums ernannt, denn „Artur Schiller war aufgrund der politischen Lage in Schlesien und wegen der polnischen Aufstände verzweifelt. Außerdem war sein Sohn an der Ostfront gefallen. Schiller kehrte in seine Heimatstadt Bunzlau [Bolesławiec] zurück, wo er noch ehrenamtlicher Leiter des dortigen Museums war, bis er 1945 starb.“

Ins Oberschlesische Museum wurde der Kunsthistoriker Franz Heinevetter (1885–1949) aus Erfurt geholt. Im Jahr 1933 wurde das Museum dann an einen neuen Standort, nämlich in die einstige Villa von Oscar Caro, verlegt.

Als Recław vor 37 Jahren seine Arbeit im Museum aufnahm, „war die Erzählung noch die, dass die polnische Bevölkerung allein diese Kulturlandschaft erschaffen hätte. Die Volksrepublik Polen hat den Beitrag des preußischen Staates an der Entwicklung Oberschlesiens verleugnet.“ Der Kurator berichtet, dass damals die Legende kursierte, „Heinevetter habe polnische Objekte vernichten wollen. Man fand nämlich im Museumskeller unter der Kohle verschüttete polnisch beschriftete Zunftkisten. Direktor Heinevetter hat die Polen nicht besonders gemocht, denn sie hatten einen Teil Deutschlands gestohlen, nämlich einen Teil Oberschlesiens“, erklärt er. „Es ist schwer, ein Volk zu mögen, das dir ein Stück Land stiehlt, aber er zerstörte keine Museumsstücke. Soweit ich weiß, ließ er diese Kisten in den Keller bringen, um sie vielmehr vor den fanatischen Nazis zu verstecken und vor der Zerstörung zu retten.“

Zerstörungen habe es im Museum erst nach dem Krieg gegeben, bedauert Recław, „zum Beispiel eine schöne Sammlung von Helmen und Fahnen. Auch der einzige deutsche Museumsmitarbeiter, der Archäologe Anton Skalnik, von einer Frau aus dem Museum zu Beuthen denunziert, wurde aus diesem Museum verbannt. Der Grund: Er habe die Urgeschichte aus deutscher Sicht dargestellt.“

Chris W. Wagner

DICHTER-EHRUNG

Ernst Moritz Arndts Zeit in Bonn

Wenn Heimat verbindet: Zwei Pommern fanden im Rheinland in tiefer Freundschaft zusammen

VON TORSTEN SEEGERT

Vielen ist der Kösliner Journalist Hermann Grieben sicher nicht mehr bekannt. Doch ihn, der 1850 Redakteur der Stettiner „Ostsee-Zeitung“ war und ab 1853 für die „Pommersche Zeitung“ arbeitete, verband eine Freundschaft mit dem Rüganer Ernst Moritz Arndt (1769–1860). Reichte sein Wissen um Arndts Schriften bis in die Jugend zurück, so besuchte er ihn ab 1854 in Bonn mehrfach persönlich.

Ausgestattet mit „Gruß und Handschlag“ durch Bürgermeister Braun, der 1848 als „Abgeordneter aus Hinterpommern“ die Seinen in der Frankfurter Paulskirche vertrat, empfing ihn „Vater Arndt“ in seinem Baumgarten als „lieben pommerschen Landsmann“. Dass viele seiner pommerschen Freunde bereits tot waren, kommentierte er knapp: „Ja, und ich stehe schon in meinem fünfundachzigsten, ich überlebe sie alle.“

Grieben, der begeistert Arndts Buch „Wanderungen aus und um Godesberg“ gelesen hatte, war bei seiner Reise durch das Rheinland vor allem auf das Ahrtal gespannt. Arndt bestärkte ihn dabei und meinte: „ … das müssen sie sehen, das ist ein großer reicher Paradiesgarten Gottes.“ Auch wenn dieser erste zehnminütige Besuch des pommerschen Journalisten bei Arndt in Westdeutschland von kurzer Dauer war, so sollten doch weitere folgen.

Heute kaum vorstellbar: Als im Oktober 1856 die Greifswalder Universität ihr 400. Gründungsjubiläum begehen wollte, lud sie auch Arndt ein. Altersbedingt musste er diese Einladung zwar abschlägig beantworten, doch war er sehr angetan davon, dass er als Repräsentant der philosophischen Fakultät schon zu Lebzeiten seinen Platz auf dem Denkmal finden sollte. Er schrieb: „Ich habe nach dem Ruhm eines ehrlichen Mannes gestrebt. Will man durch das Denkmal in mir eine gewisse Beständigkeit und Festigkeit des Lebens ehren, was man den nordischen altsächsischen pommerschen Charakter nennt, so ist das eine Ehre, die ich mit Stolz annehme, mit dem Stolz ein Sohn Pommerns zu sein.“

Diese eher bescheidene, aber selbstbewusste Äußerung veranlasste den Journalisten Grieben in der „Pommerschen Zeitung“ eine ausführliche Beschreibung von Arndts Leben und einen Bericht der Jubiläumsfeier der Universität, bei der auch der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zugegen war, zu veröffentlichen und diese im Anschluss an Arndt nach Bonn am Rhein zu senden.

Teil des Rubenow-Denkmals in Greifswald: Ernst Moritz Arndt fand schon zu Lebzeiten Platz auf dem Denkmal vor der Universität *Bild: Wikimedia*

Grieben, der 1858 zu einem Ausflug auf die Insel Rügen aufbrach, äußerte zu einem Wanderer, der ihn dabei auf den Rugard begleitete, dass, wenn dereinst Arndt ein Denkmal gesetzt werden würde, es dort seinen Platz finden solle. Auch wenn er die Vorstellung hatte, es könne wie das Hünengrab auf dem Dobberworth bei Sagard aussehen, so ist der nun auf dem Rugard befindliche Arndt-Turm sicher angemessen.

Mit dem Ruf Griebens in die Redaktion der „Kölnischen Zeitung“ sollte dann aus dem bereits bestehenden Briefkontakt des Kösliners zu Arndt eine noch engere Bindung zu dem Publizisten und seiner Familie werden. Dies ergab sich auch dadurch, dass der Sohn von Arndt, Roderich, einer von Griebens neuen Kollegen war – beide, Hermann und Roderich, verband zudem eine Verehrung des Dichters und Philosophen Dante.

„Willkommen, mein lieber Doctor, in meinem Hause! Sie bringen mir Grüße aus der Heimat, und das Beste, sich selbst. Roderich hat mir schon von Ihnen erzählt und ich habe sie längst erwartet!“ So herzlich wurde er nun wieder im Haus „Lülo“ in Bonn am Rhein von dem fast 90 Jahre alten Arndt in seiner lebhaften Weise mit seinen durchdringenden Augen begrüßt.

Zwei Pommern am Rhein

Nach einem kurzen Austausch zu Dichtung und Versmaß des Kösliners blieb Arndt in einem sprudelnden Redefluss, den zu unterbrechen es nicht lohnte. Und so kam er auch bald auf Griebens Herkunft – Köslin – zu sprechen und was Arndt damit verbinde: „Ich kenne die Stadt auch, aber bloß von weitem. Als ich von Schweden kam (1809), wanderte ich auf die Düne; da habe ich überm See den Gollenberg und überm Walde den Kirchturm gesehen. Das war Cöslin…“

Grieben staunte wegen Arndts Erinnerungskraft. Doch bevor er etwas sagen konnte, packte Arndt ihn am Arm, um ihn in den kleinen Hintergarten zu ziehen und ihm das schöne Siebengebirge zu weisen. Sie sprachen noch über Bürgermeister Braun und den Geschichtsschreiber der Befreiungskriege, Heinrich Beitzke – und schnell war die Zeit vorüber. Arndt nahm zum Abschied noch einmal beide Hände.

Das darauffolgende Treffen zwischen Grieben und Arndt wurde durch einen Todesfall im Umfeld Griebens überschattet. Arndt wusste wohl, wie ihm zumute war. Schließlich ertrank 1834 sein jüngster Sohn Wilibald im Rhein, und auf seinem Grab hatte er damals extra eine Eiche aus der Heimat, von der Insel Rügen, pflanzen lassen. Er, der zudem vieles kommen und gehen sah, sprach Grieben in dieser Situation wieder Mut zu: „Ich weiß, lieber Freund; aber Muth, Muth und immer den Kopf obenauf. Immer grad gestanden! So zwingt man auch den bittersten Schmerz.“

Es entwickelte sich eine echte Freundschaft und Verbundenheit zwischen Grieben und Arndt. Und nachdem Weihnachten 1859 der 90. Geburtstag von Arndt gefeiert wurde und Orden, Korrespondenz und Blumen das Haus „Lülo“ geflutet hatten, schaute auch Grieben am 30. Dezember beim Jubilar noch einmal rein, um mit einem stillen Händedruck zu übermitteln, was er selbst nicht in Worte kleiden konnte. Arndt darauf: „Man hat mich Überalten zu hoch gestellt, ich habe ja so viel Ehre und Glück nicht verdient.“

Grieben hatte ihn nicht mehr wiedergesehen. Am 29. Januar 1860 schlief der hochbetagte Pommer in der Mittagsstunde ein. Am 1. Februar nachmittags wurde Arndt – begleitet von unzähligen Trauernden, unter denen sich auch Grieben befand – zu Grabe getragen. Arndts selbstgedichtetes Grablied erklang. Dann fand er seine letzte Ruhe auf dem Alten Friedhof in Bonn unter der Eiche, die er 1834 selbst pflanzte – neben seinem Sohn Wilibald.

Bitter: Die heutige Universität Greifswald hieß einst Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Diesen Namen hat sie jedoch 2017 abgelegt.

NOSTALGIE

Mit Volldampf über die herbstliche Ostseeinsel

Erinnerung an längst vergangene Zeiten – Der unvergleichliche Klang der „Bullen“ begeisterte die Besucher

Es war recht frisch am Wochenende des 18. und 19. Oktober, doch die Eisenbahn-Liebhaber ficht das nicht an. Die Rügener Bäderbahn bot an diesem Wochenende eine Veranstaltung, die das Herz der Dampflok-Fans höherschlagen ließ.

Es standen die Dampfloks der Baureihe 99.77-79, besser bekannt als Neubauloks oder „Bullen“ im Rampenlicht. An diesem Wochenende kamen mehrere Lokomotiven gleichzeitig zum Einsatz und sorgten für eindrucksvolle Begegnungen. Extra hierfür wurde auch der Reichsbahn-Traditionszug im planmäßigen Verkehr mit eingesetzt. Ausgewählte Züge fuhren sogar mit Vorspann, also mit doppelter Dampfkraft, ein ganz besonderes Erlebnis! Auch an die Fotofreunde wurde gedacht. Vor der Betriebswerkstatt in Putbus gab es eine besondere Fotoaufstellung der Loks, perfekt um einzigartige Motive einzufangen. Sicher kamen alle auf ihre Kosten, egal ob als Mitfahrer in den Traditionszügen oder beim Entdecken der speziellen faszinierenden Technik. Denn jede Lokomotive hat auch eine ganz besondere Geschichte zu erzählen.

Die Dampflok 991782-4: Überall wo Dampfloks unterwegs sind, finden sich zahlreiche Liebhaber der alten Technik ein *Bild: YouTube*

Wunderbar, dass die „Rügensche BäderBahn – Rasender Roland“ es auf ihrer Kleinbahnstrecke ermöglicht, das ganze Jahr über nostalgische Bahnfahrten zu erleben. *Brigitte Stramm*

Für alle, die nicht dabei sein konnten: Ein Youtube Mitschnitt des Kanals „Dampfzüge in Norddeutschland“

MELDUNGEN

Briefmarke, Sturm und Bahnmuseum

Stettin – Während Halloween als US-Brauch diesseits und jenseits der Oder Pommern einte, war letzten Freitag der Reformationstag in Vorpommern und Allerheiligen in Hinterpommern Feiertag. Letzteres war verbunden mit stockendem Verkehr besonders bei den Friedhöfen in Stettin, Pyritz und Stolp. *TS*

Zoppot und Heringsdorf – Das Museum Zoppot und die Kaiserbäder haben eine Publikation zum Schwerpunkt der Bäderarchitektur veröffentlicht. Die 309 Seiten umfassende Dokumentation unterstreicht die Bestrebungen, ihre Bäderarchitektur mit einem Unseco-Titel zu adeln. *TS*

Swinemünde – Am 26. Oktober hatten an der Swine Fahrradfahrer Vorfahrt. Für die Dauer der 24. Aktionsfahrt Fahrradbegeisterter durch Swinemünde war ein Teil der Stadt gesperrt worden – „Ein Paradies für Radler, eine Tragödie für Autofahrer“, scherzte ein Anwohner. *TS*

Kasnevitz – Der in Cammin geborene Schriftsteller Uwe Johnson (1934–1984) steht im Zentrum des Dokumentarfilms des Stettiner Filmemachers Volker Koepp „Gehen und Bleiben“ (2023), der am 7. November um 19.30 Uhr im Dorfhaus Kasnevitz gezeigt wird. Eintritt: 5 Euro. *TS*

Belgard – Fünf Kilometer nordwestlich von Belgard ist in Komet, einem Ortsteil von Redlin, am 29. Oktober der Ausbruch der Newcastle-Krankheit (ND) festgestellt worden. Die hochansteckende Tierseuche erzeugt bei Vogelarten Durchfall, Atemnot und Apathie. Die Krankheit ist auch für Menschen ansteckend. *TS*

Greifswald – Der Sternwartenverein gibt anlässlich des 100. Jubiläums der Sternwarte der pommerschen Universitätsstadt eine Briefmarke zu Ehren des Astronomie-Professors Manfred Schukowski (1928–2025) heraus. Der Stralsunder war unter anderem Autor des DDR-Astronomie Buches für die 10. Klasse. Außerdem gilt er als Fachmann für europäische Großuhren, wie die in Rostock. *TS*

Köslin – Nachdem der Deutsche Wetterdienst (DWD) am 30. Oktober vor heftigen Sturmböen an der Küste warnte, aber die Wirkung in Vorpommern mild blieb, kam es in Hinterpommern zu Überschwemmungen, umgeknickten Bäumen und Verkehrsbehinderungen. Köslins Friedhof wurde geschlossen. *TS*

Demmin – Mitglieder des örtlichen Heimatvereins haben ein Eisenbahnmuseum in der Bahnhofstraße eröffnet – so soll auch ein Teil der lokalen Technikgeschichte im Bewusstsein bleiben. Das Museum soll schrittweise erweitert werden, um bahnbegeisterte Besucher anzuziehen. Es könnte auch Thema im „Talk vor Ort“ des NDR am 10. November um 20 Uhr in der Beermann-Arena sein. *TS*

Rummelsburg – In der vergangenen Woche wurde ein Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien im Bereich des Allgemeinen und Technischen Gymnasiums Rummelsburg eingeweiht. Schüler der Schule absolvierten 2025 auch Praktika in Valencia über das Erasmus-Programm. *TS*

„Potential der preußischen Tugenden geht verloren“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Vielen Dank für den hochinteressanten Artikel über Conrad Ferdinand Meyer aus Anlass seines 200. Geburtstages!“

Bernd Gerwanski, Diepholz
zum Thema: Kein Sinn fürs „Lumpenvolk“ (Nr. 41)

Ausgabe Nr. 44

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

NARRENFREIHEIT FÜR POLITIK

ZU: DIE BILANZ EINES GEWOLLTEN NIEDERGANGS (NR. 43)

Nach dem Lesen dieses Beitrags wurde mir das ganze Ausmaß des Schadens, den dieser Mann (Robert Habeck, d. Red.) verursacht hat, noch einmal richtig bewusst. Politiker leisten zum Amtsantritt einen Amtseid, in dem sie sich verpflichten, Schaden vom Volk abzuwenden und nicht den gewollten Niedergang zu inszenieren. Was ist dieser Amtseid wert, wenn Verstöße gegen ihn nicht juristisch verfolgbar sind, weil eine entsprechende Sanktion gesetzlich beziehungsweise verfassungsrechtlich nicht geregelt ist?

Es wurde also eine Narrenfreiheit formuliert, die sie faktisch unangreifbar macht. Die Geschädigten, das Volk, muss diesen Personen dann noch einen absolut unverdienten schönen Lebensabend finanzieren. Ungerechtigkeit ist also Teil unserer Demokratie, die wir verteidigen sollen. Nein, danke, fällt einem dazu nur ein. *Ulrich Bohl, Berlin*

WIE EIN HALBGOTT IN GRÜN

ZU: DIE BILANZ EINES GEWOLLTEN NIEDERGANGS (NR. 43)

Robert Habeck hat seinem ungeliebten Deutschland in seinem Amt als Bundeswirtschaftsminister den bisher größten Bärendienst der Nachkriegszeit in etwas mehr als drei Jahren angetan.

„Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“ Wenn ein Robert Habeck so redet, dann kann man das alles verstehen, was er uns und unserem Deutschland mit seinem Klima-Irrsinn angetan hat.

Keiner hat ihn gestoppt beziehungsweise wollte ihn stoppen. Die Grünen verehren ihn sogar weiterhin wie einen Halbgott in Grün. Schlimmer finde ich jedoch die Tatsache, dass die aktuelle Regierung aus SPD und Union mit dieser Habeckschen Politik einfach weitermacht.

Riggi Schwarz, Büchenbach

BILLIGE HETZE?

ZU: DIE BILANZ EINES GEWOLLTEN NIEDERGANGS (NR. 43)

Man kann Wirtschaft und Ökonomie aus verschiedenen Blickwinkeln beurteilen, aber es ist an Unkenntnis nicht zu überbieten, den „Niedergang“ der deutschen Wirtschaft Herrn Habeck in die Schuhe schieben zu wollen.

Es ist wohl heutzutage zu viel verlangt, dass Journalismus sachlich bleibt, und normal geworden, dass komplexe Zusammenhänge von jedem selbsternannten „Experten“ öffentlich beurteilt werden können. Das hier ist kein seriöser Journalismus, das ist billige Habeck-Hetze! *Daniel Böttcher, Karlsruhe*

PLANMÄSSIGE VERELENDUNG

ZU: DIE BILANZ EINES GEWOLLTEN NIEDERGANGS (NR. 43)

Habeck, immer wieder Habeck, so, als hätte er das Desaster allein angerichtet. Das ist unglaubwürdig und lächerlich. Deutschland geht den Weg Venezuelas unter Staatspräsident Nicolás Maduro, wenn es nicht gelingt, so schnell wie möglich die politischen Verhältnisse zu ändern, sämtliche Gesetze rückwirkend für ungültig zu erklären und die Verantwortlichen für den Schaden zur Rechenschaft zu ziehen. *Gregor Scharf, Leipzig*

GESPEICHERTE ARBEIT

ZU: WARUM DER GOLDPREIS HEUTE SOLIDER IST ALS 1979 (NR. 43)

Edelmetall ist einfach nur Sicherheit: Gespeicherte Arbeit. Zum Spekulieren sind Kryptowährungen, Immobilien, Antiquitäten oder ein ausgefüllter und bezahlter Lottoschein zweifellos besser geeignet.

Wirkliche finanzielle Sicherheit ist alles, das man unter dem Radar staatlicher Abgreifer schnell und problemlos zur Währung für Lebensnotwendiges – oder auch nur für dann gerade Gewünschtes – machen kann. Sei es nun im Pfandleihhaus oder auf dem Schwarzmarkt.

Peter Freimensch Berlin

AM BALL BLEIBEN

ZU: EIN RISS GEHT DURCH DIE UNION (NR. 43)

Bei der Splitterpartei SPD gibt es die Hauptlösung für alles: „Wir müssen mehr Geld zur Verfügung stellen!“ (ähnlich dem „Wir schaffen das!“). Die FDP ist verschwunden und soll es bleiben! Bei den Linken ist Geld prinzipiell immer da, getreu dem Prinzip der Zonen-DDR: drucken und verteilen.

Die Grünen lecken sich die Wunden und die Schadensantifanten genießen mit dem Geld der Bürger von New York bis sonst wo das Leben, für neue Ansätze des Sekten-Wahnsinns. Und wenn, wie in dem Beispiel, es junge CDU-Abgeordnete wagen, anders zu denken, ist es sicher nicht weit, dass man die Ursache im Rechtsextremismus findet.

Es ist typisch für die gesamte Haltung der Regierenden, dass sofort ein Aufschrei stattfinden muss, wenn Menschen andere Vorstellungen vom Leben, von der Politik, von ihrem Land haben. Keine vier Jahre wird diese antidemokratische Politik halten. Was kommt dann? Hoffentlich das, was in Sachsen, in den neuen Bundesländern zur Selbstverständlichkeit wurde: „Wir sind das Volk!“ Bleiben wir alle am Ball! *Steffen Matko, Mettmann*

MÜNTZER PREDIGTE DEUTSCH

ZU: ALS DER LATEIN-NEBEL SICH ENDLICH LICHTETE (NR. 43)

Am 29. Oktober 1525 soll von Georg Rörer in Wittenberg der Gottesdienst erstmalig in deutscher Sprache gehalten worden sein? Wie jedoch allgemein bekannt ist und insbesondere in Publikationen und Dokumenten der kürzlichen Ausstellungen im Rahmen des 500. Jubiläums der Bauernkriege zu lesen war, hat Thomas Müntzer bereits im April 1523 als Pfarrer in Allstedt Gottesdienste in deutscher Sprache eingeführt. *Dietrich Jahnke, Dessau*

KAMPF GEGEN KONSERVATIV

ZU: ZWEIFELHAFTE NGO-FÖRDERUNG (NR. 40)

Es kann nicht sein, dass diverse NGOs mit links-grüner Meinungsmacht Milliarden von Steuermitteln erhalten, also mit staatlichen Geldern indirekt Politik gegen unsere Demokratie betreiben. Da wird zu linker Gewalt aufgerufen mit Unterstützung einer aus DDR/SED hervorgegangenen Amadeu-Antonio-Stiftung, die auch Millionen Staatsgelder kassiert, wobei es im linken Milieu heuchlerisch heißt „Kampf gegen rechts“, nein, Kampf gegen konservativ und normal bürgerlich.

Ein Land muss sich seine Einwanderer selbst aussuchen können. Wir brauchen gute, arbeitswillige Personen für unsere Gesellschaft und Industrie, die auch unsere Kultur und Verhaltensweise respektieren, aber diese müssen gefördert werden und besonders muss man ihnen sofort die deutsche Sprache vermitteln. Hier haben wir in allen Bereichen gute Kräfte.

Leider ist unserer Gesellschaft das Potential der preußischen Tugenden überwiegend verloren gegangen. Die meisten meinen, nur Rechte zu haben. Nein, wir haben auch Pflichten, was etwa die – derzeit noch ausgesetzte – Wehrpflicht betrifft, um Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu erhalten.

Deutschland hat Potential und Stärke für diese Entwicklung, und es ist unser gutes Recht, Straftäter abzuschieben.

Wehren müssen wir uns gegen eine links-grüne demokratiefeindliche Systemveränderung, die ketzerisch auf Schleichpfaden letztlich enteignen/vergesellschaften will, Arbeitsplätze vernichtet und unter anderem Mieten steigen lässt. Wir sollten nicht allen möglichen anderen Staaten unsere schwer erwirtschafteten Steuergelder verschenken, sondern die eigene Bevölkerung bereichern und hofieren. Dies ist soziale Gerechtigkeit.

Günter Algner, Berlin

ANZEIGE

Wer bestimmt, was wir wissen dürfen – und was nicht?

Freie Presse, kritischer Journalismus, unabhängige Medien? Thomas Röper stellt diese Selbstbilder infrage – mit einer investigativen Recherche, die erschüttert. In *Gesteuerte Wahrheit* enthüllt er, wie westliche Medienstrukturen systematisch von Regierungen, Geheimdiensten, milliardenschweren Stiftungen und internationalen Netzwerken beeinflusst werden.

Ein Schwerpunkt liegt auf der CIA-Operation Mockingbird: Hunderte Journalisten arbeiteten bereits im Kalten Krieg verdeckt für US-Geheimdienste – ein System, das laut Röper nie endete, sondern perfektioniert und professionalisiert wurde. Auch der BND wird in diesem Kontext genannt.

Anhand aktueller Beispiele und über 150 nachprüfbarer Quellen zeigt Röper: Es sind nicht Vielfalt und Freiheit, die viele Redaktionen prägen, sondern gelenkte Narrative, unsichtbare Geldströme und politisch motivierte Netzwerke. NGOs, globale Oligarchen und transatlantische Thinktanks spielen dabei eine zentrale Rolle.

Dieses Buch benennt Ross und Reiter – und gibt kritischen Lesern die Werkzeuge an die Hand, um Medienberichte künftig mit neuen Augen zu lesen.

Eine fesselnde Lektüre für freie Geister – Pflichtlektüre für alle, die sich nicht manipulieren lassen wollen.

Thomas Röper: Gesteuerte Wahrheit • gebunden • 206 Seiten • Best.-Nr. 991 650 • 20,– €

www.kopp-verlag.de

ARCHÄOLOGIE

Zu Hause bei den alten Römern

Deutschlands größtes archäologisches Freilichtmuseum – Bei Xanten am Niederrhein finden sich Reste einer antiken Römersiedlung

VON HELGA SCHNEHAGEN

BILDER (2): SCHNEHAGEN

Antike Wellnessanlage: Die römischen Herbergsthermen wurden 1989 rekonstruiert und 16 Jahre lang im Probebetrieb benutzt

Die Originale der berühmtesten Botschafter der ehemaligen Römerstadt Colonia Ulpia Trajana (CUT) stehen im Neuen Museum Berlin und im Landesmuseum Bonn (wegen Umbauarbeiten erst ab März 2027 wieder zugänglich): eine Bronzeskulptur und ein Grabstein. Der Xantener Knabe hielt ein Tablett in den Händen, auf dem er als „Stummer Diener“ Speisen und Getränke servierte.

Die Inschrift des Caeliussteines besagt, dass der römische Offizier Marcus Caelius „im Krieg des Varus gefallen“ sei. Sie gehört damit zu den raren Zeugnissen über die Hermannschlacht. Der Fundort ist nicht zufällig. Am Anfang der Geschichte der CUT stehen zwei römische Militärlager, die heute Vetera I und II genannt werden. Vom Castra Vetera aus waren im Jahr 9 n. Chr. zwei Legionen unter dem Feldherrn Varus über den Rhein nach Norden gezogen und auf ihrem Rückweg von den Germanen unter Arminius aufgerieben worden. Vor Ort in Xanten zeigt das Römermuseum heute Kopien der berühmten Artefakte.

Das chronologisch aufgebaute, mit über 2500 Exponaten reich bestückte Römermuseum ist das Herzstück vom Archäologischen Park Xanten APX. Über eine halbe Million Menschen zieht es jährlich in das größte archäologische Freilichtmuseum Deutschlands, das 1977 auf dem Gelände der etwa 100 n. Chr. gegründeten einstigen Römerstadt eröffnet wurde. Heute ist der APX Teil der UNESCO-Welterbestätte Niedergermanischer Limes und erweckt sowohl für Besucher wie für Forscher die römische Antike immer wieder zu neuem Leben.

Die Größe der Stadt betrug 83 Hektar. Neben Köln und Trier lag in Xanten damit die drittgrößte römische Stadt auf deutschem Boden. Ihre Blütezeit währte allerdings nur kurz, noch nicht einmal 200 Jahre. Dafür hatte sie das Glück, nie überbaut worden zu sein. In der steinarmen Gegend am Niederrhein trug man ihre Mauern schlichtweg ab, um sie unter anderem im Xantener Dom zu verbauen. Damit verschwand die stolze Colonia unter Wiesen und Feldern.

Durch Luftaufnahmen kamen ihre unterirdisch liegenden Mauern wieder ans Tageslicht. Sie zeigen den genauen Verlauf der Straßen und die Lage wichtiger Gebäude. Inzwischen wurden zahlreiche Bauwerke ganz oder teilweise mit wissenschaftlicher Präzision und originalen Baumaterialien über den antiken Grundmauern rekonstruiert: die Stadtmauer samt Toren, das Amphitheater, der Hafentempel, die Herberge und die Handwerkerhäuser, die Großen Thermen mit dem integrierten Römermuseum. Und in der Werft entstehen Nachbauten römischer Schiffe.

Ansonsten ist aus der Stadt ein Park mit gepflegten Grünflächen geworden. Und ihre Hauptstraßen sind heute von Alleen gesäumte Sandwege. Seit dem Frühjahr 2025 fährt erstmals eine Art Linienbus durch das weitläufige Gelände. Der elektrische APXpress startet am Haupteingang und hält an allen relevanten Stätten (die Tageskarte kostet einen beziehungsweise zwei Euro, Behinderte frei).

Eine besonders spannende Station ist die Herberge mit ihrer eigenen dazu gehörigen Badeanlage – ein antikes Wellness-Hotel. Hier konnte man eine Schlafkammer mieten oder gleich ein ganzes Appartement mit Wohnzimmer und Küche. Während handwerklich Interessierte im APX detailliert die Bautechniken der Römer studieren können, kommen Freunde des „Schöner Wohnens“ beim Blick in die Herbergsräume auf ihre Kosten.

Kahle Wände gab es nur im Keller. Römische Gebäude waren in der Regel mit Wandputz, Malereien oder hochwertigen Verkleidungen aus dekorativen Steinen ausgestattet. Auch im APX kamen bei Ausgrabungen unzählige Bruchstücke von bemaltem Wandputz zutage. Vielleicht gab es damals sogar schon Musterbücher, aus denen der Kunde zwischen schlichten Rahmen und gemalten Marmorquadern, Säulen und Gesimsen, mythologischen Szenen und ganzen Landschaftsdarstellungen auswählen konnte.

Eine der größten und detailreichsten Malereien, die in der CUT gefunden wurde, stammt aus einem Privathaus. Die sorgfältig restaurierte sogenannte Adler-Giganten-Wand befindet sich heute im Römermuseum. Sie zeigt, dass die Wandmalereien in der CUT wesentlich schlichter waren als etwa in Pompeji.

Dennoch haben die Räume der Herberge durchaus Chic. Besonders das Wohnzimmer wirkt überraschend modern, selbst wenn die Einrichtung eher spärlich ist. Die Römer hatten als Mobiliar je nach Bedarf Hocker, Stühle, Tische, Schränke und Liegen. Die Vorbilder der rekonstruierten Möbel stammen aus Privathäusern.

Dass Wasser im Allgemeinen und Thermen im Besonderen bei den Römern eine herausragende Rolle spielten, ist bekannt. Die über ihren erhaltenen Fundamenten bis zur vollen Funktionsfähigkeit nachgebauten Herbergsthermen aber sind eine kleine Sensation. Im Rahmen der experimentellen Rekonstruktionen im APX wurden sie 16 Jahre lang im Probebetrieb benutzt. Nun sind an einigen Stellen Risse aufgetreten, durch die aus dem Hypokaustum Rauchgas in die Räume dringt. Vielleicht hatten schon die Römer ähnliche Probleme. Nach sorgfältiger Analyse sollen die Thermen in den nächsten Jahren saniert werden.

Der APX ist auch deshalb so beliebt, weil er eine geglückte Mischung aus Forschung und Bildung, Erholung und Vergnügen ist. Neben den Römerbauten gibt es einen großen Abenteuerspielplatz, einen Wasserspielplatz, Hüpfkissen sowie Bänke und Tische im Schatten zum Ausruhen. Das Angebot an Speisen und Getränken in der Kaffeemühle ist dagegen recht übersichtlich.

Dafür ist der Veranstaltungskalender gut gefüllt. Bis in den Herbst laden besonders die Römischen Wochenenden Groß und Klein ein, den Alltag in einer römischen Stadt zu erleben. Dabei bieten zum Beispiel der Schumacher und der Knochenschnitzer, eine Weberei und eine Schmiede die Möglichkeit, selbst etwas auszuprobieren.

Monatliche Vorträge im Römermuseum präsentieren darüber hinaus archäologische Neuigkeiten. Außergewöhnliche Fragen beantworten die monatlichen Sonntagsführungen. Oder wissen Sie, wie die Römer ihre Freizeit verbrachten?

● **www.apx.lvr.de**

Römische Idealstadt am Niederrhein: Modell der Colonia Ulpia Trajana im 2. Jh. n. Chr.

BAROCKER GARTEN

Trockenen Fußes über höfischen Boden

Maßnahmen gegen Elbhochwasser – Dresdner Zwingerhof nach umfangreicher Sanierung wieder vollständig geöffnet

Der Zwinger gehört zu Dresden wie die Semperoper oder die Frauenkirche. Die geschlossene Vierflügelanlage, die ursprünglich Teil der Dresdner Befestigungsanlage war – Zwinger waren Areale zwischen zwei Festungsmauern oder auch Wehrtürmen –, gilt mit ihren historischen Sammlungen als einer der großen Touristenmagneten der Stadt.

Allerdings ist die unweit der Elbe gelegene Anlage auch ständig vom Hochwasser bedroht. Beim Elbhochwasser im August 2002 lag der Zwingerhof komplett unter Wasser. Auch um künftige Überschwemmungen zu vermeiden, wurde der Innenhof ab 2021 komplett saniert und modernisiert. Nach etwas mehr als viereinhalb Jahren Bauzeit ist er seit Mitte Oktober wieder für die Öffentlichkeit zugänglich. Mit einem Festakt, an dem unter anderen Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer teilnahm, wurde das bedeutende barocke Gartenensemble in seiner neuen Pracht übergeben.

Bereits seit Mai 2025 war ein Teilbereich des Innenhofes für Besucher geöffnet. Nun erstrahlt der gesamte Zwingerhof wieder in voller Schönheit. Im nächsten Frühjahr kehren dann auch die Orangenbäume wieder zurück. Rund 17 Millionen Euro hat der Freistaat Sachsen in die Sanierung des Zwingerhofes investiert. Damit knüpft das Projekt an eine jahrzehntelange Pflege und Modernisierung des Ensembles an. Von 1991 bis 2024 flossen insgesamt rund 222 Millionen Euro in Erhalt und Modernisierung des Zwingers, einschließlich der Sempergalerie.

Unter Bauleitung des Staatsbetriebes Sächsisches Immobilien- und Baumanagement und in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege wurde der Innenhof behutsam erneuert: Neben der sichtbaren Neugestaltung mit neuem Wegebelag, frisch angelegten Rasenflächen nach historischem Vorbild sowie einer modernen Beleuchtung fanden vor allem umfangreiche Arbeiten im Untergrund statt. Bevor die zuvor verschlissenen Oberflächen ersetzt wurden, erhielt der Hof ein zeitgemäßes Mediennetz zur Entwässerung, für Wasser- und Elektroversorgung und für Datenleitungen. Dadurch sind künftig Veranstaltungen und Konzerte technisch abgesichert. Darüber hinaus wurden zwei Brunnenbecken saniert, an der Sempergalerie eine barrierefreie Rampe ergänzt und befestigte Wege zu den Museen angelegt.

BILD: SCHLÖSSERLAND SACHSEN/BEN WALTHER

Der Zwingerhof mit dem Kronentor

Der Zwinger, entworfen von Matthäus Daniel Pöppelmann und Balthasar Permoser, entstand ab 1710 als Orangerie, Festplatz und Machtsymbol Augusts des Starken. 1719 wurde der Bau anlässlich der Hochzeit des Kurprinzen Friedrich August mit der Kaisertochter Maria Josepha eingeweiht. Eine wesentliche Umgestaltung fand ab den 1920er Jahren unter Hubert Ermisch statt, welche als denkmalpflegerisches Leitbild für die jetzige Erneuerung der Flächen diente. Er orientierte sich an Planunterlagen von Pöppelmann, gestaltete in dessen Sinne den Hof um und fügte eigene neue Ideen ein.

Nach fast vollständiger Zerstörung im Zweiten Weltkrieg begann ab 1945 der Wiederaufbau, 1960 erfolgte die teilweise Wiedereröffnung. Heute zählt der Zwinger zu den bedeutendsten europäischen Barockbauwerken und rangiert unter den Top 10 der meistbesuchten Sehenswürdigkeiten Dresdens mit jährlich bis zu fünf Millionen Besuchern. Neben dem Hofensemble beherbergt er Museen wie die Gemäldegalerie Alte Meister, die Porzellansammlung und den Mathematisch-Physikalischen Salon. *H. Tews*

FÜR SIE GELESEN

Deutschlands Pflanzengarten

Im April 2017 findet sich am Schiffsanleger am Loch Linnhe in Fort William eine ausgelassene Reisegruppe zur Jungfernfahrt der Segeljacht „Explorer“ ein. Am späten Abend bricht der Funkkontakt zum Schiff ab. Es wird eine Suche eingeleitet, aber das Schiff bleibt verschwunden. Die meisten Bewohner von Fort William sind vom Unglück betroffen. Sie haben den Verlust eines oder sogar mehrerer Angehöriger oder Freunde zu beklagen. Am Jahrestag des Unglücks fünf Jahre später treffen sich die Trauernden zu einer Wanderung in den Highlands. Sie entdecken eine verwahrloste Frau, die knietief in einem See steht. Sie sagt immer wieder nur den Namen Emily Hurst. Hurst war auf der „Explorer“ gewesen, sodass die Wanderern Hoffnung auf Überlebende schöpfen.

Detective Inspector Monica Kennedy aus Inverness wird beauftragt, der Sache nachzugehen. Sie kann sich nicht vorstellen, dass es noch Überlebende gibt und fragt sich, ob die verstockte und traumatisierte Frau die Emily des Fotos ist, das am Abreisetag auf dem Schiff gemacht wurde.

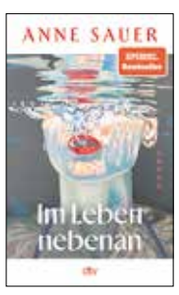
G.R. Hallidays „Die Leichen von Inverness“ entführt den Leser in die wilde Natur der schottischen Highlands. Der Krimi ist fesselnd, allerdings auch mühselig, da besonders die Fahrten mit dem Auto allzu ausführlich geschildert werden. Dennoch eine lockere Urlaubslektüre. *Angela Selke*

G.R. Halliday: „Die Leichen von Inverness“, Blanvalet Verlag, München 2025, Taschenbuch, 412 Seiten, 12 Euro

Was wäre gewesen wenn?

In ihrem Romandebüt „Im Leben nebenan“ entwirft die Texterin und Moderatorin Anne Sauer in einer Parallelwelt zwei Versionen des Lebens einer jungen Frau, einmal als beruflich erfolgreiche Toni, kinderlos mit ihrem langjährigen Partner Jakob in der Stadt, und einmal als Antonia mit Kind in ihrem Heimatdorf, verheiratet mit ihrer ersten großen Liebe Adam.

Das Buch beginnt damit, dass Antonia eines Morgens in einem gepflegten Eigenheim aufwacht mit gebügelten Gardinen, einer kleinen Tochter im Kinderbett nebenan und einem Ehemann. Sauer beschreibt überzeugend die widersprüchlichen Gefühle der jungen Frau, die eigentlich etwas ganz anderes wollte. Abwechselnd wird das Alltagsleben in beiden Welten geschildert, Tonis verzweifelte Versuche, schwanger zu werden, der Druck, der auf der jungen Frau lastet – ihr Partner will unbedingt ein Kind –, und daneben das spießige Leben an der Seite Adams, das sie schließlich akzeptiert. Ein flüssig geschriebenes Buch, jedoch ohne Glanzpunkte. *MRK*



Anne Sauer: „Im Leben nebenan“, dtv, München 2025, gebunden, 270 Seiten, 23 Euro

KOCHBUCH DER WOCHE

BILD: MAURITIUS IMAGES/NEOSMART CONSULTING AG/ALAMY

Fleischlos und gesund – Der eloquente YouTube-Koch Calle hat in seinem neuesten Buch der Oma-Reihe beliebte Rezepte seiner Großmutter gesammelt, die selbst nicht wusste, was Vegetarier sind, aber in einer Zeit, als Fleisch teuer war und daher selten auf den Tisch kam, leckere Speisen ohne Fleisch zubereitete.

Wie die abgebildeten Auberginenröllchen mit Käsefüllung und Rote-Bete-Carpaccio, so eignen sich auch Knusperkartoffeln mit Schmanddip oder Chili sin Carne (= ohne Fleisch) sowie ein deftiger Bohneneintopf oder einfach eine Kartoffelpizza als Alltagsgerichte.

Die Rezeptauswahl ist vielseitig, und die Anleitungen sind optisch ansprechend gegliedert sowie mit Farbfotos illustriert. Wer einmal Calles Gerichte nachgekocht hat, weiß, dass sie lecker sind und in jedem Fall gut gelingen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

CALLE kocht: „Omas vegetarische Küche. Lieblingsgerichte aus der guten alten Zeit“, riva Verlag, Murnau 2025, gebunden, 122 Seiten, 20 Euro

DEUTSCH-POLNISCHE BEZIEHUNGEN

Diplomatie im Spiegel der Geschichte

Der Politologe Enrico Seemann und der Historiker Urs Unkauf legen eine umfangreiche Chronik vor

VON KARLHEINZ LAU

Beide Autoren des Buchs „Deutschland und Polen. Die Geschichte der amtlichen Beziehungen“, sind renommierte Wissenschaftler – Enrico Seewald ist Politologe, Urs Unkauf Historiker. Ihre Spezialgebiete liegen im Osten Europas einschließlich der Geschichte der DDR.

Ihr Buch behandelt ein Thema, über das es in Deutschland unzählige Publikationen der unterschiedlichsten Art gibt – in Buchform oder einzelnen Beiträgen. Ihr Ansatz aber ist eine Geschichte der amtlichen Beziehungen beider Länder auf quellenbasierter Basis, gewissermaßen eine Geschichte der diplomatischen Beziehungen, die es bisher nicht gibt.

Es ist eine Geschichte von oben. Diese beginnt im 9. und 10. Jahrhundert, als Eckdatum gilt das Jahr 1000. In Gnesen traf der deutsche Kaiser Otto III. den polnischen Herzog Bolesław. Gnesen wurde damals zum Erzbistum erhoben, ein erster Schritt zur Selbstständigkeit Polens. In chronologischer Reihenfolge bis in die Gegenwart werden alle acht Kapitel behandelt. Sie sind je nach Thematik in Einzelbeiträge gegliedert. Ein Beispiel ist das achte Kapitel: „Polen und das geteilte Deutschland“ mit themenorientierten Beiträgen wie „Die Potsdamer Konferenz“ oder „Die Akzeptanz der Oder-Neiße-Linie in Deutschland“.

Für das Konzept der Autoren einer Diplomatiegeschichte mit den Institutionen und Personen, die sie geschaffen haben, wurden umfangreiche und auch jahrelange Vorbereitungen erforderlich: die Sichtung aller offiziellen Dokumente und Verlautbarungen vom Mittelalter bis zur Neuzeit, Archive und Museen, Erinnerungen und gegebenenfalls Tagebücher beteiligter Persönlichkeiten, für die Jahrzehnte der Gegenwart Zeitzeugengespräche, aber auch eigene Kenntnisse und Erfahrungen.

Von dieser immensen Detailarbeit zeugen die 34 Seiten Anmerkungen, welche die benutzten Quellen für den Leser angeben. Hier wären als Ergänzung ein Verzeichnis der benutzten Literatur sowie Karten für die jeweiligen Epochen der deutsch-polnischen Geschichte nützlich gewesen. Die Fotos von handelnden Persönlichkeiten und Orten des Geschehens ergänzen die Textdarstellungen.

Der Weg durch die deutsch-polnische Geschichte anhand der amtlichen Beziehungen ist den Autoren in diesem ersten Versuch insgesamt gelungen. Die Schlüsselereignisse der gemeinsamen Beziehungsgeschichte werden behandelt, das Mittelalter mit Gnesen, dem Deutschen Ritterorden sowie der Ostsiedlung wegen der geringeren amtlichen Quellenlage mit weniger Raum als die Neuzeit.

Diese wird angesetzt mit den Teilungen und dem Auslöschen eines polnischen Staates ab 1772, seine Wiederherstellung nach dem Ersten Weltkrieg, die NS-Besatzung, das Verbrechen von Katyn, die beginnende Diskussion über den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze, Solidarność und die politische Wende in Polen, Deutschland und Europa, die Beziehungen beider Staaten bis in die Gegenwart schließen sich an.

Diese Aufzählung gibt keine feststehenden Daten wieder, sondern zeigt stets Entwicklungen, die sich über längere Zeiträume erstrecken. Besonders für Polen ist die lange umstrittene Forderung einer endgültigen Festlegung der polnischen Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße eine existentielle Frage. Die DDR erkannte die Demarkationslinie bereits 1950 im Görlitzer Vertrag als Grenze zwischen Polen und Deutschland an, obwohl sie nicht die Legitimation besaß, im Namen des gesamten Deutschlands zu sprechen. Noch vor der deutschen Vereinigung im November 1970 bekannten Polen und die Bundesrepublik Deutschland die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße.

Komplizierte Verhandlungen führten zum Ergebnis

Nicht erwähnt wird die Tatsache, dass die Bundesrepublik bis zur deutschen Vereinigung keine gemeinsame Grenze mit Polen hatte. Auch der ursprünglich bedeutende, dann aber sinkende politische Einfluss der Vertriebenenverbände wird behandelt sowie auch die von Polen wieder aufgeworfene Forderung nach Reparationen. Gerade die Auswertung der diplomatischen Papiere, die in den Sachfragen kapitelübergreifend sind, vermitteln eindrucksvoll die Erkenntnis für den Leser, wie kompliziert und auch langwierig die Verhandlungen sich gestalteten, bis sie zu einem Ergebnis führten.

Als weiteres Beispiel wird die Entwicklung zwischen der sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR und der Bundesrepublik Deutschland genannt. Eine weitere Erkenntnis ist die Tatsache, dass auch in demokratisch organisierten Staaten Einzelpersönlichkeiten den Gang der Geschichte beeinflussen oder sogar bestimmen, Lech Wałesa für Polen, Michail Gorbatschow für die ehemalige UdSSR und Konrad Adenauer oder Willy Brandt für die Bundesrepublik können genannt werden. Die Auswertung der offiziellen Dokumente bringt viele Informationen, die in Nachrichten oder Tageszeitungen nicht erscheinen. Ein sehr deutliches Beispiel ist die Dienstanweisung für das Personal in den Auslandsvertretungen der DDR: „Der Dienst und das Privatleben in Warschau regelten Anweisungen der Zentrale. Nach der Dienstordnung Nr. 1 hatte jeder Mitarbeiter den Arbeitstag maximal auszunutzen und unablässig an seiner politischen und fachlichen Weiterentwicklung zu arbeiten“. Es folgen Details wie zum Beispiel das Verbot von privaten Pkw.

Verwunderlich ist, dass es in den diplomatischen Quellen keine Hinweise auf die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen von 1976 gibt, die lange Jahrzehnte in beiden Ländern kontrovers diskutiert wurden. Sie wurden und werden bis heute von deutschen und polnischen Wissenschaftlern weiterentwickelt.

Eine Einschätzung des Buches kommt zu dem Ergebnis, dass es kein Geschichtsbuch über die deutsch-polnischen Beziehungen ist, aber eine wichtige Ergänzung zur Beziehungsgeschichte sein kann. Der Leser sollte Grundkenntnisse über den Verlauf der Beziehungen beider Staaten haben. Dabei ist ermutigend, dass die Arbeit der beiden Autoren auch zeigt, dass es weite Phasen friedlicher wechselseitiger Beziehungen gab.

Enrico Seewald/Urs Unkauf: „Deutschland und Polen. Die Geschichte der amtlichen Beziehungen“, BeBra Wissenschaft Verlag, Berlin 2025, gebunden, 464 Seiten, 36 Euro

HEIMATKUNDE

Die Archäologie Ostpreußens lesbar gemacht

Eine gelungene Kooperation des Museums für Vor- und Frühgeschichte mit der PRUSSIA-Gesellschaft

VON PRUSSIA-GESELLSCHAFT

Als im Königreich Preußen 1914 das Preußische Ausgrabungsgesetz erstmals einen gesetzlichen Rahmen für den Schutz archäologischer Bodendenkmäler schuf, konnte die Provinz Ostpreußen bereits auf rund 100 Jahre vor- und frühgeschichtliche Feldforschungs-, Kartierungs- und Publikationstätigkeit namhafter Akademiker und einer Vielzahl interessierter Laien zurückblicken. Germanisten, Mediziner, Botaniker und Kunsthistoriker hatten im 19. Jahrhunderts aus der Lektüre der Schriften mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Chronisten Hypothesen zur Besiedlungsgeschichte des südöstlichen Ostseeraums abgeleitet oder waren gleich mit dem Spaten in den heimatlichen Boden vorgedrungen, um die darin verborgenen Artefakte zu bergen, zu klassifizieren und historisch zu interpretieren.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte wie überall in Deutschland auch in Ostpreußen eine Popularisierung heimatkundlicher und prähistorischer Forschung eingesetzt. Lehrer, Pfarrer, Gutsbesitzer und Fabrikanten ließen sich von den Entdeckungen und Erkenntnissen der ersten ostpreußischen Altertumskundler inspirieren. Sie gründeten Geschichts- und Altertumsvereine, legten private Altertümersammlungen an und führten nicht selten auf eigene Faust Ausgrabungen durch. Das Bewusstsein für die Präsenz archäologischer Funde in heimatlichem Boden drang spätestens nach 1900 in jedes Klassenzimmer, zu jedem Landwirt und jedem Bauingenieur.

Fachlich zur Seite gestellt

Nach dem Ersten Weltkrieg stellte Preußen die Bodenaltertümer unter staatlichen Schutz. Provinzialmuseen und Bodendenkmalämter widmeten sich seither dem Schutz und der Erforschung archäologischer Denkmäler. Für Ostpreußen übernahm das 1879 gegründete und lange Zeit von einem Verein betriebene Prussia-Museum in Königsberg die damit einhergehenden Pflichten und Aufgaben. Dort wurden die Funde aus den Ausgrabungen in den Regionen zwischen Memel und Weichsel wissenschaftlich bearbeitet, konserviert und ausgestellt. Ein Netzwerk von ehrenamtlichen Pflegern sorgte in allen ostpreußischen Kreisen für die Sicherung und Dokumentation neuer Fundstellen, die Notbergung gefährdeter Artefakte und die Verbreitung der Erkenntnisse.

Dem Prussia-Museum wurde 1938 das Ostpreußische Landesamt für Vorgeschichte als Fachbehörde zur Seite gestellt. In den Jahren des Zweiten Weltkriegs kam die Ausgrabungstätigkeit jedoch zunehmend zum Erliegen, während die Dokumentationstätigkeit weitergeführt werden konnte. Als sich 1944 die Rote Armee Ostpreußen näherte, wurden umfangreiche Teile des archäologischen Museumsfundus und der Fundstellendokumentation nach Vorpommern verlagert, wo sie in den Folgejahren wiederholt Plünderungen ausgesetzt waren. Die erhaltenen Bestände wurden 1949 nach Berlin verbracht, dort aber geheim gehalten. So galten die sogenannte Prussia-Sammlung und das zugehörige Prussia-Archiv lange Zeit auch in Fachkreisen als verschollen und vernichtet, bis sie 1990 wiedergefunden wurden und endlich in die Öffentlichkeit zurückkehren konnten.

Die wiederentdeckten Teile des Archivs des Königsberger Prussia-Museums umfassen heute rund 50.000 Seiten mit schriftlichen Überlieferungen zur archäologischen Erforschung Ostpreußens, entstanden zwischen 1827 und 1944. Wissenschaftlich bedeutsam ist vor allem das Ortsarchiv, das tausende handschriftliche Dokumente beinhaltet. Diese repräsentieren über 2000 ostpreußische Städte und Dörfer, mitunter auch Weiler und Forsten, deren Boden zuvor vor- und frühgeschichtliche Artefakte freigegeben hatte, in denen Wall- und Siedlungsreste entdeckt oder erfolgreich Ausgrabungen durchgeführt worden waren.

Skizze der Fundstelle der steinzeitlichen Lanzenspitze von Gumbinnen (Ortsakte PMA_1545_01.pdf: Seite 26). Das aus Knochen gefertigte Artefakt wurde 1932 beim Bau eines Brunnens entdeckt. Die Zeichnung nebst Erläuterungen stammen von Fritz Wieske, zu jener Zeit amtlicher Bodendenkmalpfleger für den Kreis Gumbinnen. © Museum für Vor- und Frühgeschichte, Staatliche Museen zu Berlin.

Im Herbst 2014 hatte die *PAZ* ausführlich über das Schicksal des Königsberger Prussia-Archivs nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges berichtet. Dabei war auch das damals gerade durch die Archäologin Heidemarie Eilbracht und den Archivar Horst Junker vom Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte in Planung befindliche Transkriptionsprojekt vorgestellt worden. Diesem Projekt lag der Gedanke zugrunde, das in das 21. Jahrhundert gerettete handschriftliche Archivgut mit einem Team von ehrenamtlich Mitarbeitern aus der alten deutschen Kurrent- und Sütterlinschrift in eine moderne Schriftart zu übertragen. Im besten Falle würde dabei ein digital verfügbares „Prussia-Archiv 2.0“ entstehen. Eilbracht und Junker sahen darin einen Weg, um historisch interessierten Menschen den Zugang und die Nutzung handschriftlichen Quellenmaterials des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu erleichtern.

Den Bericht der *PAZ* hatten 2014 zahlreiche Leser als Aufruf zur Mitwirkung wahrgenommen. Sie boten ihre Hilfe für das geplante Vorhaben an. Eilbracht und Junker entschlossen sich daraufhin, es auf einen praktischen Versuch ankommen zu lassen. Von den 48 Freiwilligen gingen schließlich sieben als ehrenamtliche Helfer an den Start. Die meisten von ihnen besaßen eine ostpreußische Biographie. Bei den anderen war es die Abstammung naher Angehöriger.

Transkribiert wurde nach einem ausgefeilten zwölfseitigen Richtlinienkatalog und mit Aktenbeständen, die jeweils durch die Grenzen eines ostpreußischen Kreises definiert waren. Den Auftakt bildete für jeden der Bearbeiter sein persönlicher „Heimatkreis“, dessen Aktenkonvolut oft sogar Orte enthielt, in denen er Jahre seiner Kindheit verbracht hatte. Balga, Germau, Kampischkehmen, Königsberg, Lötzen, Neidenburg und Pillau titelten jene Akten, die Neugier und persönliche Erinnerungen bei den transkribierenden Bearbeitern aufkommen ließen.

Von ehrenamtlicher Mitarbeit profitieren viele Museen in Deutschland. Am Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte helfen Freiwillige seit Jahren dabei mit, Datenbanken mit ergänzenden Informationen zu befüllen und alte Handschriften zu entziffern.

Jeder ehrenamtliche Helfer übernimmt dabei ein Thema oder Segment, in dem er sich auskennt. Denn alle am Berliner Museum ehrenamtlich Tätigen sind Ruheständler oder Pensionäre, die ihren Wissens- und Erfahrungsschatz hier einbringen.

Schwieriges Entziffern

Der Anspruch an wissenschaftliches Transkribieren ist kein geringer. Jeder Satz des übertragenen Textes muss für sich genommen korrekt und zitierfähig sein. „Für das Anfertigen einer Transkription gibt es ein festes Regelwerk, und das ist sehr detailreich. Es enthält unter anderem Angaben zum Charakter des Dokumentes und zur Position der handschriftlichen Einträge auf der jeweiligen Seite. Auch Auslassungen, Einfügungen und Unleserlichkeiten werden mit bestimmten Symbolen gekennzeichnet“, weiß Eilbracht.

Für Spekulationen über Unleserliches bleibt beim wissenschaftlichen Transkribieren tatsächlich wenig Raum. Der Archivar Junker beschreibt es so: „Ein im Originaldokument nicht sicher lesbares Wort bedeutet für den Transkribenten in letzter Konsequenz meist das Setzen eines Auslassungszeichens. Das tut man als Autor einer Transkription natürlich nur ungern, zumal wenn es sich um Personennamen oder das mutmaßliche Schlüsselwort für einen wichtigen Sachverhalt handelt. Manchmal hilft dagegen aber ein einfaches Rezept: weglegen, überschlafen und am nächsten Tag noch einmal zur Hand nehmen.“

Alle Handschriften – von der mustergültigen Kanzleischrift bis hin zur berüchtigten Arztklaue – galt es zu entziffern. Gegenseitige Hilfe unter den Freiwilligen wurde dabei rasch zur Selbstverständlichkeit. Wenn beispielsweise ein schwer lesbares Grabungstagebuch mit hunderten Fachausdrücken einem der Helfer tagelang Kopfzerbrechen bereitete, übernahm ein erfahreneres Teammitglied seine Bearbeitung. So konnten selbst scheinbar untranskribierbare Schriftsätze erfolgreich übertragen werden.

Nach acht Jahren intensiver Arbeit aller Beteiligten zeichnete sich schließlich im Verlauf des Jahres 2022 ab, dass das Projektziel erreicht werden würde. Die Zahl der transkribierten Einzelblätter lag bei über 9000 und damit schon nah an der Zielmarke. Aus dem Team des Jahres 2014 waren zu diesem Zeitpunkt immerhin noch fünf ehrenamtliche Helfer für das Projekt tätig. Die beiden zwischenzeitlich in der zehnten Lebensdekade angekommenen Mitstreiter hatten aus Altersgründen das Projekt verlassen, hielten aber weiter Kontakt und nahmen am Fortgang der Arbeiten regen Anteil.

Im Schnitt hat jeder der sieben Bearbeiter seit 2014 rund 1500 handschriftliche Einzelblätter transkribiert. Bei einem Zeiteinsatz zwischen 30 und 90 Minuten pro Blatt bedeutete das Eintreffen einer neuen Aktensendung aus Berlin für die Helfer oft volle Arbeitstage über Wochen. So konnte der erfolgreichste Transkribent des Teams über viertausend Blatt auf sich vereinen. Der bei Projektbeginn 80jährige Zahnmediziner Bodo Ohlsen hatte zuvor in seiner Heimatstadt Grevesmühlen mehrere Jahrzehnte als ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger gearbeitet und sich dabei viel archäologisches Fachwissen angeeignet. Dieses setzte er nun beim Transkribieren der Briefe, Berichte, Grabungstagebücher und Manuskripte auf ganz neue Art und Weise ein. „Selbst schwierigste Fachtexte transkribierte der Mecklenburger souverän“, berichtet Junker, der über die gesamte Projektlaufzeit das Team fachlich betreut hat. „Doch letztlich haben alle unsere ehrenamtlichen Helfer über Jahre hinweg ganz hervorragende Arbeit geleistet und so den erfolgreichen Abschluss des Projektes erst ermöglicht“, fügt er hinzu.

Noch bis weit in das Jahr 2024 verlangten Nacharbeiten die Präsenz des Transkriptionsteams. Denn immer wieder wurde es nötig, übersprungene Seiten, unleserliche Textpassagen und vergessene Akten nachzuarbeiten. „Gerade in der Endphase des Projektes gab es noch einmal sehr viele parallele Prozesse zu koordinieren“, blickt Eilbracht auf die letzten drei Jahre zurück. Denn 2022 hatte die Archäologin Christine Reich die redaktionelle Schlussdurchsicht der eingelieferten Transkriptionen übernommen.

„Es war für das Erreichen des Projektzieles ein großer Gewinn, dass wir mit Christine Reich für diese Aufgabe eine erfahrene Archäologin gewinnen konnten“, so Eilbracht, die dafür eine über Drittmittel finanzierte Stelle hatte schaffen können. „Bei der Einwerbung der Mittel zur Finanzierung dieser Stelle hat uns die PPRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte, Archäologie und Landeskunde Ost- und Westpreußens e.V. massiv unterstützt. So konnten wir für drei Jahre – von 2022 bis 2025 – Gelder aus dem Etat der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien erhalten. Ohne diese Mittel hätten wir die viele Arbeit unserer ehrenamtlichen Helfer erst Jahre später nutzbar machen können. Aber nun ist daraus eine echte Erfolgsgeschichte geworden“, freuen sich Eilbracht und Junker.

Knochengeräte aus der Altsteinzeit

Fast 10.000 transkribierte Blätter stehen seit diesem Jahr für die öffentliche Nutzung zur Verfügung. Man kann sie in einer Datenbank einsehen oder sie vor Ort im Archiv des Museums für Vor- und Frühgeschichte sichten. Aus jedem der ostpreußischen Kreise sind Akten mit den zugehörigen Transkriptionen vertreten. „So haben wir nun erstmals einen guten Überblick, was an archäologischen Informationen in den vielen Dokumenten steckt“, lautet das Fazit von Reich. „Beispielsweise ist es im Kreis Gumbinnen nicht nur die bekannte Lanzenspitze aus Rentierknochen, die als Fundstück zwar leider verloren, in den Königsberger Akten aber gut dokumentiert ist. Die darin enthaltenen Unterlagen reichen von der Fundmeldung des Kreispflegers Fritz Wieske über pollenanalytische Analysen von Hugo Groß bis zu einem Briefwechsel über die Frage, ob die Lanzenspitze aus Knochen oder aus fossiliertem Holz besteht und wie alt sie ist“, so Reich. „Insgesamt wurden im Gumbinnener Kreisgebiet relativ viele Knochengeräte aus der Altsteinzeit gefunden. Die Jungsteinzeit ist vor allem durch einzeln gefundene Beile und Äxte vertreten. Dagegen fehlen Unterlagen zu Fundstellen der Bronze- und der älteren Eisenzeit. Römische Kaiserzeit, Völkerwanderungszeit, Mittelalter und Neuzeit sind durch Gräberfelder, aber auch durch Siedlungsbefunde belegt“, lautet ihre Bewertung für diesen ostpreußischen Kreis. Er sei jedoch nur ein Beispiel für die hohe Aussagekraft der Akten, betont die Archäologin.

Abschließend bringt Reich die Bedeutung der Transkriptionen auf den Punkt: „Mit der lückenlosen Bereitstellung von textgenauen Transkriptionen entfällt fortan eine gravierende Zugangsbarriere bei der Sichtung und Nutzung der alten Königsberger Akten. Davon werden alle profitieren, die sich künftig mit der Archäologie Ostpreußens befassen.“

● Die Arbeiten zu den archäologischen Ortsakten aus Königsberg und ihrer Transkription, Erfassung und digitalen Präsentation können auf der Webseite www.akademieprojekt-baltikum.eu/transkriptionsprojekt.html verfolgt werden. Das Archiv des Berliner Museums für Vor- und Frühgeschichte ist per E-Mail mvf.archiv@smb.spk-berlin.de für direkte Anfragen zum Königsberger Ortsaktenbestand erreichbar.

Gesamtansicht der ca. 30 Zentimeter langen Lanzenspitze von Gumbinnen (Ortsakte PMA_1545_01.pdf: Seite 28). Die Zeichnung aus dem Jahr 1932 wurde ebenfalls von dem Gumbinnener Kreispfleger Fritz Wieske angefertigt. © Museum für Vor- und Frühgeschichte, Staatliche Museen zu Berlin

Bilder (2): Museum für Vor- und Frühgeschichte (MVF), Berlin

AUFGESCHNAPPT

Doppelte Staatsbürgerschaften zum Regelfall zu machen, war jahrzehntelang ein Herzensanliegen linker Multikulturalisten. Die Ampel hat diesen Wunsch zum Gesetz gemacht. Die Nation als „Schicksalsgemeinschaft“ zu begreifen, der man zu besonderer Loyalität verpflichtet sei, galt als zutiefst rückschrittlich und nun endlich überwunden. Mittlerweile mischen sich allerdings Zweifel in die „weltbürgerliche“ Euphorie. Was, wenn die überwunden geglaubte Loyalität zum eigenen Volk gegen alle linke Erwartung doch plötzlich wieder von Belang ist? Etwa im Kriegsfall? In diesem Zusammenhang denken die meisten Deutschen zurzeit an Putins Russland. Allerdings waren schon 2022, dem Jahr des Einmarschs in die Ukraine, rund 650.000 deutsche Staatsbürger gleichzeitig auch Bürger Russlands. Und das war noch vor der großen Ampel-Reform zum Doppelpass als Regelfall. Wo werden Bundeswehrsoldaten mit Doppelpass stehen, wenn es, was hoffentlich vermieden wird, zum offenen Krieg mit Russland kommt? *H.H.*

DER WOCHENRÜCKBLICK

Der korrekte Blick

Warum wir das alles anders sehen müssen, und was wir auf gar keinen Fall verzeihen

VON HANS HECKEL

Schon wieder was Neues gelernt. Haben Sie bereits vom grassierenden „Femonationalismus“ gehört? Eine Vokabel, die bislang ihr dürftiges Dasein in den Abseiten linker Debattenzirkel führte, ist mit dem „Stadtbild“-Streit plötzlich ans Licht geblubbert.

Als „Femonationalist“ ist zu brandmarken, wer im Zusammenhang mit der wachsenden Gefahr für Frauen im öffentlichen Raum auf die Idee kommt, das könnte etwas mit Asyl und Einwanderung zu tun haben. Wer auch nur darauf hinweist, dass bestimmte Immigrantengruppen – wie etwa Afghanen oder Algerier – bei Übergriffen auf Frauen im Schnitt deutlich stärker vertreten sind als der Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung, der nutzt „feministische Argumente, um Menschen mit Migrationsgeschichte schlecht zu machen“ und setzt sie „für eine rassistische, nationalistische, rechte oder sexistische Agenda ein“, wie uns der WDR-Instagram-Kanal „Mädelsabende“ aufklärt.

Ja, ich weiß: Es ist mittlerweile nur noch zum Gähnen. Die Wirklichkeit kann über manche Leute hinwegdonnern wie Hurrikan „Melissa“ über Jamaika. Sie verziehen sich jedes Mal in ihren ideologischen Bau tief unter der Erde und behaupten entweder, den Sturm gebe es gar nicht, oder er werde ja nur ausgeschlachtet und dürfe deshalb kein Thema sein, über das „anständige“ Menschen diskutieren. Regnen tue es schließlich auch woanders.

Wer über die besonders rege Beteiligung gewisser Einwanderergruppen an bestimmten Deliktfeldern spricht, dem wird stets zweierlei entgegnet. Erstens: Nicht alle Angehörigen dieser ethnischen Gruppe seien entsprechend auffällig. Und zweitens: Es gebe doch auch deutsche Täter in dem Bereich. Und deshalb sei der Hinweis auf die besonders rege Beteiligung gewisser Einwanderergruppen an bestimmten Verbrechensarten purer Rassismus. Igitt.

Der Trick geht ganz einfach. In Wahrheit hat niemand behauptet, dass alle Abkömmlinge eines bestimmten Volkes beispielsweise Sexualstraftäter oder Messerangreifer seien. Auch hat kein Mensch gesagt, dass es keine Deutschen gäbe, die Frauen anfallen oder das Messer schwingen. Solche Behauptungen legt man denen, welche die unbequeme Wahrheit aussprechen, nur in den Mund, um sie des „Rassismus“ anklagen zu können. Dass diese Anklage immer aggressiver vorgetragen wird, liegt daran, dass die unschöne Wirklichkeit, die sich mit der Asylflut in unser Land geschlichen hat, Monat für Monat brutaler zutage tritt. Da müssen die „Antirassisten“ eben auch umso heftiger aufschreien, um die Debatte unter ihrer Kontrolle zu behalten. Und sie müssen ständig neue ideologische Vernebelungsmanöver aushecken, um ihrem atemberaubenden Unsinn einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen.

Geschickter ist es allerdings, wenn man die Leute nicht beschimpft, sondern ihnen beibringt, dass die neue Lage keine Gefahr, sondern nur eine unbedeutende Ergänzung ihres gewohnten Lebens mit sich bringt. Im Emsland veranstaltet ein knappes Dutzend Kommunen „Nightwalks“ für Frauen, um den Damen die Angst vor der Dunkelheit zu nehmen. Die Routen seien geprüft und beleuchtet, erfahren wir. Womit sie genau der Realität entsprechen, welche sich Frauen nächtlings in Deutschland mehr und mehr ausgesetzt sehen, möchte man lästern. Aber nein: Die „Walks“ führen bewusst auch durch ein bis zwei dunklere Ecken, hören wir. Huuuuu!

Bislang gab es solche Märsche nur für die Kleinen. An Sankt Martin – diese niedlichen Laternenumzüge. Nun bieten die Kommunen sie also auch für erwachsene Frauen an. Da wird uns doch ganz warm ums Herz, was in Deutschland neuerdings alles nötig erscheint!

Schöner leben mit Ratten

Aber was, wenn man die Folgen politischen Versagens weder wegreden noch vernebeln noch in ein heiteres „Event“ einwickeln kann? Dann müssen wir den Leuten eben einreden, dass das Versagen gar keines ist, sondern dass es sogar tolle Chancen bietet, sobald wir nur verständnisvoller auf die Sache blicken. Berlin macht es vor: Weil die Hauptstadt gegen die Rattenplage kapituliert hat, startet die Verwaltung eine Kampagne unter dem munteren Motto: „Ratte – intelligent, sozial und überraschend sauber.“

Wir erfahren, dass Ratten eigentlich entzückende Tierchen seien und obendrein die ältesten Begleiter des Menschen. Was ja auch stimmt: Die süßen Nager haben uns sogar schon von tiefgreifenden Schwierigkeiten befreit. Etwa als sie halfen, Europas Überbevölkerung in den Griff zu bekommen, die durch das konstruktive Wirken des Rattenflohs in den Jahren 1347 bis 1349 erfolgreich überwunden wurde. Also Schluss mit der Anti-Ratten-Hetze – und fortan auf gute Nachbarschaft mit unseren „Begleitern“!

> Einst nahm man Kindern im Herbst die Angst vor der Dunkelheit. Heute machen sie das mit erwachsenen Frauen

Es ist eben alles eine Frage der Sichtweise, des „Narrativs“, wie man heute sagt. Die Methode funktioniert noch auf anderen Feldern. Bekanntlich haben überbordende Bürokratie und ausufernde „Klimaschutz“-Auflagen den Wohnungsbau in die Knie gezwungen, weshalb die Leute auf immer engerem Raum zusammenleben müssten, wenn nicht noch mehr obdachlos werden sollen.

Eine Lösung wäre es, die Auflagen zusammenzustutzen und das absurde Baurecht brutal zu entrümpeln. Aber nicht im Deutschland des Jahres 2025. Man empfiehlt den Menschen lieber das Wohnen in winzigen Holzhütten, die mit dem schicken Titel „Tiny Houses“ überzuckert werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg hieß das noch abschätzig „Behelfsheim“.

Für jene, die es trotzdem lieber etwas größer mögen, werden „neue Formen des Zusammenlebens“ angepriesen. Wäre es nicht schöner und auch klimafreundlicher, wenn nicht mehr jeder Haushalt seine eigene Küche und sein privates Bad besitzt, sondern sich diese Einrichtungen mit mehreren anderen Parteien teilt? So lesen wir es in fortschrittlichen Empfehlungen, die uns versprechen, dass wir uns dann auch weniger einsam und überhaupt viel besser fühlen.

Neu ist dies ebenso wenig wie das Behelfsheim: In der alten Sowjetunion nannte man die Mehrfamilienwohnungen „Kommunalka“ und betrachtete sie als die mieseste Wohnform, die einem in der kommunistischen Mangelwirtschaft passieren konnte. Sie verstehen: Ist eben alles nur eine Frage der Sichtweise …

Keine Gnade indes dürfen Personen erhoffen, die sich allen Übungen der sorgfältigen Wirklichkeitsverbiegung widersetzen und die hässliche Wahrheit dreist auf den Punkt bringen. Der indische Astrophysiker Mayukh Panja hat nach neun Jahren in Deutschland seine Verwunderung darüber offen ausgesprochen, wie unser Land an die Wand regiert wird (siehe „Wort der Woche“).

Ein Kommentator mit „GegenRechts“ im Namen und einer Regenbogen-Flagge auf dem Profil, der ansonsten CDU-Politiker als „Faschisten“ und „Nazis“ beschimpft, habe ihm geschrieben: „Hoffe, du wirst abgeschoben. Dummer indischer Abschaum“, verriet Panja gegenüber der „Welt“.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Ralf Schuler resümiert bei „Nius“ (3. November), wie vernünftige Gedanken in Deutschland erstickt wurden:

„Wer von Anfang an den Verdacht hatte, dass eine Industriegesellschaft mit unsteter Energie aus Wind und Sonne nicht den Sprung in die Zukunft schafft, galt als Spinner, Bremser, Leugner. Wer den Verzicht auf Wehrhaftigkeit beim Aussetzen der Wehrpflicht und den Ausstieg aus der Kernkraft für nicht durchdacht und gefährlich hielt, war isoliert und hielt lieber den Mund. Wer warnt, dass Milliardenkredite die Inflation treiben und das Euro-System zerstören könnten, behält das besser für sich. Wer die deutsche Migrationspolitik für eine Zerstörung der Gesellschaft hält, muss damit leben, dass er an den rechten Rand gestellt wird.“

Elke Bodderas, Redakteurin der „NZZ Deutschland“, macht im Newsletter „Der andere Blick am Morgen“ (29. Oktober) auf einen weitverbreiteten Irrglauben aufmerksam:

„Beispielhaft für die Weltfremdheit von Politikern und Experten, die sich gegenseitig den Erfolg der AfD erklären, ist auch der Irrtum, dass sie AfD-Sympathien unter Ausländern und Deutschen mit ausländischen Wurzeln für ausgeschlossen halten. Unter einem erheblichen Teil der Migranten belegt die AfD mittlerweile den ersten Platz.“

Thomas Tuma wundert sich im „Focus“ (3. November) darüber, wen das Haus von Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) alles mit Steuergeldern beschenkt:

„Ab 2026 unterstützt ihr Ressort mit deutlich über 200 Millionen Euro jährlich alles, was bisher irgendwie ‚gegen rechts‘ kämpft. Das muss man auch erst mal schaffen: Dem eigenen politischen Gegner sogar die Trillerpfeifen zu finanzieren, mit denen der dann beim kleinsten Anlass gegen den Kanzler mobil macht.“

Die SPD will das Thema Migration komplett aus der „Stadtbild“-Debatte ausklammern. Dazu schreibt Boban Dukic in der „Berliner Zeitung“ (30. Oktober):

„Wer … in der Debatte bewusst darauf verzichtet, das Thema Migration überhaupt zu benennen und die damit einhergehenden Probleme ignoriert, betreibt eine politische Realitätsverweigerung, die an Selbstbetrug grenzt und am Ende allen schadet … Ein SPD-Vorstoß, der die Probleme der Migration ausklammert, wirkt auf viele Wähler nur noch zynisch.“

WORT DER WOCHE

„In den vergangenen neun Jahren hatte ich die unglaubliche Möglichkeit, mitzuerleben, wie sich ein Erste-Welt-Land auf der Schwelle zur Supermacht durch eine Reihe politischer Fehlentscheidungen … selbst verzwergt hat.“

Mayukh Panja, indischer Astrophysiker, blickt per Tweet auf neun Jahre Tätigkeit in Deutschland zurück. Die „Welt“ veröffentlichte ihn am 2. November